

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 147 Januar/Februar 2010 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 147 Januar/Februar 2010 berichten wir über:

zusätzlich im Internet:



Das Verbot der DTP: ein schwarzer Tag für den Frieden und die Demokratie Foto: DIHA



Nach dem Verbot der DTP eröffnet die Partei für Frieden und Demokratie BDP ihre Büros Foto: DIHA



Gegen die Verschärfung der Haftbedingungen Öcalans und wegen des DTP-Verbots befindet sich die Bevölkerung seit Wochen im Aufstand Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir hätten uns für die erste Ausgabe des neuen Jahres gern andere Inhalte gewünscht. Gern wären wir in der Stimmung der letzten Ausgabe geblieben. Hätten lieber von weiteren FriedensbotschafterInnen gelesen, die von den Bergen Kurdistans zurück in die Städte und Dörfer gezogen wären und wie bei der ersten Gruppe Tausende für den Frieden mit sich gezogen hätten, in riesigen Manifestationen für einen gerechten Frieden und für das Schweigen der Waffen. Und wie sich diese Stimmung langsam, aber stetig über die Türkei, den Iran bis in die gesamte Region des Mittleren Ostens verbreitet hätte. Es wäre schön ….

Doch die Situation ist eine andere. Die Euphorie, die diese Friedensgruppe auslösen konnte, währte nur kurz. Die „demokratische Öffnung“ oder wie auch immer die Politik der türkischen Regierung bezeichnet wurde, hat sich wieder einmal als Farce erwiesen.

Ein überaus genauer Gradmesser für eine Annäherung an die Lösung der kurdischen Frage ist der Umgang der türkischen Regierung mit Abdullah Öcalan. Mit dessen Verlegung in das neue F-Typ-Gefängnis auf Imralı offenbarte die Regierung ihre wahre Absicht: Die Isolation soll perfekter gestaltet, sozusagen auf EU-Norm gebracht werden. So wurde auch in den westlichen Medien verbreitet, seine Haftbedingungen hätten sich grundsätzlich verbessert.

Als Abdullah Öcalan jedoch seine neue Zelle als „Todesloch“ bezeichnete und dass ihm die Luft zum Atmen genommen werden soll, reagierte die kurdische Bevölkerung sofort. Sie zeigte, wie verbunden sie mit ihrem Repräsentanten ist, und dass sie sehr wachsam ist, was den Umgang mit ihm angeht. Die Verschärfung seiner Haftbedingungen löste einen Aufstand aus, auf den die türkischen Sicherheitskräfte hart reagierten. Menschen wurden willkürlich aus ihren Wohnungen gezerrt, Schmutz an der Kleidung oder an den Händen reichte besonders bei den Jugendlichen für die Festnahme. Hunderte wurden verletzt, ein 23-jähriger Student, Aydın Erdem, wurde von Polizeikugeln getötet.

Zwar zeigte der Aufstand auch Wirkung. So wurde für Öcalan die lange angekündigte Möglichkeit des Zusammenkommens mit neu nach Imralı verlegten Gefangenen wahr.

Doch war es noch nicht genug. Der Aufstand der Bevölkerung war noch nicht abgeklungen, als die Regierung neues Öl ins Feuer schüttete. Mit dem Verbot und der Auflösung der DTP und dem Politikverbot für 37 ihrer PolitikerInnen wurde klargemacht, dass es keine politische Lösung der kurdischen Frage geben soll. Die von kurdischer Seite ausgestreckte Hand zum Frieden ist zum wiederholten Male ausgeschlagen worden. Die Kriegstreiber und -gewinnler können sich die Hände reiben – ein geschwisterliches Zusammenleben soll nicht möglich werden.

Zusätzlich zum staatlichen Repressionsapparat wurde als probates Mittel auch wieder der faschistische Mob gegen die Bevölkerung mobilisiert. Kurden wurden aus ihren Wohnungen vertrieben, zwei Personen getötet, viele verletzt.

Es bedarf äußerster Aufmerksamkeit und großer Unterstützung, um diesen Konflikt vor weiterer Eskalation zu bewahren. Es ist nicht einfach, auf die Saat des Hasses, die von den Kriegstreibern gestreut wird, besonnen zu reagieren. Wir können dabei nur auf die große Erfahrung und den absoluten Friedenswillen der kurdischen Freiheitsbewegung vertrauen. Gemeinsames Handeln für den Frieden ist notwendig, jetzt mehr denn je.

Auf ein letztlich doch positives neues Jahr
Ihre Redaktion

Die „kurdische Initiative“ der Türkei:

„Türkischer Kopf mit kurdischem Körper“

Nilüfer Koc, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des „Kurdistan-Nationalkongresses“

Schaut man sich die „kurdische Initiative“ der Regierung der „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ AKP an, so entsteht der Eindruck, sie könne beim Wort genommen werden. Es ist vielleicht eine Geste der Diplomatie, wenn Schritte zur Lösung der kurdischen Frage, die praktisch gar nicht erfolgt sind, von einigen Staaten begrüßt werden. Auch mag man durch diese Geste die Türkei ermutigen. Aber die Türkei ist ja kein Kind, das man mit Bonbons erfreut, sondern ein Staat, der nach wie vor auf der Negierung der Kurden beharrt. Schaue man sich doch an, was auf Imralı, der Gefängnisinsel Imralı, passiert, auf der der kurdische Anführer Abdullah Öcalan unter grausamen und inhumanen Bedingungen festgehalten wird. Imralı ist nach wie vor der Ort, an dem sich das tatsächliche Antlitz des türkischen Staates und seiner europäischen Verbündeten hinsichtlich der kurdischen Frage zeigt. Es mag sein, dass es ein bedeutender Schritt war, dass das türkische Parlament vor einigen Wochen zum ersten Mal in seiner 86-jährigen Geschichte die Existenz der Kurden und der kurdischen Frage durch eine Parlamentsanhörung auf die Tagesordnung brachte. Wichtig für die Zukunft aber ist, um falsche Hoffnungen zu vermeiden, sich des Charakters des türkischen Staates, heute vertreten durch die AKP-Regierung, bewusst zu sein.

Zu gern würden die Kurden auch Worte der Ermutigung sprechen, gäbe es doch nur minimale praktische Anzeichen für die Ernsthaftigkeit der türkischen Regierung. Woran soll denn geglaubt werden: an die schönen Worte als leere Versprechen oder an die Wahrheit praktischer Schritte?

Der kurdische Friedenswille und die tatsächliche türkische Absicht

Abdullah Öcalan nahm die AKP beim Wort und rief Kurden aus Europa, dem Flüchtlingslager Mahmur im irakischen Kurdistan und Guerillakämpfer aus den Bergen auf, in die Türkei zu kommen, um sich aktiv für den Frieden politisch zu engagieren. 34 Personen wurden unter denen ausgewählt, die dem Aufruf Öcalans gefolgt waren, 8 von ihnen waren Guerillakämpfer. Hunderttausende Kurden begrüßten die Friedensbotschafter bei ihrer Einreise in die Türkei. Die AKP und vor allem Premierminister Erdoğan waren die ersten Tage stumm vor Schreck. Öcalan hatte die AKP beim Wort genommen. 34 Kämpfer zeigten den Mut und die Opferbereitschaft, sich in das Land der Peiniger zu begeben. Kein Wunder, dass binnen weniger Stunden abertausende Kurden den kurdischen Traditionen gemäß feierten. Sie feiern und jubeln nun mal laut. Der türkische Premier, aber auch der bislang vorsichtig an die Öffentlichkeit appellierende Staatspräsident warfen der DTP vor, sie habe das Fass zum Überlaufen gebracht. Ärger und Wut folgten Drohungen. Sie hatten sich eigentlich nicht über den Jubel geärgert. Nein, sie drohten der DTP, weil Öcalan nachgewiesen hatte, dass es der AKP mit ihrer Einladung gar nicht ernst gewesen war. So platzte der Luftballon der schönen Worte über freie politische Betätigung. Um zu retten, was zu retten war, wurden die Kämpfer nicht gleich verhaftet. Aber man will die männlichen Mitglieder der Friedensgruppe zum Armeedienst einberufen. Sie sollen jetzt für die türkische Armee kämpfen.

Ein Kampf der Jahrhunderte

Egal wie man die jetzige Phase bezeichnen will, ob als „talks about talks“ oder als „Phase vertrauensbildender Maßnahmen“, es ist eine neue. Vertrauensbildende Maßnahmen wären in diesem Vorstadium sehr wichtig gewesen. Davon hingen dann die weiteren Schritte ab. Es ist die kurdische Seite, die ihren Worten Taten folgen lässt. Sowohl die PKK als auch Abdullah Öcalan haben sich intensiv bemüht, die politischen Debatten im Land zu Gunsten des Friedens zu fördern. Seit März hat sich die PKK daher an ihre einseitige Waffenruhe gehalten. Abdullah Öcalan verfasste dazu eine Roadmap, er äußerte Verständnis für die Schwierigkeiten und Risiken gegenüber der AKP-Regierung und Premier Erdoğan. Er hat mehrmals Aufrufe und Vorschläge gemacht und am Ende für all dies mit einer zusätzlichen Bunkerstrafe bezahlt.

Als Kriterium für die Lösung der kurdischen Frage in der Phase der „talks about talks“ wird von den Kurden verlangt, sich nicht einzumischen. Daher wird diese Phase in ein Stadium von Verhandlungen übergehen, wenn die kurdische Seite Mitspracherecht bekommt. In der nahen Zukunft wird genau diese Politik entscheidend sein. Hier geht es nicht nur um einen aktuellen politischen Diskurs. Nein, es geht um die Korrektur eines historischen Fehlers, der seit dem Ersten Weltkrieg besteht. Die Kurden haben das 20. Jahrhundert trotz zahlreicher Aufstände ohne einen internationalen Status erlebt. Die Frage ist: Werden sie in diesem Jahrhundert mit Namen und Identität Anerkennung finden oder nicht? Daher gehen wir schweren Zeiten entgegen. Die Kurden haben durch die

PKK aus ihren Fehlern der Vergangenheit zum größten Teil gelernt. Werden dies auch die anderen tun, die an der kurdischen Tragödie beteiligt waren? Dies ist eine für die Zukunft entscheidende Kernfrage.

Berlin überträgt repressive Kurdenpolitik auf Paris

Die britische Formel, die kurdische Karte im Ärmel zu behalten, hat lange Zeit funktioniert. Sie wurde unsicher, als eine moderne kurdische Freiheitsbewegung sich zu formieren begann. In den letzten dreißig Jahren war es in Europa Deutschland, das sehr systematisch gegen die PKK vorging. Allerdings ohne den erhofften Erfolg. Nun scheint es in den letzten zwei, drei Jahren Frankreich zu sein, das die Politik Deutschlands seit dem PKK-Verbot von 1993 übernommen hat. Man könnte meinen, ein Rollenwechsel habe zwischen beiden Staaten stattgefunden. Beide sind innerhalb der EU für ihre Haltung gegen die Aufnahme der Türkei in die EU bekannt. Frankreich beabsichtigt mit seinen Festnahmen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, wie Deutschland nach 1993 das Spiel zu wiederholen. Kurden gegen Türken, Türken gegen Kurden. Es heißt ja immer, streiten sich zwei, freuen sich die Dritten.

Türkei folgt globalem Trend

Kurdistan ist nach wie vor eine internationale Kolonie. Es waren Abdullah Öcalan und seine Freunde, die ersten PKKler in den 70er Jahren, die den Status Kurdistans auf den Punkt brachten. Kurdistan wurde als internationale Kolonie definiert und für seine Befreiung die Notwendigkeit einer organisierten Massenbewegung festgestellt. Einer gut organisierten, international ausgerichteten Politik mit dem Fokus auf die regionalen Nachbarstaaten. Diese Erkenntnis war auch einer der Beweggründe für die Gründung der PKK am 27. November 1978. Diese Erkenntnis hilft vor allem den gegenwärtigen politischen Konstellationen auf lokaler und globaler Ebene.

Im Zeitalter der Globalisierung des Kapitalismus wird das Phänomen Zeit immer wichtiger. Die global players wollen alles schnell über die Bühne bringen. Die USA wollen die Irak-Frage so schnell wie möglich lösen, da sie sich parallel dazu in Afghanistan/Pakistan einnisten. Auf alle beteiligten Staaten wird Druck ausgeübt, ihr Tempo zu beschleunigen. Obama hat im Gegensatz zu Bush binnen weniger Monate in Kairo den Islam zum Lieblingskind erkoren. Mit Turbo-Geschwindigkeit werden Feinde zu Freunden erklärt. Obama weckte Hoffnungen, anders zu sein. Mehr für den Frieden zu stehen, weshalb er den Friedensnobelpreis bekam. Kurz danach folgte seine offizielle Kriegserklärung in Afghanistan. Es bahnt sich ein zweiter Irak an.

Einer der unter immensem Druck stehenden Staaten ist die Türkei. Sie war ein guter Wächter der NATO im Kalten Krieg und ist ihr auch heute noch treu, da sie sich von deren Erweiterungspolitik Vorteile erhofft. Sie muss die kurdische Frage in irgendeiner Weise lösen. Da sie aber nichts Neues zu bieten hat, schaut sie auf ihre Vorväter, die Experten in der Politik der Unterdrückung der Kurden waren. Die Unterdrückungsgeschichte soll wiederholt werden.

AKP bietet Zuckerbrot, CHP die Peitsche

Die AKP-Regierung mit ihren Politikern ist mittlerweile auch geübter geworden in ihrem Pragmatismus, da sie die Türkei international profilieren will, da sie weiß, wie wichtig ihr Land für die global players als Burg des politischen Islam ist, und da sie sich auch seiner geostrategischen Bedeutung für die Energiepolitik bewusst ist. So wie Obama kurzfristig von der Islamphobie Bushs zur Islamliebe gewechselt ist, so hat die AKP-Regierung die vorher nicht-existenten Kurden als Realität auf die Parlamentsagenda befördert. Nur spielen die Kurden hierbei nicht mit. Denn ein Bestandteil der kurdischen Frage oder eine Bedingung für ihre Lösung ist die Kritik der historischen Unterdrückungspolitik gegenüber Kurden. Wie sonst soll ein dauerhafter Frieden, ein Prozess der Versöhnung entstehen, wenn keine Entschuldigung für die Massaker ausgesprochen wird? Wie soll es zu vertrauensbildenden Maßnahmen kommen, wenn es in der Türkei keinen Protest gegen die Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der „Republikanischen Volkspartei“ CHP, Onur Öymen, gibt, der das Massaker von Dersim 1938 guthieß? Öymen hat mit seinen Worten die türkische blutige Wahrheit gegenüber den Kurden auf den Punkt gebracht. Er hat diese blutige Geschichte legitimiert. Dagegen kam weder von der AKP noch von der breiten türkischen Öffentlichkeit ernstzunehmender Protest. Während die AKP die Kurden mit schönen Worten abspeist, rechtfertigt eine der ältesten Parteien des Landes die Massakrierung von Kurden. Will man also verstehen, was in der Türkei in Bezug auf die kurdische Frage vor sich geht, muss man wissen, dass es sich hier nicht um Parteipolitik handelt, sondern um eine Staatspolitik auf der Grundlage von „Zuckerbrot und Peitsche“.

Einige Fakten als Hinweise

Erstens stellt sich die Frage, warum die Roadmap Abdullah Öcalans nicht ausgehändigt wird. Wäre die Türkei tatsächlich an einer Lösung der kurdischen Frage interessiert, dann würde sie den Kurden auch erlauben, ihren Fahrplan zu präsentieren. Die AKP-Regierung hat ihren inhaltslosen Plan dem türkischen Parlament vorgelegt.

Zweitens ist die genaue Beobachtung der aktuellen Entwicklungen auf der Gefängnisinsel Imralı sehr wichtig, um das Spektakel des türkischen Staates in dieser Phase besser zu verstehen. In den internationalen Nachrichtenagenturen wurde die Verlegung von fünf Häftlingen auf die Insel als positive Entwicklung zur Milderung der seit mehr als zehn Jahren andauernden Isolationshaft des kurdischen Volksführers bejubelt. Angeblich sei die Türkei einer von drei Forderungen des dem Europarat untergeordneten Antifolterkomitees CPT gefolgt. Was aber weiterhin passierte, hat niemanden aus der internationalen Medienlandschaft und Politik interessiert. Während die neuen Häftlinge nach Imralı verlegt wurden, wurde auch die Isolation Öcalans verschärft. Denn nachdem er die letzten zehn Jahre in einer Zelle von 13 m² verbracht hatte, wurde er jetzt in eine neue verlegt, nur



Protest gegen die verschärften Haftbedingungen von Abdullah Öcalan Foto: DIHA

6 m² klein, deren Beschaffenheit sich noch negativer auf seine Gesundheit auswirkt. Dies teilte er jüngst seinen Anwälten mit.

Europa muss verhindern, dass der Tod auf Raten für Öcalan, den Kopf der Kurden, beschleunigt wird

Nicht nur, dass die Zelle jetzt noch kleiner ist, nein, Öcalan hat auch noch weniger Zugang zu frischer Luft. Dabei ist bekannt, dass er unter starken Atembeschwerden leidet. Die Neuerung auf Imralı geschah auf Empfehlung und mit Kenntnis des dem Europarat unterstehenden CPT. Die Türkei als ratifiziertes Mitglied hat dessen Empfehlungen zu folgen. Es ist auch die einzige internationale Institution mit Zugang zu Imralı und Öcalan. Diesem zufolge waren es externe Kräfte gewesen, die ihn damals entführt hatten. Der Türkei kam lediglich die Aufgabe seiner Bestrafung zu und der Berichterstattung. Zweifellos offenbart diese internationale Konstellation die Bedeutung und Wichtigkeit Öcalans. Imralı ist der Ort, an dem der Tod auf Raten als systematische Folter verabreicht wird. Jede Änderung dieser Inselhaft bedarf internationaler Order und Billigung. Wie also soll dann diese neue Variante, d. h. die Beschleunigung des Todes auf Raten, in dieser Phase bewertet werden? Wo doch klar ist, dass die kurdische Bevölkerung jede Handlung gegen Öcalan gegen sich selbst gerichtet sieht.

FBI kommt zur Hilfe

Zum Dritten war der Besuch des FBI-Chefs Muller in Istanbul eine heikle Angelegenheit. In seinen Gesprächen mit türkischen Kollegen im Sicherheitsapparat ging es um Verfolgungsmaßnahmen gegen führende PKK-Politiker. Aber auch der Umstand, dass die USA prominente Politiker, unter anderem PKK-Sprecher Murat Karayılan, des Drogenhandels bezichtigen, spricht für sich. Wie soll die kurdische Frage gelöst werden, wenn die Vertreter der kurdischen Seite diffamiert werden? Wie sollen sie frei agieren, wenn die Türkei gemeinsam mit dem FBI ihre Verschleppung plant?

Damokles-Schwert über der DTP

Zum Vierten: Wie ein Damokles-Schwert droht der DTP jetzt das Verbot. Einzig und allein aus dem Grund, weil sie auf der kurdischen Seite auf die Adresse für Lösungsgespräche hinweist. Immer wieder versucht sie, der Türkei klarzumachen, dass sie früher oder später mit Abdullah Öcalan und der PKK reden muss. Je lauter die DTP dabei ruft, umso mehr Druck wird auf sie ausgeübt, bis hin zu Angriffen wie zuletzt in Izmir, als ein DTP-Konvoi von türkischen Faschisten angegriffen wurde. Die Botschaft ist klar: Halt deinen Mund oder du wirst verboten respektive eliminiert!

Politik der regionalen Isolierung

Nicht genug damit, die AKP-Regierung bemüht sich um die Stärkung der bilateralen Beziehungen mit Syrien, Irak, Irakisch-Kurdistan und Iran, um die PKK zu isolieren und handlungsunfähig zu machen. Der türkische Staat, der bislang die Kurdische Regionalregierung im Nordirak nicht anerkennen wollte, will dort jetzt seine Konsulate eröffnen. Aus diesem Grund reiste der türkische Außenminister persönlich in die Hauptstadt Arbil. Die Türkei muss das tun, weil sie glaubt, dadurch die Kurden benutzen zu können, das heißt, die irakischen Kurden gegen die PKK aufzuhetzen. Auch deshalb, um bei geplanten Militäroperationen auf sie zählen zu können.

Auch Abdullah Öcalans Roadmap in Haft

Es können noch weitere Beispiele zum besseren Verständnis des Kerns der „kurdischen Initiative“ aufgezählt werden, um falscher Hoffnung vorzubeugen. Wir haben es mit einer uralten und komplexen internationalen Karte zu tun. Allen voran die Türkei, aber auch ihre Verbündeten bewegen sich auf dem gemeinsamen Konsens: Kurden ohne Kopf. Oder besser für die „kurdische Initiative“: türkischer Kopf – kurdischer Körper. Wie sonst sollte sich die kurdische Karte für Regionalmächte und global players lohnen, wenn auch noch die Kurden mitreden? Deshalb wird die Roadmap Öcalans nicht herausgegeben.

Gegenseitiges Verständnis

Für die friedliche Überwindung eines Konflikts ist es wichtig, dass beide Seiten sich und die politischen Gleichgewichte möglichst objektiv einschätzen können. Ratsam ist, dass jede Seite die andere kennt wie sich selbst. Den Kurden ist bewusst, in welcher Lage sich die Türkei befindet. Was die Türkei will und was sie kann und was nicht. Die Entdeckung einiger arabischer Intellektueller, dass es sich bei der AKP-regierten Türkei um „Neo-Osmanen“ handelt, trifft durchaus zu. Dies hat erst kürzlich der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu bestätigt. Aber um wieder groß in der Politik mitspielen zu können, muss sich die Türkei mit ihrem größten Problem, der kurdischen Frage, auseinandersetzen, um es lösen zu können. Doch auch die global players erhoffen sich viel von der Türkei und haben sie fest in die AfPak[*Afghanistan/Pakistan*]-Mission eingebunden. In der NATO-Erweiterungsstrategie fällt der Türkei einiges zu. Die AKP-Regierung als die Vorreiterin der „Neo-Osmanen“ erhofft sich dadurch internationale Profilierung für das Land, um auch die Wirtschaft ankurbeln zu können. Die Türkei will und muss groß spielen. Nur die ungelöste kurdische Frage wird sie daran hindern. ♦

Kriegserklärung an die Demokratie – Millionen Kurden sollen mundtot gemacht werden

DTP-Verbot in der Türkei

Yek-Kom, Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V., Düsseldorf, 11.12.2009

Einmal mehr hat sich die Türkische Republik als Parteienfriedhof erwiesen. Die mit 21 Abgeordneten im türkischen Parlament vertretene kurdische Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP ist am Freitag vom türkischen Verfassungsgericht verboten worden. Die DTP war bei den Kommunalwahlen im März 2009 mit 2,6 Millionen Wählerstimmen zur führenden Kraft in den kurdischen Landesteilen geworden und stellte dort 99 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf.

Die 11 Richter schlossen sich einstimmig der Anklage der Generalstaatsanwaltschaft an, wonach die DTP mit ihren Forderungen nach verfassungsmäßiger Anerkennung der kurdischen Identität und regionaler Selbstverwaltung gegen die in der Verfassung festgeschriebene Einheit von türkischer Nation und türkischem Staatsgebiet verstoßen und als politischer Arm der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK agiert habe. Das Verbot der DTP wurde offenbar direkt vom Nationalen Sicherheitsrat angeordnet, wie die Einstimmigkeit des Richtervotums deutlich macht.

Gegen 37 Politikerinnen und Politiker, darunter die Parteivorsitzenden Ahmet Türk und Aysel Tuğluk sowie vier Oberbürgermeister, wurde ein fünfjähriges politisches Betätigungsverbot verhängt. Politikverbot erhielt auch die Sacharow-Preisträgerin des Europaparlaments Leyla Zana, obwohl sie nie Mitglied der DTP gewesen war. Durch den Verlust der Abgeordnetenmandate von Ahmet Türk und Aysel Tuğluk verliert die DTP ihren Fraktionsstatus im türkischen Parlament.

Bereits in den letzten Wochen war die DTP nahezu vogelfrei. In mehreren Städten gab es Anschläge von türkischen Faschisten auf DTP-Büros und Lynchversuche gegen DTP-Anhänger. In den letzten zwei Wochen wurden Kundgebungen der DTP von der Polizei mit Tränengas und Wasserwerfern angegriffen und Hunderte Demonstranten festgenommen. In Diyarbakır wurde bei einer DTP-Kundgebung ein Student von der Polizei erschossen.



Ahmet Türk und Aysel Tuğluk Foto: DIHA

Als Föderation kurdischer Vereine in Deutschland Yek-Kom verurteilen wir das Verbot der DTP als einen Anschlag auf den Friedensprozess in der Türkei. Der türkische Staat und die Regierung von Ministerpräsident Erdoğan haben damit deutlich gemacht, dass es ihnen entgegen vollmundiger Versprechungen nicht um eine friedliche Lösung der kurdischen Frage geht. Millionen Kurdinnen und Kurden sollen stattdessen durch die Zerschlagung ihrer demokratischen Selbstorganisation aus dem politischen Prozess ausgeschaltet und mundtot gemacht werden.

Der EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn hatte erklärt, dass der politische Pluralismus ein wichtiger Teil der Demokratie sei und die DTP ihren Beitrag für diesen Pluralismus leiste. Ihre politische Legalität habe die DTP bei den Wahlen im März bewiesen. Herr Rehn meinte, dass er das Verfahren gegen die DTP verfolgen werde, und er glaube, dass die Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit einschließlich der Rechte der Angeklagten sich durchsetzen würden. Sowohl der EU-Erweiterungskommissar als auch die Venedig-Kommission erklärten, dass die türkischen Rechtsvorschriften, die die Verantwortung für die Schließung von politischen Parteien tragen, nicht im Einklang mit der Europäischen Konvention der Menschenrechte und mit den europäischen Geflogenheiten stehen.

Als Föderation kurdischer Vereine in Deutschland Yek-Kom fordern wir sowohl von dem EU-Erweiterungskommissar als auch von der Venedig-Kommission hinter ihren Worten zu stehen, somit Solidarität mit der DTP zu zeigen und die türkische Regierung zu verurteilen.

Wir appellieren an die europäischen Länder, demokratischen Vereinigungen, Menschenrechtsvereine, MenschenrechtlerInnen und FriedensaktivistInnen: Für den Frieden und die Demokratie muss Solidarität mit der DTP gezeigt werden.

Wird das Parlament das Problem nicht lösen, wird es erneut Krieg geben!

Die PKK ist eine Volksbewegung

Auszüge aus Interviews mit Murat Karayılan

Passagen aus zwei bei der Nachrichtenagentur ANF am 18.11. und 3.12.09 erschienenen Interviews mit Murat Karayılan, dem Exekutivratsvorsitzenden der „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan" KCK

In das Imralı-Gefängnis, in dem sich Herr Öcalan befindet, wurden fünf weitere Häftlinge verlegt. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Der Vorsitzende ist weder irgendein Gefangener, noch handelt es sich um einen Häftling, den der türkische Staat bei einer Durchsuchung hier oder da gefangen hat. Es handelt sich um den Vorsitzenden des kurdischen Volkes und er wurde im Rahmen eines internationalen Komplotts und einer internationalen Operation verhaftet und an die Türkei ausgeliefert. Bei jeder Gelegenheit versucht die kurdische Bevölkerung zu erklären, dass die Herangehensweise an den Vorsitzenden Apo die Herangehensweise gegenüber der kurdischen Bevölkerung darstellt. Beides ist gleich zu sehen. Die Türkei hat unseren Vorsitzenden die letzten elf Jahre allein in Isolationshaft gehalten und dabei gegen alle internationalen Gesetze und Menschenrechtsabkommen verstoßen. Diese strenge Isolation wird zurzeit beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verhandelt – der Prozess dauert weiterhin an. Im Rahmen der Richtlinien des europäischen Anti-Folter-Komitees CPT – die auch seitens der Türkei anerkannt werden – ist die alleinige Inhaftierung eines Häftlings als Isolation definiert. Und die Isolation wird als Folter definiert. Das heißt also, dass es sich bei den Haftbedingungen unseres Vorsitzenden um eine Folter handelt, die international definiert ist und auch konkret in seinem Fall festgestellt wurde.

Es gab viele Gründe, warum nun weitere Häftlinge nach Imralı gebracht wurden. Zum einen ist der Punkt sehr wichtig, an dem sich unsere Befreiungsbewegung befindet. Des Weiteren waren auch die internationalen Forderungen des CPT von Bedeutung. Auch der Beschluss des EGMR übt Druck auf die Türkei aus. Laut Berichten der türkischen Presse wurde eine Gruppe von fünf Personen nach Imralı gebracht. Ohne Frage kann dies eine positive Entwicklung darstellen. Der türkische Staat macht das, was er vor zehn Jahren hätte machen sollen, erst jetzt. Nochmals möchte ich unterstreichen, dass er dies nicht aus Langeweile getan hat oder weil er selbst darauf gekommen ist.

Herr Öcalan bezeichnet seine neue Zelle als „Todesloch". Was bezweckt der türkische Staat, der ja seit geraumer Zeit eine „Öffnung" plant?

Unser Vorsitzender wurde in eine neue Zelle verlegt. Um die Folter und Isolation, der er ausgesetzt war, zu verringern und seine Haftbedingungen zu verbessern. Aber wie wir jetzt erfahren, ist das neue Gefängnis im wahrsten Sinne des Wortes ein Todesloch. Ein Käfig, in dem man keine Luft bekommen kann. Unser Vorsitzender Apo ist 60 Jahre alt. Er hat Atemprobleme und auch weitere gesundheitliche Beschwerden im HNO-Bereich. Sowohl der türkische Staat als auch die AKP-Regierung sind sich dessen sehr genau bewusst, dass sie seine gesundheitliche Verfassung nur verschlimmern, wenn sie ihn in diese neue verkleinerte Zelle sperren. Es gibt keine andere Erklärung: Er wurde in diese Zelle gesteckt, um ihn zu töten. Um den Anschein der Verbesserung vorzutäuschen, wurden fünf weitere Häftlinge nach Imralı gebracht. Bisher hat unser Vorsitzender sie noch nicht zu Gesicht bekommen*. Der Staat ist auf Vernichtung aus, denn er möchte den Willen des kurdischen Volkes nicht anerkennen. Sie haben davor nicht den geringsten Respekt.

Was sind Ihre Erwartungen gegenüber dem CPT oder auch anderen internationalen Menschenrechtsorganisationen, -institutionen und Menschenrechtlern?

Es war der Vorschlag des CPT, ein solches Gefängnis zu bauen. Denn sie sagten, dass es als Isolation und Folter einzustufen sei, eine Person allein gefangen zu halten. Auch wenn es sich nur um eine kurze Zeit handeln würde, sei es als

* Nach 10 Jahren strengster Isolationshaft soll Abdullah Öcalan jetzt das erste Mal mit auf die Gefängnisinsel Imralı verlegten Häftlingen zusammengekommen sein. Das Justizministerium und die Staatsanwaltschaft von Mundanya haben ihre Zustimmung dazu gegeben, nachdem sie darin übereingekommen waren, dass eine bestehende Disziplinarstrafe keinen Hinderungsgrund dafür darstelle, dass sich Gefangene sehen dürfen. Daraufhin soll Öcalan eine halbe Stunde mit 4 der 5 nach Imralı verlegten Häftlinge zusammengekommen sein. Abdullah Öcalan soll ab jetzt jede Woche ein Mal diese Möglichkeit gegeben werden.
Quelle: ANF 10.12.2009, ISKU

Folter einzustufen. Hier handelt es sich um unseren Vorsitzenden, der seit elf Jahren so gehalten wird.

Das neue Gefängnis, in das unser Vorsitzender verlegt wurde, kommt einem Todesloch gleich. Es schadet seiner Gesundheit, die ihm ja sowieso zu schaffen macht. Das CPT besitzt sehr wohl viele und auch richtige Informationen über den Gesundheitszustand unseres Vorsitzenden. Sollte in Zukunft etwas passieren, so sind das CPT und alle Staaten und Institutionen, die hinter ihm stehen, direkt dafür verantwortlich. Sie haben dieses Gefängnis gemeinsam gegründet. Also haben sie ein gemeinsames System erarbeitet. Das heißt, in diesem System sind auch sie enthalten. Wir fordern sowohl das CPT als auch internationale Menschenrechtsorganisationen und -institutionen sowie Menschenrechtler auf, auf die Insel zu fahren, um sich die Lage selbst anzuschauen. Außerdem fordern wir, dass er unverzüglich da rausgeholt wird. Dies ist ein Anlass für mich, um alle dazu aufzurufen, ihre Aufgabe entsprechend zu erfüllen. Unser Vorsitzender wird dort nicht unter gesunden Bedingungen gehalten. Er kann nicht einmal in Ruhe schlafen. Ihm droht dort Lebensgefahr. Er muss unverzüglich dort herausgeholt werden. Wenn sie fragen, „Was ist denn dann die Lösung?“, dann werde ich ihnen ganz sicherlich nicht sagen, die Lösung sei seine Verlegung in einen Hausarrest. Die Lösung ist seine Freilassung. Um eine friedliche Lösung mit dem kurdischen Volk zu erreichen, ist seine Freiheit erforderlich.

Dies ist eine Frage des Kampfes. Dies ist unsere Aufgabe. Sicherlich habe ich nicht vor, unsere Aufgabe irgendjemand anderem zu übertragen oder dies von anderen zu verlangen. Die Freiheit von Apo sowie die Lösung der kurdischen Frage ist die Aufgabe der Führung der kurdischen Freiheitsbewegung. Wir verfügen über reichlich Erfahrung, um unserer historischen Aufgabe nachzukommen. Niemand sollte diesbezüglich Bedenken haben. Wir als Führung werden die notwendigen Schritte zur notwendigen Zeit einleiten. Es sind unsere grundlegenden Aufgaben, die Lösung der kurdischen Frage und die Freiheit unseres Vorsitzenden Apo zu erreichen. Was ich von internationalen Menschenrechtsorganisationen fordere, ist, dass jeder alles in seiner Macht Stehende tut, um ihn dort herauszuholen.



Demonstration in Amed/Diyarbakır gegen die verschärften Haftbedingungen von Öcalan   Foto: DIHA

Öcalan erklärte vor wenigen Tagen, dass er eine erneute Bunkerstrafe bekommen habe und ein neues Verfahren gegen ihn eingeleitet worden sei. Außerdem wies er auf seinen sich immer weiter verschlechternden Gesundheitszustand hin ...

Aus den letzten schriftlichen Protokollen der Konsultationen mit seinen Rechtsanwälten können wir ersehen – und er sagt es auch selbst –, dass es ihm gesundheitlich sehr schlecht geht. Der Juckreiz an seinem Körper hält weiterhin an, auch die Beschwerden im Halsbereich sind unverändert. Es ist nun so weit gekommen, dass er seine Augen kaum noch öffnen kann. Der Luftmangel dort macht ihm das Leben sehr schwer. Die Politik der Türkei, den Vorsitzenden langsam aber sicher in den Tod zu treiben, wird also immer noch angewandt. Wiederum werden neue, ganz neue Verfahren gegen ihn eingeleitet. Erneut wird er mit einer Bunkerstrafe bestraft. Das letzte Verfahren gegen ihn wurde eingeleitet, weil er bei der Konsultation mit seinen Rechtsanwälten vor einigen Wochen erwähnte: „Sollten die Diskussionen im Parlament keine Lösung beinhalten, wird es Krieg geben.“ Dieser Satz soll angeblich ein Befehl an die Organisation gewesen sein und er soll deswegen bestraft und verurteilt werden. Aber hierfür bedarf es gar keines Befehls. Denn wir selbst sind uns dessen bewusst und reden auch selbst davon. Allen voran haben wir ein System. Und auch wir müssen Lagebewertungen machen, bei denen wir zu denselben Resultaten gelangen. Wenn unser Vorsitzender dieselben Bewertungen macht und deswegen bestraft wird, ist es ohne Frage nur ein Vorwand, um ihn bestrafen zu können. Gibt es denn noch irgendjemanden, der nicht weiß, dass, sollte das Parlament keine Entschlossenheit zur Lösung zeigen, sollte der türkische Staat weiterhin versuchen, unsere Bewegung zu vernichten und eben deswegen angreifen, dies einem Krieg gleichkommt? Eine schon längst bewusste Tatsache wird zum Straftatbestand, wenn unser Vorsitzender sie ausspricht. Es gibt nichts Dümmeres als eine solche Situation. Warum wird so gehandelt? Sie wollen sich mit ihm beschäftigen. Sie wollen ihn psychisch immer auf Trab halten. Sie wollen psychische Folter ausüben. Deswegen versuchen sie es mit diesen Mitteln. Es ist eine ganz normale politische Bewertung, die unser Vorsitzender macht. Was wird denn passieren, wenn das Parlament nicht für eine Lösung bereit ist? Natürlich wird es Krieg geben!

Die ganze Hoffnung der Bevölkerung lag darin, dass das Parlament sich mit diesem Problem befasst und eine Lösung findet. Das Parlament hat sich zwar damit beschäftigt, jedoch nichts gelöst. Was also wird nun passieren?

Der CHP-Vize Onur Öymen hielt im Parlament eine Rede zum Massaker von Dersim. Diese Rede wurde stark kritisiert, da sie fast schon den Genozid für legitim erklärte. Er wurde aufgefordert, zurückzutreten. Wie bewerten Sie diese Herangehensweise der CHP?

Die Debatte im Parlament zu diesem Thema hat im Grunde die Realität ans Licht gebracht. Sie hat die Lösungslosigkeit der AKP zu diesem Problem offenbart. Darüber hinaus auch die Massaker-Mentalität, die innerhalb des Staates herrscht. Auch wurden diejenigen mit schlimmster faschistischer Gesinnung geoutet. Dazu gehört die CHP. Durch die Äußerungen in ihrem Namen ist sie nun endgültig reaktionär geworden. Es wurde offen, dass sie überwunden werden muss. Sie hat einen eindimensionalen, repressiven Charakter, der Massaker verteidigt. Jetzt sagen sie „Onur Öymen soll zurücktreten". Dazu werde ich nichts sagen, denn es ist richtig. Er muss von der Politik zurücktreten. Aber dazu muss ich sagen, dass seine Meinung die wahre Meinung der CHP widerspiegelt. Ich möchte unterstreichen, dass es sich bei Onur Öymen nicht um irgendeine Figur aus der CHP handelt. Jeder weiß, dass er einer der ideologischen Lehrer Deniz Baykals ist. Es handelt sich also nicht um irgendjemanden, der bei seiner Wortwahl einen Fehler machen würde. Er hat langjährige diplomatische Erfahrungen. Er hat also nur die Politik der CHP offen ausgesprochen.

Auch die CHP stellt sich hinter die Aussagen Öymens. Denn auf der Fraktionssitzung im Anschluss an seine spektakuläre Rede wurde er mit Applaus empfangen. Kemal Kılıçdaroğlu [*Istanbuler CHP-Parlamentsabgeordneter, bekannt durch Korruptionsuntersuchungen gegen AKP-Abgeordnete*] sagte: „Herr Onur muss das Nötige tun." Er hat es eigentlich falsch gesagt. Denn wenn es jemanden gibt, der das Nötige tun muss, dann ist das Kılıçdaroğlu selbst. Denn wenn er seine Vergangenheit wirklich nicht verleugnen will und etwas Ehrgefühl besitzt, dann sollte er die CHP verlassen. Onur Öymen verteidigt im Nachhinein seine Äußerungen und steht noch immer dazu. Also sollte kein ehrenvoller Kurde, kein Alevit und niemand, der sich selbst als Demokrat bezeichnet, noch länger in der faschistischen, rassistischen CHP bleiben.

Doch möchte ich unterstreichen, dass das, was die CHP ausgesprochen hat, der bis heute aktuellen Politik des türkischen Staates entspricht. Denn das, was bis heute praktiziert wird, unterliegt der zur Zeit Scheich Saids und des Widerstands von Dersim entstandenen Massaker-Mentalität. Es wäre falsch, so zu tun, als ob nur in Dersim 1937–38 ein Massaker verübt worden wäre. Seit 1984, seit dem Beginn unseres bewaffneten Kampfes, wurden insbesondere zur Regierungszeit Tansu Çillers und der CHP in fast allen Regionen Kurdistans regelrechte Massaker verübt, die nicht von geringerer Bedeutung sind als das von Dersim. Genau das ist die Linie, auf der der Staat in der kurdischen Frage bis heute marschiert. Onur Öymen hat „nur" ausgesprochen, dass sie damit fortfahren sollten.

Wenn ihr die PKK eliminieren wollt, dann bedeutet dies, dass ihr die Bevölkerung eliminieren wollt. Denn die PKK ist eine Volksbewegung. Als die Friedensgruppen vor Kurzem von Hunderttausenden empfangen wurden, hat das Volk dort nicht gerufen „Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier"? Es ist sehr offensichtlich, dass die Eliminierung der PKK zugleich auch die Eliminierung des Volkes bedeutete. Und das, was in Dersim geschah, ist dasselbe. Die Bewegung Seyit Rizas war eine Volksbewegung. Und sie wurde auch als solche unterdrückt. Einige ließ man verschwinden, andere wurden massakriert. Die Restlichen wurden im Rahmen des „weißen Massakers" ins Exil geschickt. Kurdische Kinder wurden zwangsweise zur Schule gebracht und assimiliert. Sie wurden in einer Kasernenkultur erzogen. Genau dahinter stehen heute die CHP und die MHP. Und das, was Onur Öymen ausgesprochen hat, war nichts anderes, als dies in der heutigen Zeit zu legitimieren. Selbstverständlich sollte dies verurteilt werden und für immer Vergangenheit bleiben. Denn es ist eine reaktionäre, faschistische und rassistische Einstellung. Mit dieser Position wird die Einheit in der Türkei niemals zustande kommen. Diese Position ist eine spaltende, eine separierende. Sollte der türkische Staat darauf beharren, wird es definitiv Spaltungen geben. Denn es ist nicht möglich, die Ehrlosigkeit der kurdischen Bevölkerung zu erwarten. Und ebenso ist es nicht möglich, vom kurdischen Volk zu erwarten, dass es sich ergibt.



Proteste auch in Adana Foto: DIHA

Ministerpräsident Erdoğan wird am 5. Dezember in die USA fliegen. Glaubt man der Presse, wird sich

das Treffen in erster Linie um die kurdische Frage drehen. Wie bewerten Sie dieses Treffen?

Die USA agieren im Grunde als „Partei“ in der kurdischen Frage. Sie sind zu einer Macht im Mittleren Osten herangewachsen. Sie sind in dieser oder jener Weise interessiert an der kurdischen Frage. Daher gehören also auch die USA zu den Verantwortlichen dafür, dass sich das Problem nicht lösen lässt. Wir sollten nicht vergessen, dass sie hauptverantwortlich für eine Politik der Lösungslosigkeit im Mittleren Osten sind. Obwohl sie im Süden Kurdistans die Identität der Kurden anerkennen, tun sie es im Norden nicht. Im Norden haben sie stets unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Terrorismus den in Kurdistan herrschenden Staatsterror unterstützt. Jeder sollte wissen, wenn die USA heute für eine wirkliche Lösung der kurdischen Frage einstehen würden, wäre das ein Meilenstein auf dem Weg der Lösung der kurdischen Frage.

Die USA haben die Türkei eingeladen, um wieder einmal etwas von ihr zu fordern. Sie werden einfordern, dass die Türkei ihre Haltung konkretisiert. Der Iran hat nun eine radikalere Haltung in der Frage des Baus von Nuklearwaffen. Daher werden die USA verlangen, dass die Türkei offen darlegt, auf wessen Seite sie steht. Die USA werden versuchen, der Türkei im Irak eine Rolle zuzugestehen, um den Iran eingrenzen und umzingeln zu können. Dafür werden die USA eine konkrete Haltung der Türkei fordern. Es ist schon jetzt abzusehen, dass die Türkei darauf positiv reagieren wird. Aber im Gegenzug wird sie auch konkrete Zugeständnisse von den USA verlangen. Sie wird sagen: „O. k., ich bin dabei. Aber lasst uns davor noch das PKK-Problem lösen.“ Sie wird von den USA militärische Operationen gegen die Einheiten der PKK in den Grenzgebieten von Nord- und Südkurdistan verlangen. Sie wird den USA mitteilen, dass es ihr nicht ausreiche, dass die USA der Türkei die modernste Kriegstechnik zur Verfügung gestellt haben, dass die USA Aufklärungsflüge über den Gebieten der Guerilla vornehmen, dass sie der Türkei Auskunft erteilen über mit Hilfe moderner Techniken ermittelte Entwicklungen, dass die USA politische, diplomatische und auch wirtschaftliche Unterstützung bieten. Denn die Türkei wird sagen: „Bringen wir es gemeinsam zu Ende.“ Also die eigene internationale Vermarktung im Gegenzug zur PKK.

Diese Politik der Türkei wird ins Leere laufen. Denn das wird keine Lösung sein. Wer immer uns angreift, wir werden unser legitimes Recht auf Selbstverteidigung unter allen Umständen nutzen. Wer uns für schwach hält, wird sich täuschen. Wir beherrschen in ganz Kurdistan das Terrain. Auch die Guerilla verfügt über sehr große Erfahrung. Unser Kampf ist berechtigt. Das Volk steht hinter uns. Und auch die geographischen Bedingungen stehen als strategische Verbündete hinter uns. Niemand kann uns besiegen. Da sollte sich niemand selbst belügen.

Das iranische Regime hat am 11. November, trotz heftiger Proteste der Kurden, Ihsan Fetahiyan gehängt. Noch immer warten 14 kurdische Häftlinge auf die Vollstreckung ihrer Todesurteile. Was bezweckt der Iran damit?

Gegen die Hinrichtung von Ihsan Fetahiyan wurde von der gesamten kurdischen Bevölkerung protestiert. Wir verurteilen die Hinrichtung zutiefst. Weder der Iran noch ein anderer Staat wird je ein Resultat durch die Todesstrafe erlangen. Es ist dringend nötig, dass das iranische Regime einen Politikwechsel in dieser Frage einschlägt. Ihsan Fetahiyan ist ein kurdischer Jugendlicher, der zuvor Mitglied der Komala war. Es ist normal, dass alle Kurden sich für ihn einsetzen. Sollte der Iran mit den Hinrichtungen weitermachen, werden sich immer mehr Kurden gegen ihn stellen. Es ist bekannt, dass viele PJAK-Mitglieder nach ihrer Festnahme ebenfalls die Todesstrafe bekommen haben. Sollten die Hinrichtungen weiterhin praktiziert werden, so wird die zurzeit bestehende weiche Phase zwischen dem Iran und den Kurden verletzt und schließlich beendet werden. Denn die Todesstrafen würden Grund für noch mehr Unruhe werden. Dies wird sicherlich nicht im Sinne des Iran sein. Wir rufen den Iran dazu auf, diese Exekutionen zu stoppen.

In Syrien befinden sich die politischen Gefangenen seit ca. einem Monat im Hungerstreik*

Wir Völker des Mittleren Ostens sollten die Konflikte, die zwischen uns bestehen, auf der Grundlage eines Dialoges lösen können. Nicht mit der Todesstrafe oder mit Gewalt. Weder sollte der Iran die Kurden aufgrund ihrer politischen Ziele erhängen und unterdrücken, noch sollten die Kurden Gewalt gegenüber dem Iran ausüben. Insbesondere in der jetzigen Zeit, in der die Islamische Republik Iran gewisse Konflikte mit dem internationalen System hat, wird es sicherlich nicht im Sinne des Iran sein, sich jetzt auch noch mit den Kurden in die Haare zu kriegen. Auch die Kurden werden davon nichts haben. Daher hoffe ich, dass die iranischen Verantwortlichen entsprechend handeln und davon absehen, Todesurteile auszusprechen. Ich sehe es auch als normalstes und selbstverständlichstes Recht von allen, dass sie versuchen, ihre Kinder zu beschützen. So wie es auch die Kurden machen.

Auch in Syrien verhält man sich meines Erachtens den Kurden gegenüber sehr falsch. Die Gefangenen aus der PKK und der PYD in Syrien befinden sich nun seit fast einem Monat in einem Hungerstreik, um gegen die Haftbedingungen und die Vorgehensweisen in syrischen Gefängnissen zu protestieren. Wir begrüßen diesen Widerstand. Ebenfalls möchte ich jeden dazu aufrufen, diesen Widerstand, der zurzeit im Gefängnis von Damaskus läuft, zu unterstützen. ♦

* Nach Meldung von Roja Ciwan haben die politischen Gefangenen ihren Hungerstreik im Edra-Gefängnis/Damaskus beendet. An dem Hungerstreik hatten 300 politische Gefangene der PKK und PYD teilgenommen. Am 40. Tag des Hungerstreiks ist es zu einer Einigung zwischen Gefangenen und Gefängnisleitung gekommen. Über den Inhalt der Vereinbarung liegen noch keine näheren Informationen vor. Diese sollen aber in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.
Quelle: Roja Ciwan, 09.12.2009, ISKU

Zweite Erklärung der Rechtsvertreter Abdullah Öcalans zur Verlegung

Öcalans neue Zelle ist ein „Todesloch" – Isolation weiter verschärft

Veröffentlicht von: Internationale Initiative „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan"

Wie der Öffentlichkeit bekannt ist, wird unser Mandant, Herr Abdullah Öcalan, seit mehr als 10 Jahren im geschlossenen Einpersonengefängnis Imralı in Isolationshaft gehalten. In der Folge von Beobachtungen und Berichten des Europäischen Antifolterkomitees (CPT) über die Isolationshaftbedingungen wurde ein neues Gefängnis errichtet. Am 17. November 2009 wurde unser Mandant dann in dieses neu erbaute Gefängnis des F-Typs verlegt. Die Isolation in diesem Gefängnis, das als „geschlossene Hochsicherheits-Strafvollzugsanstalt Typ-F Imralı" bezeichnet wird, hat eine neue, weitaus schärfere Form angenommen. Seither sind wir als Verteidigung zweimal mit unserem Mandanten zusammengetroffen. Bei diesen Konsultationen wurde deutlich, dass sich das Haftregime von Herrn Öcalan ernsthaft verschlimmert hat. Die Verschlechterungen in den Haftbedingungen und der gesundheitlichen Situation sind folgende:

Die neue, eingeschossige Zelle besitzt eine Größe von ca. 6–7 m² einschließlich Bad und Toilette. Das drahtvergitterte Fenster befindet sich in sehr großer Höhe und ist so ausgerichtet, dass nur der Himmel sichtbar ist. Auf diese Weise kann das Fenster keine Luftzirkulation gewährleisten. In der Zelle befindet sich außer dem mit der Wand fest verbundenen Bett nur ein Leerraum, in dem eine Person gerade eben stehen kann. Aus diesem Grund ist das Zelleninnere drückend und schlecht gelüftet; die Gesundheit unseres Mandanten wird davon äußerst negativ beeinflusst. Der Hofgang beträgt eine Stunde pro Tag auf einem unmittelbar an die Zelle angegliederten Bereich. Dieser lässt Platz für 4–5 Schritte und ist wie ein Brunnen von hohen Wänden umgeben. Nach oben hin ist er mit Drahtgeflecht verschlossen. Nur der Himmel ist sichtbar.

Unser Mandant bezeichnet diese Zelle mit den beschriebenen Eigenschaften als „Todesloch". Die schweren Atemwegsbeschwerden, die unser Mandant auf Imralı entwickelte und die mittlerweile chronisch sind, bereiten ihm seit der Verlegung in die neue Zelle sehr starke Probleme. Er erklärte, dass er wegen der schlecht gelüfteten und erdrückenden Atmosphäre unter Atemnot und Schlaflosigkeit leide, nachts oft aufwache und aufstehen müsse, um Luft zu holen, und dass die schlechte Luft geradezu erstickend wirke. Die Schmerzen nähmen ständig zu. Diese Probleme führen zu starken Krämpfen am Körper, die unser Mandant mit den Krämpfen im Moment des Erhängens verglich. Er erklärte, er werde praktisch täglich erhängt. Insbesondere der Mangel an Frischluft beeinflusst alle Körperfunktionen.

Aus den vorangegangenen Erläuterungen wird klar, dass die neuen Bedingungen auf der Insel Imralı jenseits einer juristischen Bewertung die Grenzen des Erträglichen in humanitärer und sozialer Hinsicht überschritten haben. Ein Raum von 6 m² ist nach den Standards der UN und des CPT nicht einmal für eine Zelle für einen mehrtägigen Arrest akzeptabel, geschweige denn als Gefängniszelle, in der eine Person jahrelang gefangen gehalten wird. Die neue Haftordnung, die als „Verbesserung" in Bezug auf die Beendigung der sozialen und emotionalen Isolation präsentiert wird, hat sich in Bedingungen konkretisiert, welche das Leben unseres Mandanten ernsthaft gefährden. Des Weiteren hält die Isolation unseres Mandanten in voller Härte an; gegen ihn ist eine neue 20-tägige Bunkerstrafe verhängt worden, und er hat von der Verlegung anderer Gefangener in das Gefängnis Imralı lediglich indirekt erfahren. Bisher ist ihm jeglicher Kontakt zu den anderen Inhaftierten verwehrt worden.

Die scharfe Isolation, der unser Mandant seit dem Februar 1999 ausgesetzt ist, wurde durch die Verlegung am 17. November 2009 in ein neues „Hochsicherheitsgefängnis" noch weiter massiv verschärft und ausgeweitet. Die Grundrechte unseres Mandanten Abdullah Öcalan, die ihm nach nationalem und internationalem Recht zustehen, allen voran das Recht auf Leben, werden unter diesen Bedingungen ignoriert. Die Verantwortlichen des Staates ignorieren weiterhin die Rechte, die sie für jedes Individuum garantieren, schaffen unerträgliche physische Haftbedingungen für unseren Mandanten und setzen so ihre Politik der Zerrüttung und Vernichtung fort. Dass diese Praktiken der Öffentlichkeit als „Verbesserung" präsentiert werden, rührt vom Bemühen her, die Reaktionen von Demokraten, Menschenrechtlern und vor allem den Kurden abzumildern und die Verletzung der von internationalen Institutionen wie UN und CPT garantierten Menschenrechte zu verheimlichen.

Die Praktiken, die seit dem 17. November gegen unseren Mandanten umgesetzt werden, tragen nichts zu den in letzter Zeit vermehrt begonnenen Diskussionen über eine Lösung der kurdischen Frage auf der Basis von Demokratie bei, sondern fügen ihnen vielmehr Schaden zu. Wir rufen die gesamte demokratische Öffentlichkeit auf, sich gegen diese Praktiken und Haftbedingungen zu engagieren, welche die grundlegenden Menschenrechte verletzen – allen voran das Recht auf Leben.

Asrin Rechtsbüro, 27.11.2009

Das Gefängnis Imralı und die „demokratische Öffnung“

Die Festlegung der zentralstaatlichen Politik gegen Öcalan

Ömer Güneş, 25.11.2009 İstanbul

Seit fast elf Jahren nun wird Herr Öcalan als Führungsperson der kurdischen Freiheitsbewegung von der Republik Türkei auf der Gefängnisinsel Imralı festgehalten. Neben der lebenslangen Haftstrafe war er bis vor zehn Tagen im Gefängnis zur Einsamkeit verurteilt.

In der Geschichte des kurdischen Widerstandes gibt es kaum eine Haftsituation einer kurdischen Führungsperson, die mit der von Herrn Öcalan vergleichbar wäre. Die vor ihm verhafteten Anführer waren wie im Falle Scheich Saids oder Seyit Rizas zum Tode verurteilt worden. Aufgrund verschiedener politischer Gründe wurde oder konnte Herr Öcalan nicht zum Tode verurteilt werden. Die politischen Aktionen und Strategien, die sich um die Tatsache herum entwickelt haben, dass kein Todesurteil verhängt wurde, stehen in Zusammenhang mit den aktuellen politischen Entwicklungen in der kurdischen Frage.

Trotz zahlreicher Gründe dafür, dass keine Todesstrafe verhängt wurde, müssen die wohl wichtigsten drei erwähnt werden. Der erste ist der starke Einfluss Herrn Öcalans als große Führungspersönlichkeit auf die kurdische Gesellschaft. Der zweite Grund ist das gewichtige politische Erbe, das er hinterlassen hat, sowie eine vielseitige, umfangreiche Bewegung, die dieses Erbe strategisch fortführen kann. Daher herrschte auf staatlicher Ebene der Konsens, dass das gesellschaftliche Chaos infolge einer Hinrichtung nicht kontrollierbar und die Richtung der Entwicklungen nicht einzuschätzen sei.

Der dritte Grund: Der Staat nutzte aufgrund der zuvor genannten Gründe die Möglichkeit, von der historischen Tradition abzugehen, die kurdischen Führungspersonen hinzurichten, und sich dem alten politischen Pragmatismus zuzuwenden.

Wie auch aus einigen Dokumenten ersichtlich wird, versucht der Staat seit 1999, in den Situationen, die sich durch die ausgebliebene Hinrichtung Herrn Öcalans ergeben haben, mit politisch pragmatischen Maßnahmen Ergebnisse zu erzielen. In erster Linie wurde versucht, den politischen Einfluss Herrn Öcalans auf die kurdische Gesellschaft zu minimieren und seinen Kontakt zum kurdischen Volk zu kappen. Parallel dazu sollte die kurdische Bewegung, die bisher stärkste, aufgelöst werden.

Zur zügigen und effizienten Umsetzung dieser Politik wurde aus sieben verantwortlichen Institutionen an der Staatsspitze ein Rat für zentrale Planungen gegen Herrn Öcalan einberufen. Wie aus den Akten dieses Rates, die auch die Journalistin Belma Akçura am 29.09.2009 in der Zeitung Milliyet veröffentlicht hat, ersichtlich wird, ist die Politik dieses Rates und des zentralen Krisenstabs sowohl an den langfristigen politischen Strategien als auch an den täglichen politischen Taktiken Herrn Öcalans gescheitert. Laut Feststellung des Rates auf seiner letzten Sitzung blieb er gegenüber dem erfolgreich geführten politischen Kampf Abdullah Öcalans wirkungslos. Dieser Rat hat sich seitdem auch nicht mehr getroffen. So sind auch die Auflösungsversuche im Sinne des politischen Pragmatismus gescheitert.

„Rechtliche“ Blockaden gegen Herrn Öcalan

Als Reaktion auf die politische Erfolglosigkeit gegenüber Herrn Öcalan hat der türkische Staat diesen seit 2004 mit periodisch neu entwickelten Gesetzen, die der Europäischen Menschenrechtskonvention widersprechen, „juristisch“ belagert. In diesem Rahmen wurden zahlreiche Artikel des am 1. Juni 2005 in Kraft getretenen Strafrechts speziell auf Herrn Öcalan zugeschnitten. Damit wurde die juristische Grundlage für die gesetzliche Einengung von Herrn Öcalan geschaffen. Seitdem wurden gegen ihn zwölf Bunkerhaftstrafen (insgesamt 210 Tage) verhängt, einmal wurde er physisch angegriffen und mit dem Tode bedroht. Diese Beispiele von Repression, ausgeübt von einer totalitären Gesinnung in einem Raum von 12 m² [*in der alten Zelle*], sind natürlich sehr offensichtlich.

Die Prinzipien in internationalen und europäischen Gefängnisregeln, die entwürdigende Verhaltensweisen verbieten und die auch von der Türkei ratifiziert wurden, gelten in keinster Weise auf Imralı. Seit dem 1. Februar 2009 hat das Gefängnis von Imralı den Status eines Gefängnisses vom F-Typ. Dies hat jedoch faktisch keine Besserung herbeigeführt. Vergleichen wir nun die F-Typ-Gefängnisse, welche in der Türkei unter dem Aspekt der Menschenrechte umstritten sind – so wurden zahlreiche Häftlinge getötet –, und das Gefängnis von Imralı im Hinblick auf faktische Rechte:

- Recht auf Anwaltsbesuche: in den anderen F-Typ-Gefängnissen wöchent-

lich möglich, auf Imralı wiederholt verhindert;
- Recht auf Familienbesuche: in den anderen Gefängnissen alle fünfzehn Tage möglich, auf Imralı immer wieder verhindert;
- Recht auf Telefonieren: in den anderen Gefängnissen wöchentlich ein Telefongespräch von zehn Minuten mit der Familie erlaubt, auf Imralı bisher verwehrt;
- Recht auf Fernsehen: in den anderen Gefängnissen von 15–24 Uhr möglich, auf Imralı nie gewährt;
- Recht auf ein Radio: in den anderen Gefängnissen Multifrequenz-Radio, auf Imralı lediglich Staatsfunkübertragung;
- Recht auf Kantine: in den anderen Gefängnissen gegeben, auf Imralı stets verwehrt;
- Recht auf Kontakt mit anderen Häftlingen: in anderen Gefängnissen vom F-Typ gegeben, auf Imralı bis vor Kurzem mangels anderer Häftlinge nicht gewährt.

Wie aus dieser kurzen Übersicht deutlich wird, ist die Herangehensweise an Herrn Öcalan äußerst anti-demokratisch und liegt weit hinter den Regelungen für Gefängnisse vom F-Typ zurück. Im Gegensatz zu den anderen Gefängnissen werden alle Anwaltsgespräche mit Herrn Öcalan aufgezeichnet. Gegen seine Anwälte sind Dutzende Verfahren eröffnet und hohe Strafen verhängt worden.

„Demokratische Öffnung“ und die Verlegung neuer Häftlinge nach Imralı

Was ist die Projektion der als „ein Staatsprojekt“ dargestellten „demokratischen Öffnung“ auf das Gefängnis Imralı? Hat sie eine Auswirkung hinsichtlich der Aufhebung der schweren Isolationshaftbedingungen, denen Herr Öcalan seit fast elf Jahren ausgesetzt ist?

Es wurde erklärt, dass am 15.11.2009 fünf Häftlinge nach Imralı verlegt worden seien und bald weitere drei Personen folgen sollten. Wenn wir nun zur Bedeutung dessen kommen: Das CPT besuchte insgesamt viermal (1999, 2001, 2003 und 2007) das Gefängnis Imralı und fertigte zu jedem Besuch einen Bericht. Gemeinsam ist diesen der hervorgehobene Aspekt bzw. die Forderung, dass sich „Herr Öcalan unter sehr schweren Isolationshaftbedingungen befindet und diese aufgehoben werden müssen“. In diesem Zusammenhang sicherte die türkische Regierung in ihrem Statement vom Juli 2008 gegenüber dem EGfM im Fall der Isolation Abdullah Öcalans zu, neue Häftlinge nach Imralı verlegen zu wollen. Doch faktisch ist keinerlei Verbesserung der Rechtssituation eingetreten. Die schweren Isolationshaftbedingungen sind nicht aufgehoben worden und neue Häftlinge werden ihnen ausgesetzt. Wie hieraus ersichtlich wird, steht die Verlegung neuer Häftlinge nach Imralı, auch wenn sie gerade in diese Zeit fällt, in keinem Zusammenhang mit der „demokratischen Öffnung“. Daher: Wird die „demokratische Öffnung“ sich auf Imralı bzw. Öcalan projizieren oder wann wird dies geschehen? Genau an dieser Stelle halte ich eine Frage für notwendig: Hat irgendjemand beobachtet, dass sich die „demokratische Öffnung“ auf irgendeinen „kollektiven Rechtsraum“ der Kurden auswirkt? ♦



Proteste in Adıyaman gegen das Verbot der DTP und die verschärften Haftbedingungen von Abdullah Öcalan: „Erdoğan, spiel nicht mit dem Feuer“ Foto: DIHA

Auszüge aus den Gesprächsnotizen der Anwälte Abdullah Öcalans über die Konsultationen der letzten zwei Monate

Quelle: ANF

Ich übe Kapitalismuskritik

Ich übe erfolgreiche Kapitalismuskritik, analysiere die kapitalistische Modernität. Ich bringe die Maske des Kapitalismus zu Fall. Die europäischen Intellektuellen sollten sich schämen. Sie haben dort nichts Ordentliches zuwege bringen können. Ich sage das nicht, um mich zu rühmen. Hannah Arendt beispielsweise war eine sehr gute politische Philosophin, hat jedoch diese Realität nur gestreift. Diese Philosophen kümmern sich nur um die Theorie. Ich kümmere mich um die Theorie und die Praxis, die praktische Politik. Arendt öffnete nur einen Horizont. Der Kapitalismus schluckte sogar den großen Marx. Weil sie den Kapitalismus nicht gut analysieren konnten, mussten sie ihm letztendlich dienen. Auch Lenin blieb deshalb in der Praxis ohne Ausweg. Er hat zwei Dinge vorangetrieben: Industrialisierung und Nationalstaat. Auch Stalin diente im Endeffekt dem Kapitalismus. Das Gleiche gilt für Mao. Das China, das von Mao geschaffen wurde, hält den US-Kapitalismus heute auf den Beinen, es dient den USA. Russland hält den europäischen Kapitalismus auf den Beinen, es dient ihm. Ich habe diese Punkte in meinen Verteidigungsschriften detailliert bewertet. Aus dem Grund ist Mustafa Kemal für mich wichtig. Er wollte denen gegenüber seine Unabhängigkeit wahren. Er vertrieb sie mit seiner Armee, aber das System hat er nicht überwinden können. Dem ergab er sich. Um sich selbst am Leben zu halten, musste er sich mit den Briten einigen, und die Kurden gerieten in diese Lage.

Ich kritisiere die Kurden scharf

Warum passierte den Kurden das alles? Warum wurden sie in eine solche Situation gebracht? Auch Ismail Beşikçi fragt: „Was passierte zu Beginn der 20er Jahre? Die Kurden müssen sich dessen unbedingt bewusst sein.“ Er sagt, dass er die Kurden in dieser Sache scharf kritisiere. Er hat Recht. Die Kurden müssen wissen, was in den 1920ern passierte. Ich habe diese Jahre untersucht. Für mich ist nun alles klar. Mit der Konferenz von Kairo 1921 kam die Situation der Kurden auf den Tisch. Die Briten hegten eine große Wut gegen sie, weil sie Mustafa Kemal unterstützten. Die einzigen, die ihn im Befreiungskrieg unterstützten, waren die Kurden. Die Araber akzeptierten die Politik von Lawrence und machten Front gegen die Osmanen. Die anderen Völker hatten sich zum größten Teil abgespalten. Allein die Kurden stützten Mustafa Kemal. Major Noel war nach Kurdistan gekommen, hatte in Adıyaman begonnen. Er wollte die Kurden so organisieren wie Lawrence die Araber. Sie hatten eine Menge Vorkehrungen gegen Mustafa Kemal getroffen. Aber die Kurden fingen in Urfa mit einigen Stämmen aus Göklü, unserem Stamm, den Berazis, dem Stamm von Dengir Fırat und anderen an, Mustafa Kemal zu beschützen. Der Plan von Lawrence war im Falle der Araber aufgegangen, aber der Plan Noels bezüglich der Kurden ging schief, weil diese ihn nicht unterstützten. Die Kurden stellten ein Hindernis für die britischen Pläne im Mittleren Osten und im Kaukasus dar. Daher die Wut auf sie. Deshalb wurde dann die bekannte Politik gegen die Kurden entwickelt und nach den 1940ern zusammen mit den USA weitergeführt.

Ohne Lösung wird die AKP liquidiert

Ich habe bezüglich der Entwaffnung der PKK und ihrer Kanalisierung in die Friedensphase keinerlei Zweifel mehr. Ich habe mich verändert, wir haben uns verändert. Wir wollten dieses Problem mit Özal lösen, aber es klappte nicht. Ich hatte Özals Aufruf etwas spät beantwortet. Es tut mir auch leid, dass wir es nicht mit Erbakan lösen konnten. Auch er wollte, aber letztendlich sieht man, dass beide – Özal und Erbakan – von bestimmten Kräften liquidiert wurden. Jetzt gibt es die AKP. Wenn die AKP das Problem nicht löst, wird sie liquidiert. Ihnen ist die AKP eigentlich auch nicht so wichtig. Ich sage: Es gibt diesen Kreis um Hüsamettin Cindoruklar [*Vorsitzender der Demokrat Parti, der Nachfolgerin der DYP*], sie haben sich zusammengefunden. Es gibt andere Vereinigungen. Ich kann von hier aus ohne Zweifel sagen: Sie bereiten die Alternative zur AKP vor, das muss man so wissen. Wenn in diesem Winter der Frieden nicht vorankommt, kann es zusammen mit dem Frühling zu noch schwereren Auseinandersetzungen kommen. Regierung und Staat müssen einen Friedensbeschluss fassen. Denn diese Kräfte, diese Mentalität und die Kräfte dahinter wollen den Konflikt zwischen kurdischem und türkischem Volk. Diese Kräfte nehmen den Tod von zwei Millionen Menschen in Kauf.

Eigentliches Ziel ist die PKK

Die Friedensphase kann nicht mit Sorgen um Wählerstimmen bestritten werden. Denen geht es immer noch um ihre Sessel. Die AKP ist nicht aufrichtig. Mit dem Eintreffen der Friedensgruppe kam zum Vorschein, was sie versucht. Das war auch mein Ziel, als ich die Gruppe rief. Sie denken, dass sie das Problem auf ihre eigene Art und Weise lösen können, indem sie mich hier benutzen. Das funktioniert nicht. Diese ihre Öffnung ist nicht ernst gemeint, das eigentliche Ziel ist die Liquidierung der PKK.

Dies ist eine Liquidationsphase

Das hier ist eine Liquidationsphase. Demnach soll ich dann hier liquidiert und ein neuer Öcalan an meine Stelle gesetzt werden. Den Namen Öcalan wollen sie so benutzen. Man sieht doch, was sie mit der DTP versuchen. Sie machen Druck, versuchen sie in die Enge zu treiben und dann auf ihre Seite zu ziehen. Sie wollen eine unorganisierte, ungebildete DTP. Diese Liquidationsabsicht muss man sehen. Ich habe auch zuvor schon gesagt, dass diese Situation richtig analysiert werden muss, dass sie gefährlich ist und das Ende bedeuten kann. Der Plan ist, das angestrebte politische Vakuum mit diesen Abtrünnigen, den von ihnen abhängigen Kurden zu füllen. Sie werden auch versuchen, Talabani und Barzani zu benutzen, um die PKK in die Enge zu treiben und zu liquidieren. Und in der Türkei werden sie auf gleiche Weise die DTP in die Enge treiben und ausschalten, mich hier ausschalten und nach mir diese anderen zu organisieren versuchen. Eben deshalb müssen die Kurden, die ihre Freiheit und Würde nicht aufgeben, diese Liquidationsphase erkennen und verstehen. Sie hat begonnen. Das müssen sie begreifen. Sie werden liquidiert, aber niemand scheint sich darüber bewusst zu sein.

Auf unsere Schritte folgten keine positiven Reaktionen

Auch zur Zeit Ecevits [*1999–2002*] gab es welche, die die Lösung vorantreiben wollten. Ich vertraute damals auf den friedvollen Charakter Ecevits. Ich glaubte daran, mit ihm etwas lösen zu können. Aber trotz unserer Schritte erfüllten sich unsere Erwartungen nicht. Wir erhielten keine positive Antwort. Auch davor hatten wir ähnliche Initiativen unternommen und Gespräche geführt, diese wurden verhindert. Damals verhinderten Tansu Çiller, Doğan Güreş und so die Lösung. Es gibt dann noch die Zeit von Kıvrıkoğlu [*1998–2002*]. Ich habe auch von denen gesprochen, die zu der Zeit die Lösung verhinderten. Es gab sogar einen Attentatsversuch. Dann gibt es die Ereignisse zur Zeit Özköks [*2002–2006*]. Als ich hierher gebracht wurde, war Bahçeli [*MHP-Vorsitzender*] Teil der Koalitionsregierung. Er stellte damals ein großes Hindernis für die Phase dar, auch jetzt ist er es. Auch damals verhinderte er positive Schritte Ecevits. Er versuchte ständig zu blockieren. Das hat er auch geschafft. Mit seinen Schritten machte er die Regierung funktionslos. Indem er nicht aus der Regierung ausstieg, öffnete er das Tor zum Sturz der Regierung durch Neuwahlen. Das verhinderte damals positive Schritte Ecevits. Danach kam die AKP. Diese hat dann einseitig alles zur Wende gebracht. Sie trieb die Phase einseitig voran und versuchte, das Problem auf eigene Art und Weise zu lösen. Eigentlich hat sie die Situation der Nicht-Lösung verfestigt. Dass dieses Problem größer geworden ist, einen solchen Punkt erreicht hat, liegt in der Verantwortung der AKP-Politik seit 2002. Jetzt versucht die AKP, in den Augen der Öffentlichkeit manches als Verbesserung darzustellen.

Die AKP ist nicht aufrichtig

Ich habe 1999 dafür gesorgt, dass die Guerillaeinheiten die Türkei verlassen. 2006 habe ich zum Waffenstillstand aufgerufen. Ich habe dafür gesorgt, dass der Waffenstillstand dreimal verlängert wird. Ich habe alles in meiner Macht Liegende für den Frieden getan. Ich habe meine Roadmap abgegeben. Unzählige Male habe ich Friedensaufrufe gestartet, habe Verteidigungsschriften verfasst. Es gibt nun nichts mehr, was ich hier tun kann. Für den Frieden tue ich alles, was in meiner Macht liegt, aber meine Bedingungen hier sind ungeeignet. Damit ich meine Rolle spielen kann, muss mir dafür auch die Möglichkeit gegeben werden. Die Phasen der ersten und der zweiten Friedensgruppe wurden nicht gut genutzt. Das ist jetzt die dritte Friedensgruppe. Ich wollte sehen, ob die AKP aufrichtig ist, aber es ist klar geworden, dass sie es nicht ist. Ihr seht doch: Der CHPler Onur Öymen fordert, dass der heutige Aufstand so unterdrückt wird wie damals der in Dersim. Das ist eben ihre Geisteshaltung. Deshalb, damit ihre Mentalität verstanden wird, rede ich von Politikakademien. In solchen Politikakademien müssen diese Dinge diskutiert werden.

Die Dersim-Spielchen müssen erkannt werden

Die AKP geht einen Schritt vor und zwei zurück. Sie bewegt sich im Zickzack. Bahçeli ist heute wie auch in der Vergangenheit ein Hindernis. Eigentlich ist es Bahçeli, der heute die CHP ebenso wie die AKP treibt. Diese Position Bahçelis muss man deutlich sehen. Eigentlich spielen AKP, CHP und MHP die ihnen zugewiesenen Rollen. Die CHP versucht, die Aleviten zu halten, die MHP die nationalistische Ader. Und mit der AKP sollen die Kurden gebunden werden. Ihr seht die Lage der CHP. Ich hatte auch vorher schon vieles über Dersim gesagt. Jetzt hat Onur Öymen das mit seiner Erklärung sichtbar werden lassen. Wahrscheinlich versteht man jetzt besser, was ich versucht habe zu erklären. Gleiches gilt für das, was ich über Mustafa Kemal gesagt hatte. Es heißt, dass Mustafa Kemal sie alle getötet habe, aber das stimmt so nicht. Das muss gut untersucht werden. Eigentlich verkörpert Onur Öymen den aufrichtigsten, ehrenvollsten Mann der CHP. Er hat die wirkliche Politik, die wirkliche Linie der CHP deutlich gemacht. Er ist aufrichtiger als Kemal Kılıçdaroğlu und die anderen Aleviten in der CHP, er ist der eigentliche CHPler. Solche wie Kılıçdaroğlu sind nicht aufrichtig. Das sind diejenigen, die Verrat an der eigenen Geschichte begehen. Wie hat der Hitler-Faschismus in Deutschland die Juden ermordet? Damals wurden zuerst die Kommunisten und Sozialisten, danach die Kirchenpriester aus dem Weg geräumt, ähnlich der Geschichte der Menschen aus Dersim. Sie verteidigen diese Geisteshaltung, diese Massenmordgesinnung. Das sind alles zügellose Nationalisten, zügellose Faschisten. Dersim muss diese Spielchen erkennen. Es muss sich der Gefahren, die es erwartet, bewusst sein. Sie müssen ihre eigene Geschichte richtig verstehen. Ich sage das für Dersim. Aber das Gleiche sage ich für alle Kurden. Sie müssen sich ihrer eigenen Geschichte bewusst sein. Ich mache auf dieselben Gefahren in Muş, Van, Urfa

aufmerksam. Mit der massenmörderischen Politik von CHP und MHP drohen sie mit dem Tod und mit der Liquidationspolitik der AKP wollen sie die Menschen auf Malaria einstimmen. Solch ein Konzept gibt es.

Die PKK und die Kurden würden selbst entscheiden

Das Parlament muss sich für eine demokratische Verfassung, eine demokratische Lösung und Frieden entscheiden. Das Volk sollte hierfür, für die demokratische Lösung, seine demokratischen Aktionen steigern, es muss sie fortsetzen. Wenn das Parlament diesen Beschluss nicht fassen sollte, dann werden die PKK und die Kurden ihre Entscheidung selbst treffen, dann kann ich auch nicht mehr tun. Erst wenn sich ein Wille zur Lösung formen sollte, werde ich die mir zukommende Aufgabe übernehmen. Der Staat sollte von nun an nichts mehr von mir erwarten. Ich habe meine Aufgaben erledigt. Es geht hier nicht darum, sich auszurechnen, wie viele Tote aufs eigene Konto gehen. Auch zwei Stämme können sich streiten und Frieden schließen, ohne darauf zu schauen, wer mehr Menschen getötet hat. Ich habe mich hier von der demokratischen Lösung und Frieden überzeugt. Diese Annäherung stellt wahre Freundschaft zur Türkei dar.

Drei wichtige Vorschläge

In der kurdischen Frage gibt es drei Wege, drei Methoden. Die seit 1925 andauernde Annäherungsweise auf der Basis von Verleugnung und Vernichtung stellt den ersten Weg dar. Diese Vernichtung ist nicht unbedingt physischer Natur. Vielmehr geht es um kulturellen Völkermord. Mahmut Esat Bozkurt[1] hat diese Mentalität, die die Kurden als absolute Diener ansieht und demütigt, verteidigt. Bei deren Nationalismus handelt es sich auch nicht um wahres Türkentum. Moiz Kohen[2] und Armin Vámbéry[3] waren Architekten des Weißen Türkentums und haben es auch vorangetrieben. Hierbei handelt es sich auch nicht genau um den Nationalismus von Nihal Atsız[4]. Auch wenn der die Kurden als zurückgebliebene Gemeinschaft bewertete, so erkannte er letztendlich ihre Existenz an.

Bei dem zweiten Weg handelt es sich um die Methode, die Kurden mit einem kleinen Kurdistan zufriedenzustellen, sie alle auf ein kleines Stück Erde zu zwängen und so an sich zu binden. 1947 wurde Israel große Unterstützung zuteil und anschließend dann im Sinne von Opposition zu Palästina Israel gegründet. Im gleichen Jahr begann man damit, die Kurden um die KDP herum zu sammeln. Als sie verstanden hatten, dass sie die Kurden mit der ersten Methode nicht eliminieren können, sind sie übergegangen zur zweiten. Diese stellt eine seit 60 Jahren angewendete Politik dar. Sie wollten vor allem die Nordkurden, also die in der Türkei, auf diese Weise unter Kontrolle bringen. Die AKP vertritt jetzt diesen zweiten Weg. Eigentlich handelt es sich um eine kleine Türkei innerhalb der Türkei. Sie lotsten die Türken vom Balkan, aus den anderen Ländern nach Anatolien und nagelten sie hier fest. Sie formten eine kleine Türkei. Zugleich legten sie die Idee des Großen Turanismus davor.

Bei dem dritten Weg handelt es sich um die Methode der demokratischen Verwaltung der Gesellschaft. Das ist auch der Weg, den wir verteidigen. Das ist das KCK-System [*Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan*]. Das ist die freiheitliche Annäherungsweise, die die Gesellschaft, die sich nicht an Grenzen orientiert, demokratisch organisiert. Die KCK ist keine Lösung innerhalb des staatlichen Rahmens. Ich habe in meiner 160-seitigen Roadmap diese drei Wege umfassend erläutert. Meine Roadmap beginnt mit einer überwältigenden geschichtlichen Einleitung. Ich habe darin meine Gedanken zu dem Punkt, wie die Lösung vorangetrieben werden kann, dargelegt. Ich habe in meiner Roadmap auch fünf Dimensionen des KCK-Systems aufgeführt: ökonomisch, sozial, politisch, rechtlich und diplomatisch. Das soziale Feld beinhaltet Punkte wie die Organisierung der eigenen Bildung. Beim internationalen Feld handelt es sich um das, was wir den Bereich der Diplomatie nennen. Außenminister Davutoğlus Idee der Gründung eines strategischen Rats kommt von der Demokratischen Konföderation des Mittleren Ostens, die ich lange zuvor zur Sprache brachte. Es handelt sich dabei um eine Umsetzung dieses Gedankens.

Baykal hat Recht

Die AKP zieht Nutzen aus meiner Roadmap, weil sie sich in ihren Händen befindet. Deniz Baykal [*Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei CHP*] denkt so. Er sagt: „Die AKP setzt die Roadmap von Imralı um.“ Diese Feststellung ist richtig. Die AKP kann zwar meine Roadmap nicht umsetzen, aber Kapital aus ihr schlagen. Davutoğlu macht dies extern, Erdoğan intern. Zur Erläuterung der demokratischen Lösungen für den Mittleren Osten schlug ich in meiner Roadmap den Demokratischen Konföderalismus für das Euphrat-Tigris-Land vor. Davutoğlu führt jetzt dazu Gespräche mit dem Irak und Syrien. Es stimmt, sie benutzen meine Roadmap. Bei der KCK handelt es sich um die demokratische Organisierung der Gesellschaft auf der Grundlage von Freiheit. Weder um eine Organisierung im Sinne eines Staates, noch im Sinne von Föderalismus. Es geht darum, dass sich die Gesellschaft außerhalb des Staates selbst organisiert. Es ist die demokratische Selbstverwaltung der Gesellschaft. Das ist das, was wir auch demokratische Autonomie nennen. Die Begriffe mögen nicht dieselben sein, aber im Kern geht es um das Gleiche.

Die PKK ist zu Frieden bereit

Grund für das Kommen der Friedensgruppen war Folgendes: Wir, ich und die PKK, haben versucht zu beweisen, dass wir zu Frieden bereit sind. Wir haben das bewiesen. Wir haben mitgeteilt: „Wir sind zu Frieden bereit. Seid ihr es auch?“ Ich bedanke mich ausdrücklich bei denen, die aus Mahmur gekommen sind, und möchte die Menschen von Mahmur grüßen. Die Freunde aus Mahmur und vor allem Kandil haben ein Beispiel großen Mutes gegeben, sie haben Risiko in Kauf genommen. Ich und die PKK, wir haben bewiesen, dass wir für Frieden sind. Die Gruppe aus Kandil ist bereitwillig für den Frieden gekommen. Ich bedanke mich auch bei ihnen und sende ihnen meine Grüße.

Eigentlich hat der Staat sich der Sache positiv angenähert. Es war wichtig, dass die Gruppen nicht verhaftet werden. Es war eine positive Atmosphäre entstanden, aber Bahçeli hat das Ganze sabotiert und sie ins Negative gewendet. Seht ihr, momentan stehen wieder Liquidierung, Zerstörung auf dem Programm. Es gibt aber auch einen Teil im Staat, der für die Lösung ist. Aber dessen Kraft reicht nicht aus. Die AKP wird sich auf die Seite derer stellen, die aus dieser Phase als Gewinner hervorgehen. Sie stand immer auf der Seite der Starken. AKP, CHP und MHP spielen die Rollen, die ihnen gegeben wurden. Eigentlich gibt es keine großen Unterschiede zwischen diesen Parteien. Mit ein, zwei einfachen Schritten kann diese Frage nicht gelöst werden. Erst werfen sie 12-jährige kurdische Kinder ins Gefängnis, dann sagen sie, sie würden sich darum bemühen, sie aus dem Gefängnis wieder herauszubekommen. Und das stellen sie dann als bedeutenden Schritt dar. Sie sprechen von Studiengängen, von kurdischem Fernsehen und präsentieren das als wichtige Schritte. Die Kurden brauchen kein Fernsehen mehr. Sie haben sowieso eines. Die AKP spielt mit den Wählerstimmen der Kurden. Sie versuchen, sie mit Projekten wie GAP, mit großen Firmen, mit Krediten an sich zu binden. Sie ziehen einige Personen aus den wichtigen kurdischen Familien an sich und versuchen so, die Kurden an sich zu binden.

Ich werde keinen neuen Aufruf starten

Bei den Friedensgruppen handelt es sich um Friedensboten. Allein mit ihrem Eintreffen wird sich das Problem nicht lösen. Es sind Friedensboten, die für den Frieden arbeiten werden. Ich bedanke mich bei ihnen. Sie können sich innerhalb der Friedensräte betätigen. Aber ich werde von nun an keinen Aufruf für neue Gruppen starten. Das wäre auch nicht richtig. Aber wenn beispielsweise der Staat Gespräche mit der PKK führen würde, sie sich verständigen würden und die PKK neue Gruppen beschließen sollte, würde ich dem nicht widersprechen. Das wäre dann ihre Entscheidung. Ich habe mit diesen Gruppen etwas testen wollen. Ich habe diesen Aufruf gestartet, um einerseits der festgefahrenen Politik den Weg zu öffnen und andererseits zu zeigen, dass sie mir treu sind. Und sie haben durch ihr Kommen gezeigt, dass sie mir treu sind. Ich bedanke mich bei ihnen allen dafür. Die Gruppen von 1999 kamen unvorbereitet. Das war auch von unserer Seite nicht ganz gerecht. Es gab eine unklare Situation. Wir hatten damals damit gerechnet, dass der Staat diese Chance nutzt. Aber er steckte sie ins Gefängnis.

Wir sind für eine Lösung

Wir sind für die Lösung, für die demokratische Lösung. Aber der Staat muss diese demokratische Lösung akzeptieren. Aber wir sind bereit zu einer Lösung mit dem Staat, mit dem eigentlichen Staat. Er muss das System, das Modell einer demokratischen Lösung, in der sich die Kurden selbst verwalten, akzeptieren. Es waren die Kurden, die im Befreiungskampf Mustafa Kemal beschützten. In Izmir und an anderen Orten. Die Kurden spielten ihre Rolle, damit er in Ankara ankommt und Erfolg hat. Die Kurden unterstützten ihn, weil sie an eine demokratische Lösung glaubten. Einer von ihnen war der Großvater von Dengir Mir Mehmet Fırat[5]. Ich wende mich an das türkische Volk: Seit 80, 90 Jahren liegt eine Decke über unserer Beziehung, wir können sie gemeinsam anheben. Wir können Frieden und Demokratie gemeinsam vorantreiben, wir können gemeinsam gewinnen. Wir sind für eine demokratische Lösung.

Drei konkrete Lösungsvorschläge

Von nun an werden drei Stufen für eine Lösung notwendig sein. Ich habe das in meiner Roadmap zum Ausdruck gebracht. In der ersten Stufe muss der Staat den Kurden ihre gesamten Rechte garantieren. Im Gegenzug werden wir ihm beweisen, dass wir keine Separatisten sind. Wir werden erklären, dass wir keine Separatisten sind, dass Gewalt für uns kein Mittel darstellt. Wir werden die Gewalt als Methode disqualifizieren. An diesem Punkt soll dann ein Umfeld ohne bewaffnete Auseinandersetzungen geschaffen werden. Es wird zu keinen Auseinandersetzungen, keiner Gewalt kommen. Der Staat wird die demokratische Lösung akzeptieren, die fünf Dimensionen der Kurden akzeptieren. Er wird den Kurden die Möglichkeit für ihre Selbstverwaltung bieten. Aber damit all das geschehen kann, muss man meine Barrieren beseitigen. All das muss man lange diskutieren. Als ich sagte, dass ich 90 Tage über die militärische Dimension, 45 Tage über die Sicherheitsdimension verhandeln müsste, meinte ich das. Das ist nicht so einfach.

In der zweiten Stufe werden sich die Guerillaeinheiten zurückziehen aus den Grenzen der Türkei. In der dritten Stufe wird der Staat seine Garantien in Rechtsform bringen, in Verfassung, Gesetzen und Verordnungen. Das aktuelle Recht muss geändert werden. Sollte der Staat dies bewerkstelligen, würden die Kämpfer auch zurückkommen. In dieser Phase muss ich mich ausdrücken können. Damit ich diese Lösung realisieren kann, muss der Staat seine Unterstützung erklären. In meiner Roadmap gibt es zehn Prinzipien. Ich habe dort hinreichend erläutert, wie eine demokratische Lösung aussehen würde. ♦

Fußnoten:

1. Türkischer Justizminister in der Anfangszeit der Republik Türkei; bekannt und oft zitiert sein Ausspruch zur Kurdenfrage im Jahre 1930: Die Türken seien die Herren des Landes. Diejenigen, die keine „echten Türken" (Öztürkler) seien, hätten nur ein einziges Recht, das Recht, Diener oder Sklave zu sein.
2. Türkischer Publizist, gest. 1961; vertrat im Laufe seines Lebens ideologisch Osmanismus, Panturkismus (Anfang des 20. Jh.) und kemalistischen Nationalismus.
3. Ungarischer Linguist, Orientalist, Turkologe, Schriftsteller, gest. 1913; schrieb über das „Türkenvolk", die Etymologie und die „primitive Kultur" des „turkotatarischen Volkes".
4. 1905–1975, führender Vertreter des rassistischen Türkismus, beeinflusste Turanismus.
5. Kurdischstämmiger Mitgründer und Abgeordneter der AKP; sein Großvater soll zu den Zeiten der türkischen Befreiungskriege neben anderen dem Werben des britischen Majors Noel widerstanden und sich auf die Seite Atatürks gestellt haben.

Das neue Gesicht der türkischen Außenpolitik

Adem Uzun

Seit nicht allzu langer Zeit fällt ein intensiver diplomatischer Verkehr zwischen Ankara, Bagdad, Teheran und Damaskus auf, arrangiert von der Türkei. Die mit diesem diplomatischen Ausflug ins Auge gefasste Außenpolitik kann meiner Einschätzung nach auf zweierlei Weise gedeutet werden. Erstens erwarten die USA und Großbritannien von der Türkei, ihrer neuen Rolle in der Region gerecht zu werden; zweitens zielt man darauf ab, die PKK sowie die nationale kurdische Bewegung in allen vier Teilen Kurdistans zu beseitigen. Wenn man insbesondere die Außenpolitik der Türkei von 2007 bis dato gründlich beobachtet hat, wird allemal deutlich, dass sie nach den zwei genannten Punkten ausgerichtet werden soll.

Der eigentliche Sinn der diplomatischen Bestrebungen des türkischen Außenministers Ahmet Davutoğlu sowie seiner Delegation in Südkurdistan Ende Oktober war es, herauszufinden, wie die PKK beseitigt und andererseits der Einfluss Südkurdistans diplomatisch, politisch sowie ökonomisch eingedämmt werden kann.

Davutoğlu und Delegation, die während ihres Ausflugs im Irak offiziell ein Generalkonsulat in Mosul und ein Konsulat in Basra eröffneten, kündigten für die nahe Zukunft Konsulate auch in Hewler/Arbil und Kirkuk an. Während die Krise zwischen Südkurdistan und der zentralirakischen Regierung um die Regionen Kirkuk, Mahmur, Şengal, Diyala etc. auf eine Lösung gemäß Artikel 140 der irakischen Verfassung wartet, gerät die Angelegenheit weiter aus dem Ruder. Gerade in diesem Moment ist der Besuch aus der Türkei wichtig und zugleich auffallend. Kurz vor dieser Exkursion wurde im Regierungskabinett der Autonomen Region Kurdistan unter der Präsidentschaft Masud Barazanis deutlich gemacht, dass sie in puncto Kirkuk entschieden keinen Halt machen würden und ihren Beschluss auch niemand beeinflussen könne. Dies erweckte den Eindruck, als übten die Regierung Iraks und einige Außenmächte Druck auf Südkurdistan aus, um es in der Kirkukfrage zu einem Rückschritt zu bewegen.

Es weckt kein Misstrauen, dass die Türkei hinsichtlich Kirkuks mit der zentralirakischen Regierung eine Abmachung getroffen hat. Bekanntlich machten Bagdad und Ankara dabei schon in der Vergangenheit gemeinsame Sache. Beide fürchten primär, dass Kirkuk an Kurdistan fällt. Darum ist das Bestreben der Türkei, eine Vertretung in Kirkuk zu eröffnen und dafür eine Genehmigung der zentralirakischen Regierung zu erhalten, als ein Aspekt der gemeinsamen Strategie zu interpretieren.

Bis dato war die Türkei daran interessiert, dass das Referendum um Kirkuk hinausgezögert wird, dass dort keine Wahlen stattfinden und dass Kirkuk unter keinen Umständen Kurdistan angeschlossen wird. Turkmenen und Araber aus Kirkuk wollten sich auch für diese Politik hingeben. Dass die Türkei genau in einer solchen Phase in Kirkuk eine Auslandsvertretung in Betrieb zu nehmen beabsichtigt, bedeutet, eine praktische Rolle in der Kirkukfrage zu übernehmen. Damit hat die Türkei bis heute ihren geheimen und verdeckten Anstrengungen, Kirkuk nicht Teil Kurdistans werden zu lassen, eine Form gegeben. Dieser Umstand wird die Situation der Kurden erschweren und gleichzeitig die Türkei und die Kräfte Südkurdistans gegeneinander aufbringen. Die Teilnahme des Botschafters in Bagdad, Murat Özçelik, an der irakischen Parlamentssitzung vom 5. November, seine Fürsprache für einen unabhängigen Status Kirkuks, die ganze Lobbyarbeit darum, das sind de facto eindeutige Beispiele dafür. Ein weiterer wichtiger Aspekt dieses diplomatischen Ausflugs ist, dass die Türkei den schiitischen und sunnitischen Gruppen höhere Priorität verleiht. Und damit den Kurden signalisiert, dass sie hinter ihnen stände, solange sie gut mit diesen Volksgruppen auskämen. In dem Fall werden sich das Erstarken der Türkei im Irak, ihre Annäherung an sunnitische und schiitische Araber nicht zugunsten, sondern gegen die Kurden auswirken.

Den Südkurden kulturelle Autonomie geraten

Während des Trips in den Irak statteten Außenminister Davutoğlu und seine Deputation auch Südkurdistan einen Besuch ab. An der Zusammenkunft im Hause des Ex-Ministerpräsidenten Neçirvan Barzani nahmen der Präsident der Autonomen Region Kurdistan Masud Barzani, Ministerpräsident Barham Ahmed Salih sowie die Regierungsdelegation teil. Es heißt, nach der offiziellen Sitzung im Hause Barzanis habe es bis in die Nachtstunden diverse geheime Besprechungen gegeben. Davutoğlu habe dabei den südkurdischen Vertretern zweierlei verständlich gemacht. Und zwar, wo die Kurden im strategischen Bündnis zwischen dem Irak und der Türkei platziert werden und welche Funktion ihnen bei der Eliminierung der PKK zugedacht wird. Dass nun Neçirvan Barzani einen Tag nach dem Besuch des türkischen Außenministers sich mit einer Delegation insgeheim unter dem Vorwand der Teilnahme an der „Atlantic Council“-Konferenz nach Istanbul begab, verstärkt unsere Besorgnis, dass Kurden durch Kurden ausgenutzt werden sollen.

Im Grunde genommen kündigte auch David L. Phillips, leitendes Mitglied des transatlantischen think tanks „Atlantic Council", in einem Interview mit der Zeitung „Zaman" vom 17. September eine Konferenz in Istanbul an. Phillips, Verfasser von Berichten wie „Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der Arbeiterpartei Kurdistan" (Oktober 2007)[1] und „Vertrauensbildung zwischen Türken und irakischen Kurden" (Juni 2009)[2], gab detaillierte Informationen zu der für September geplanten und auf November verschobenen Tagung – von der Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer bis hin zum Zweck der Konferenz. Kurz gesagt bedeutet die Kontaktaufnahme Ankaras mit dem Irak und Südkurdistan am 30. Oktober aus kurdischer Sicht: Die Türkei wird sich bereit erklären, die Kurdische Regionalregierung mit ihren begrenzten Gebieten um Hewler, Dohuk sowie Suleymaniye anzuerkennen. Dagegen haben die Kurden auf Kirkuk und die anderen in Frage stehenden Regionen zu verzichten, d. h. sich von 45 % ihres beanspruchten Territoriums loszusagen. Nebenbei wird mit einem Heer türkischer Geschäftsleute Kurdistan, dem keinerlei politische Aktivität bleiben und das über nichts als eine kulturelle Autonomie verfügen soll, in ökonomische Abhängigkeit gebracht. Von den Südkurden wird allerdings erwartet, bei der Beseitigung des Organismus in Nordkurdistan mit aller Kraft mitzumachen. Demzufolge erscheint dieser Zug vordergründig als Vorteil der Südkurden, gilt grundsätzlich jedoch als Plan zu ihrem Anschluss sowie ihrer Neutralisierung.

Es sieht allerdings so aus, dass die Kräfte aus Südkurdistan dem schwerlich so einfach nachkommen werden. Allem voran der Verzicht auf Kirkuk hieße das Ende ihrer Autorität. Diesen Umstand könnten sie weder der Bevölkerung Südkurdistans noch der kurdischen Öffentlichkeit außerhalb erklären. Gegen die PKK aktiv Stellung zu beziehen bedeutet hingegen, sich dem Freiheitswunsch der Kurden entgegenzustellen. In allen vier Teilen Kurdistans wird die PKK als Schrei der Kurden nach Freiheit begriffen. Wer sich dem jedoch widersetzt, wird als politische Kraft in Kurdistan untergehen und zu jedweder Politik nicht fähig sein. Auch wenn die Südmächte sich dessen genau bewusst sein sollten, schätze ich nicht, dass sie die Kraft aufbringen werden, sich dagegen zu sperren.

Die Interessen der vier Teile Kurdistans haben sich angeglichen

Darum sehe ich es als eher unwahrscheinlich an, dass der türkische Staat, unter dem Außenministerium Davutoğlus, Nutzen aus dem Besuch Südkurdistans ziehen wird. Zweifellos sind die geführten Gespräche nicht belanglos, haben sich vor allen Dingen stark von den früheren unterschieden. Erstens handelte es sich hier um einen offiziellen Besuch des türkischen Außenministers beim Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan, Masud Barzani. Die Türkei hatte sich bisher geweigert, mit führenden Vertretern Südkurdistans formell in Kontakt zu treten. Mit diesem Schritt markierte sie dessen diplomatische Anerkennung.

Der zweite Aspekt betrifft die Tatsache, dass eine achtzigköpfige Gruppe von Geschäftsleuten mit angereist war. Was nichts anderes heißt, als dass die wirtschaftlichen Beziehungen intensiviert werden. Das Abhandeln der Eröffnung eines Konsulats in Hewler bedeutete die Akzeptanz des bestehenden Status. Dieses Treffen war von vornherein als Bestandteil der „demokratischen Öffnung" konzipiert gewesen und beruhte auf einigen inoffiziellen Vorfeldgesprächen einer Gruppe von AKP-Abgeordneten in der Region. Nichtsdestotrotz gab es seit der Schaffung eines trilateralen Gipfels Beratungen mit PKK-Aussteigern und vermeintlichen kurdischen Intellektuellen, die aus persönlichen Motiven bereit wären, die kurdische Freiheitsbewegung zu verraten. Diese Gruppen und einige Kurden, auf die sich die AKP verlässt, werden dann aktiv, sobald Südkurdistan die erwünschte Rolle einnehmen wird. Falls es sich jedoch seiner Rolle entzieht, werden diese Gruppen auch nicht in der Lage sein, auf eigene Faust etwas zu bewirken. Deshalb verlässt sich die AKP in puncto „demokratischer Öffnung" wesentlich auf die Region Südkurdistan.

Es erscheint unrealistisch, dass Südkurdistan die erwartete Rolle spielen wird, da seine Interessen mit denen des Nordens verschmolzen sind. Alles, was eine Gefahr für Südkurdistan darstellt, ist auf gleiche Weise eine Gefahr für den Norden und auch für die übrigen Teile Kurdistans. Diese Sachlage ist auch den Kräften aus Südkurdistan bewusst geworden. Das hängt mit den sich verändernden regionalen und internationalen Bedingungen und dem im kurdischen Volk aufkeimenden nationalen Bewusstsein zusammen. Die gegenwärtige Kurdenpolitik der Türkei wird weder innerhalb noch außerhalb ihre Basis finden.

Zusammengefasst bezwecken der türkische Staat und seine Regierung, die klassische Politik unter dem Label „demokratische Öffnung" mit unterschiedlichen Methoden weiterzuführen. Es heißt dann: „Wir erkennen die Kurden an; sie können jedoch keine Volksgruppe sein, keinen Gebrauch von ihren kollektiven Rechten machen, sich offiziell nicht repräsentieren; sie sind ein Teil des türkischen Volkes, können ihre Muttersprache nicht an Schulen gelehrt bekommen." Sofern man sich mit dieser Lügen- und Ablenkungspolitik nicht anfreunden will, wird sofort gedroht und propagiert, die Kurden behinderten die „demokratische Öffnung", die PKK wolle Krieg. Das sind Argumente, um die Militäroperationen fortzusetzen und die Kurden gegen Kurden zu benutzen. Kurz gesagt, die türkische Regierungs- und Staatsmentalität gesteht den Kurden gegenwärtig keinen diplomatischen, politischen oder ökonomischen Status zu. Die gesamte Innen- sowie Außenpolitik wird mit verschiedensten Praktiken fortgeführt. In dem Zusammenhang werden die Kurden aus der Türkei und dem Irak nicht mit eigener Willensbildung akzeptiert. Dies muss so gesehen und dem muss entgegengetreten werden.

Insbesondere die südkurdische Regierung und ihre Parteien müssen dabei nicht die Interessen der Türkei, sondern die nationalen und strategischen Interessen ihres eigenen Volkes berücksichtigen und danach Beziehungen und Diplomatie gestalten. ♦

1. www.ncafp.org/articles/07%20Report%20on%20Disarming,%20Demobilizing%20and%20Reintegrating%20the%20Kurdistan%20Workers%20Party.pdf
2. www.acus.org/files/publication_pdfs/65/ConfidenceBuildingBetweenTurksandIraqiKurds.pdf

Was soll wirklich in der Kurdenfrage unternommen werden?

Das Dreieck Generalstabschef–AKP–USA

Hüseyin Aykol

Es ist wichtig, dass der Standpunkt des Generalstabschefs beim „kurdischen Aufbruch" – der vom Staatspräsidenten Abdullah Gül mit den Worten „schöne Dinge werden passieren" beschrieben wurde – bekannt ist. Die Verfassung von 1982, von der Junta des 12. Septembers geschrieben und bestätigt, verfolgt die Logik, dass eine Partei, die Wahlen gewonnen hat, noch lange nicht über die Macht im Staat verfügt. Es wurde dafür gesorgt, dass der Staat in Wahrheit von den Bürokraten und dem Militär regiert wird und dass die Koordination der Staatspräsident übernimmt.

Die in der türkischen Verwaltung eine große Rolle spielenden Institutionen YÖK (Hoher Bildungsrat) und RTÜK (Hoher Radio- und Fernsehrat) verloren hohe Posten an die AKP-Regierung. Das Militär schaffte es trotz des darum veranstalteten großen Rummels nicht zu verhindern, dass Abdullah Gül zum Staatspräsidenten gewählt wurde, und versuchte daher nun auf verschiedenen Wegen, allen voran durch das Verfassungsgericht, den Staat in Schach zu halten. In der Zwischenzeit sollte weiterhin die AKP mit allen Mitteln aus der Regierung getrieben werden. Die AKP ließ den Putschversuchen jedoch keinen Spielraum. Wir erinnern uns an die Verlautbarung auf der Website des Militärs vom 27. April 2007, die als klare Putschdrohung interpretiert wurde. Auch in diesem Fall schaffte es die AKP, die Oberhand zu behalten, und lehnte sich mutig gegen das Militär auf. Ohne Frage erhält die AKP dabei vor allem aus den USA die nötige Rückendeckung.

Hinter den Kulissen aller Militärputsche stehen die USA, entweder als aktive Unterstützer oder zumindest Duldung signalisierend. Die bisherige Unterstützung Washingtons hatte das Ziel, die Türkei als Zwischenstation im Krieg gegen die Sowjets zu nutzen. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus wurde ein Bündnis mit diktatorisch regierten Staaten nicht mehr für notwendig gehalten. Jedoch verging den USA die „Demokratielaune" nach dem 11. September 2001. Die Putsch-abstinente Haltung der USA in den letzten zwei Jahren hatte nicht unbedingt den Zweck, die AKP zu schützen oder zu unterstützen oder die Demokratie als solche hochzuhalten. Nein, der Grund für diese Haltung gegen die Putschpläne waren starke nationalistische und antiamerikanische Kräfte in den Reihen des türkischen Militärs.

Das wahre Ziel der Ergenekon-Verfahren liegt in der – zumindest scheinbaren – Verurteilung der US-kritischen Militärs. Zwei Fliegen mit einer Klappe! Die einen werden eliminiert und der Rest erhält damit automatisch eine Botschaft, die sie einschüchtert. Dies scheint der Grund zu sein, warum der ehemalige Generalstabschef Yaşar Büyükanıt und der jetzige İlker Başbuğ die traditionelle Machtfunktion der Generalstabschefs nicht wirklich ausfüllen können. Dem Militär, das die Lösung der kurdischen Frage schon immer durch Verleugnung und Vernichtung angegangen ist, wurde 2008 eine letzte Chance gewährt: die Erlaubnis, nach monatelangen Luftangriffen mit einer Bodenoffensive in den Zap einzudringen. Nach seiner Niederlage jedoch ging man zur nächsten, von den USA vorgeschlagenen Taktik über.

Danach sollte die AKP mit der Hilfe des Staatsapparates bei den letzten Kommunalwahlen vom 29. März die DTP bezwingen und anschließend eine kurdische Nationalkonferenz initiieren. Dort sollten dann DTP und PKK von ihrer Niederlage überzeugt und zur Aufgabe gezwungen werden.

Jedoch wurde die Konferenz verschoben, als die DTP stärker als erwartet aus den Kommunalwahlen hervorging. Nun ging man zur dritten Taktik über, die für alle Eventualitäten mit den USA abgesprochen war. Trotz Wahlerfolgen sollten der DTP Arme und Beine gebrochen werden: Mit Verhaftungen im Rahmen monatelanger Operationen wurden die aktivsten Kader der DTP kaltgestellt. Auf der einen Seite versucht das Militär, die Waffenruhe der PKK zu sabotieren, indem weiter Operationen durchgeführt wurden, auf der anderen Seite wurden legale Kader der DTP inhaftiert.

Schritte in Richtung Lösung?

Parallel dazu wurde ein sogenannter „Prozess der Lösung der kurdischen Frage" gestartet. Allerdings ohne Ansprechpartner – weder auf der legalen noch auf der illegalen Ebene der kurdischen Bewegung. Koordinator dieser Phase wurde Innenminister Beşir Atalay, der mit verschiedenen politischen Parteien und Zivilorganisationen in Kontakt trat und eine Lösungsformel ankündigte. Der erste Schritt wurde am 1. August mit einem vom Polizeipräsidium aus organisierten Workshop getan. Innenminister, Polizeipräsident und ein Polizeifunktionär holten die Meinungen von neun Kolumnisten ein. MHP und CHP widersetzten sich der Idee des Innenministers, sich auch mit allen politischen Parteien zu treffen. Eine spätere Zusammenkunft zwischen Premierminister Erdoğan und CHP-Vorsitzendem

Baykal kam wegen diverser Unstimmigkeiten ebenfalls nicht zustande.

Obwohl der „kurdische Aufbruch“ ein paar Mal neu tituliert und die ganze Angelegenheit in der Öffentlichkeit mit Skepsis betrachtet wurde, kam es doch zu einem ersten positiven Schritt, als Erdoğan – wenn auch nicht als Ministerpräsident, sondern als AKP-Vorsitzender – mit dem DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk zusammenkommen wollte.

Auch wenn es deshalb einen großen Aufschrei gegeben hatte und der Generalstabschef und andere militärische Vertreter sich früher aufgrund der Anwesenheit der DTP-Abgeordneten sogar geweigert hatten, ins Parlament zu kommen, änderten sie nun ihr Verhalten. Ihr Erscheinen zur Parlamentseröffnung am 1. Oktober war symbolisch sehr wichtig, um die Abstimmung über eine Verlängerung der Erlaubnis für grenzüberschreitende Operationen im Nordirak zu verfolgen, die dann auch bewilligt wurde. Dies deutete klar darauf hin, dass unter dem Motto „Lösung der kurdischen Frage“ die Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung angestrebt wurde.

In gleicher Weise galt die erste Versammlung des Nationalen Sicherheitsrats MGK am Ende des ersten Monats der „Öffnungsinitiative“ als ein wichtiges Zeichen. CHP und MHP hatten erwartet, dass sich das Militär dabei zur kurdischen Initiative gegen die AKP positionieren würde. Doch war das nicht der Fall. In der MGK-Verlautbarung wurde der demokratische Aufbruch als allgemeine Staatspolitik gutgeheißen, in der auch das Militär eine Rolle spielt. Erst nachdem dann CHP und MHP Druck auf Generalstabschef Başbuğ ausübten, hielt der ein Dementi für nötig. Hinzu kam, dass das Militär die Operationen gegen die Guerilla fortsetzte und sogar ausweitete. All dies nach dem Motto: „Der ‚demokratische Aufbruch' der Regierung ist uns egal, wir machen unser eigenes Ding.“

Der durch die angekündigte Öffnungsinitiative stark in die Kritik geratene Premierminister reiste unter dem Vorwand diverser Konsultationen in die USA, um von Obama neue Kraft zu schöpfen. Bei dem Treffen, das quasi im Stehen abgehalten wurde, erhielt er das Signal, dass die Politik der AKP-Regierung weiter unterstützt werde. Auch bekam er die Erlaubnis für die grenzüberschreitenden Operationen, um auch das Militär im Boot halten zu können. Während die AKP auf Fragen zu grenzüberschreitenden Operationen nur antwortete: „Wir reden dann, wenn es so weit ist“, versäumte Erdoğan nicht zu betonen, dass sie die Erlaubnis auf ausdrücklichen Wunsch des Militärs beantragt hätten. Während die Regierung nicht beabsichtigt hatte, die Kurden mit dem Aufbruchsprozess vor den Kopf zu stoßen, zeigte das Militär, dass es sich nicht daran gebunden fühlte, und fuhr in diesem Sinne mit seinen Operationen weiter fort.

Die AKP wollte inzwischen Schritte in Richtung einer „Lösung“ ohne Einbeziehung der Kurden. Während die lang erwartete Roadmap Öcalans beschlagnahmt wurde, verstärkte sich auch der Druck auf die DTP, indem einige Abgeordnete – trotz Immunität – mit Polizeigewalt zur Aussage vor Gericht gebracht werden sollten. Eine Verurteilung trotz Immunität hätte auch für die übrigen DTP-Abgeordneten Konsequenzen bedeutet, da ihnen dann mangels Masse der Fraktionsstatus im Parlament hätte abgesprochen werden können. Das waren die ersten Aktivitäten nach der Wiedereröffnung des Parlaments nach der Sommerpause am 1. Oktober: die Verlängerung der Erlaubnis für grenzüberschreitende Operationen um ein Jahr und die Infragestellung der Immunität der DTP-Abgeordneten. Innen wie außen sollen weiterhin Kurden umgebracht werden und eine sogenannte Lösung wird ohne Lösungspartner angestrebt.

Krieg gegen die Kurden wird weitergeführt

Im Anschluss an die überaus lang dauernde MGK-Sitzung vom 20. Oktober wurde eine Erklärung herausgegeben, die nur eine Botschaft enthielt: dass der Krieg gegen die Kurden weitergeführt wird. Doch kam der Moment, den wahren Inhalt dieses „Aufbruchs“ zu enthüllen, immer näher.

In der Zwischenzeit wurde der Stabsoffizier Dursun Çiçek, involviert in einen militärischen verdeckten Plan zur Erledigung der AKP, nochmals zum Verhör geholt bzw. festgenommen, nachdem das eigentliche „Dokument“ gefunden worden war. Der bei seiner ersten Festnahme 18 Stunden inhaftierte Çiçek kam diesmal nach 43 Stunden wieder auf freien Fuß. Die AKP hatte ein Gesetz, dass sich Militärangehörige bei Straftaten vor zivilen Gerichten zu verantworten haben, über Nacht durchs Parlament gebracht, während die Opposition noch im Halbschlaf gelegen hatte. Nach dem Antrag der CHP, die Regelung zu widerrufen, liegt diese Petition nun vor dem Verfassungsgericht. Diese Attacke der AKP scheint doch zu sehr ein Versuch zu sein, die Befugnisse des Militärs einzugrenzen. Es sieht so aus, als ob das Militär seine Machtposition nicht verlieren will und noch nicht einmal bereit ist, einen Stabsoffizier dafür zu opfern.

Ein Vorschlag der AKP zur generellen Aussprache im Parlament wurde angenommen und die Kurdenproblematik stand am 13. November zur Debatte. Die Regierungspolitik wurde mit Zustimmung des Militärs – wenn auch nur auf Druck der USA – nochmals ausgebreitet und es zeigte sich, dass das Vorhaben der AKP mit den Forderungen von CHP und MHP, die sich im Vorfeld die Seele aus dem Leib geschrien hatten, übereinstimmte. Ministerpräsident Erdoğan hat zum ersten Mal versucht zu erklären, was der „kurdische Aufbruch“ überhaupt bedeutet. Er konstatierte einerseits, dass das Problem mit der gegenwärtigen Politik nicht gelöst werden könne, versicherte aber gleichzeitig, dass die Sicherheitskräfte ihre Arbeit tun würden, was es auch kosten möge. Es wurde nun klar, dass der „Aufbruch“ der AKP eine leere Hülse ist, und sie versuchten nun, die eigentlichen Ziele dieses „Aufbruchs“, nämlich die Vernichtung der Kurden, zu vertuschen. Im Rahmen des sogenannten „Dreier-Mechanismus“ will Erdoğan am 7. Dezember in den USA Präsident Obama seine Pläne erneut vorstellen, um dessen Segen zu bekommen. Dann wird sich herauskristallisieren, was wirklich in der Kurdenfrage unternommen werden soll und was nur Show ist. ♦

Türkei: „Ort der toten Kinder“

Tote Kinder wachsen nicht

Reyhan Yalçındağ, Rechtsanwältin, Menschenrechtsverein IHD Türkei

Der 20. November ist der Internationale Tag der Kinderrechte. An jenem 20. November, an dem die Kinderrechtsdeklaration von den UN verabschiedet wurde, um den Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen, starben in vielen Gebieten der Erde immer noch Kinder, so wie heute ...

Wenn man sich die Deklaration mit 54 Punkten, die von 191 Ländern unterschrieben wurde, anschaut, dann sieht man, dass diese Punkte jeden Tag systematisch an vielen Orten der Erde verletzt werden.

In der Türkei werden die Punkte „muttersprachlicher Unterricht“, „Medienrecht“, „Recht auf die eigene Kultur und Sprache“, die 1990 unterschrieben und 1995 in Kraft gesetzt wurden, immer noch vernachlässigt. Statt an die Rechte der Kinder zu denken, lässt die Türkei den „muttersprachlichen Unterricht“ nicht zu.

Wir als Menschenrechtler erleben heute immer noch einen 20. November, an dem das Leben der Kinder nichts wert ist, sie in Hunger und Armut und unter unglaublich elenden Umständen leben müssen. Leider können wir den heutigen Tag – sowie andere Tage des „Rechts“ – nicht feiern, sondern stehen vor Statistiken des Unrechts.

Die Anzahl der Kinder unter den Zivilisten, die in dem Krieg zwischen 1990 und 2009 umgebracht wurden, beträgt – soweit wir dies bisher feststellen konnten – 358.

Genau 358 Seelen.

358 Kinderkörper, denen das Lachen gestohlen wurde.

Von welchem dieser Kinder sollen wir hier sprechen?

358 Kinder zwischen 0 und 17 Jahren alt; sie verloren ihr Leben, als sie allein mitten auf der Straße oder mit ihren Freunden im Dorf spielten; oder als sie mit fünf Geschwistern und vier Cousins im „koşuyolu park“ spielten und alle gleichzeitig zum Schweigen gebracht wurden von einem „Unbekannten“; oder als ein 12-jähriges Kind zum LKW seines Vaters lief, der direkt vor der Haustür stand und dann von 13 Kugeln getroffen wurde ...

Von welchem sollen wir erzählen?

Mein Stift wäre nicht in der Lage, die Schönheit der Augen dieser Kinder zu beschreiben. Und die Frage „Wieso, was habe ich Euch denn angetan?“, die in ihren Augen zu lesen stand, als ihr Lachen zum Schweigen gebracht wurde, könnte er erst recht nicht beantworten ...

Habt Ihr die Geschichte von **Xezal Beru** gehört? Xezal, die am 19. März 2001 mit ihrer drei Jahre älteren Schwester aus dem Haus ging, um Kräuter zu sammeln, und dabei von den Wachhunden zerfleischt wurde. Die Soldaten haben die Worte der Schwester nicht erhört und mit dreckigem Lachen die Hunde auf meine Xezal losgelassen. Sie konnte nicht weglaufen, denn ihre Beine waren klein und dünn. Ihr kleiner Körper hatte nicht die Kraft, um über die Wand zu springen, die ihre „Onkel aus Beton“ gezogen hatten. Ein wunderschönes Mädchen, ein Kind, wie der Name schon sagt: wie eine Gazelle (Xezal = kurd.: Gazelle). Und dann lag ihr lebloser Körper im Krankenhaus für die Autopsie da ...

Acht Jahre, nachdem Xezal ermordet worden war, wurde die 14-jährige **Ceylan Önkol** mit den Kriegswaffen der Armee in Lice ermordet. Auf Türkisch bedeutet „Xezal“ eben „Ceylan“. So wie ihre Namen vereinten sich auch ihre Schicksale. Sie wurden von „Soldaten“ ermordet.

In den Straßen der Stadt, in der ich lebe, starben an einem Tag zehn Menschen durch die Hand der Polizei. Dieser Tag ging in die Geschichte ein als „die Ereignisse vom 28. März 2006“. Sieben der Ermordeten waren Kinder. Als ich ihre leblosen Körper von den Straßen sammelte und zur Autopsie ins Krankenhaus bringen ließ, war ich schwanger; mein Sohn sollte zwanzig Tage später auf die Welt kommen. Seit jenem Tag sehe ich ihre erstarrten Augen jeden Tag aufs Neue …

Uğur Kaymaz ... Als ich die Nachricht seines Todes erhielt, war ich in Brüssel im Europaparlament bei einer Konferenz zur Kurdenproblematik. Die Nachricht erhielt ich von einem Freund, mit dem wir zusammen für Menschenrechte kämpfen. Als ich zurück in die Türkei ging, fuhr ich an den Ort, an dem er umgebracht worden war, und sah den LKW, an dem noch sein Blut klebte. Er war zusammen mit seinem Vater in Hausschuhen zum LKW gegangen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt verdienten, um etwas zu holen. In dem Moment hagelte es Kugeln. Es war der 21. November 2005. Überlegen Sie doch mal, in der Woche der „Kinderrechte“ wird eine 12-jährige Seele mit 13 Kugeln zum Schweigen gebracht! Wis-

sen Sie, was danach passiert ist? Die Polizisten, die ihn und seinen Vater ermordeten, sind „freigesprochen“ worden.

Wer das 358. Kind ist? **Mehmet Uytun**, der umgebracht wurde, als er von seiner Mutter gestillt wurde ... Der zehntägige Kampf ums Überleben – ihn trafen Kugeln von Polizisten, die Demonstranten einschüchtern wollten, als seine Mutter ihn stillte – endete mit seinem Tod im Krankenhaus.

Gibt es eigentlich etwas Vergleichbares?

Gibt es etwas Schlimmeres, etwas Bestialischeres?

Und was ist mit dem, was man „Gewissen“ nennt?

Tun Euch denn Eure kalten Herzen nicht weh?

Wieso müssen kurdische Kinder sterben, während wir für eine bessere Zukunft und ein wärmeres Zuhause unserer Kinder kämpfen? Die Türkei hat dieses Gebiet zum „Ort der toten Kinder“ gemacht.

Seid Ihr nicht diejenigen, die während des Militärputsches vom 12. September (1980) das Alter des 17-jährigen **Erdal Eren** nach oben veränderten, weil man keine Menschen unter 18 hängen darf?

Die Reste einer Barrikade. In der Mai-Juni-Ausgabe des Kurdistan-Reports hatten wir einen Jugendlichen, der aus dem Gefängnis entlassen worden war, zitiert: „Die ‘Steinzeit’ ist zu Ende.“ Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass diese Prognose nicht richtig war. Foto: DIHA

Diese Kinder haben Folter und Tod schon im Bauche der Mutter kennengelernt. Als sie auf die Welt kamen, haben sie ihre Väter nicht gesehen, weil Ihr diese entweder habt „verschwinden“ oder zu Opfern „unbekannter Täter“ werden lassen. Diese Kinder sind aufgewachsen und haben noch nie ihre Väter gesehen. Jetzt tragen sie mit ihren Müttern zusammen jeden Samstag die Bilder ihrer Väter ...

Als diese Kinder noch Babys waren, habt Ihr ihre Dörfer eines Nachts verbrannt. Während der Schnee fiel, sind sie stundenlang in die Verbannung gelaufen. Wegen der grauenhaften Politik, die Ihr betreibt, kämpfen sie heute mit Armut und Demütigung. Mit ihren kleinen Händen putzen sie jetzt Eure Schuhe oder arbeiten als Tagelöhner in Sakarya, Manisa oder Adana.

Die Kultur und Sprache dieser Kinder, die Ihr nicht beachtet, ist immer noch verboten. Weil sie ein Lied in ihrer Muttersprache sangen, haben sie in der Grundschule Schläge bekommen. Jeden Morgen müssen diese Kinder schreien: „Ich bin Türke, aufrichtig und fleißig.“

„Wir haben die Erde nicht von unseren Vorfahren geerbt, wir haben sie von unseren Kindern geliehen.“

Dieser Satz stammt von einem indigenen Volk, das so gut wie in Vergessenheit geraten ist – den Indianern.

Wie könnt Ihr in das Gesicht Eurer eigenen Kinder schauen?

Wie könnt Ihr schlafen, wenn Ihr so viele Tote hinter Euch gelassen habt? Ihr habt dieses Gebiet zu einem „Ort der toten Kinder“ gemacht. Dieser Fluch wird Euch niemals, niemals in Ruhe lassen.

Sie sollen wenigstens in Frieden ruhen, die Kinder ... ♦

Nach dem Tod von Ceylan Önkol

Mord mit vielen Tätern

Yasemin Çongar, Journalistin der „Taraf"

Kurtuluş Tayiz schrieb am 2. Oktober eine sehr wichtige Kolumne in unserer Zeitung. Als ein Journalist, der die Entwicklungen im Osten sehr aufmerksam verfolgt, kritisierte er die Haltung des Staates nach dem Mord an der 14-jährigen Ceylan [*am 28. Sept.; KR*]. Er berichtete, wie diese Haltung des Staates in den kurdischen Gebieten aufgenommen wird und wozu es führen könnte.

„Ceylan ist sehr klein, aber ihr Tod hat in der Region einen sehr großen Einfluss gehabt. Noch mehr als ihr Tod stößt die Zurückhaltung von staatlicher Seite dabei in der Bevölkerung auf sehr viel Unverständnis, Zorn und Wut. Zwischen den Kurden und dem Staat entsteht eine immer größer werdende Lücke, die nur noch sehr schwer reparierbare Schäden mit sich bringen wird. Haltet dies bitte nicht für unwichtig: Als der 12-jährige Uğur Kaymaz 2004 in Mardin-Kiziltepe vor seinem Haus zusammen mit seinem Vater erschossen wurde, haben nach 1999 – also 5 Jahren Waffenruhe – die Waffen erneut gesprochen. Der Kaymaz-Mord wurde für die Organisation [*die PKK*] eines der überzeugendsten Argumente, um den Krieg wieder aufzunehmen."

Bisher gab es keinen einzigen Anruf aus Ankara bei der Familie von Ceylan, um Beileid auszusprechen. Es gab keinen Anruf und niemanden, der sagt: „Macht Euch bitte keine Sorgen, wir werden die Mörder von Ceylan finden." Auch die Presse verharrte anfangs stumm. Erst nachdem viele Tage vergangen waren, fragte die Presse dann plötzlich, wer der Mörder von Ceylan wäre. Auch dies rührte jedoch Ankara nicht. Ankara spielte die drei Affen – sie hörten, sahen und sagten nichts! Auch die Erklärung des Generalstabs, es sei keine Mörsergranate abgeschossen worden, hat niemanden zufriedengestellt. Denn es warf die Frage auf: „Was und wer war es dann?"

Ist der Verdacht der Familie Ceylans, die die Körperteile ihrer kleinen Tochter von Baumästen, angrenzenden Wiesen aufsammeln musste, richtig? Wurde Ceylan von einer Flugabwehrrakete ermordet? Falls ja, wer hat warum auf den Knopf gedrückt?

Auch diese Fragen haben sowohl den Generalstab als auch die Regierung in keinster Weise gekümmert. Die Klage und das Schreiben der Familie Ceylans wurden von beiden nicht wahrgenommen.

Im Gegenteil! Der Staat versuchte mit allen Mitteln, die Sache in Vergessenheit geraten zu lassen. Ich möchte daran erinnern, dass der Staat den Tatort für unsicher erklärte und deswegen seinen Staatsanwalt nicht zum Tatort schickte, um entsprechende Recherchen anstellen zu lassen. Ebenfalls wurde auch die Autopsie Ceylans oberflächlich durchgeführt – im Vorraum der Polizeistation.

Doch auch dies alles reichte Ankara nicht aus. Es hat sich nicht einmal Gedanken darum gemacht, wie sehr diese Haltung die Proteste und die Wut der Kurden wachsen lässt. Noch schlimmer ist, eigentlich konnte es die Wut und den Zorn dieses Volkes erahnen, aber das hat ihm einfach nichts ausgemacht. Und noch viel, viel schlimmer ist, es konnte vermuten, was das bei der Bevölkerung anrichten wird, und hat es noch bewusst provoziert. Als ob einige in den staatlichen Kreisen bewusst dafür arbeiten, dass der Krieg in der Region erneut ausbricht. Und mit den Worten von Kurtuluş: „Ein irreparabler Schaden wird zwischen den Kurden und dem Staat angerichtet." Leider sieht die Regierung dem allen immer noch zu.

Schließlich haben wir es hier mit einem Staat zu tun, der – statt Beileid auszusprechen – Rechenschaft von der Familie fordert. Der Bruder Ceylans, Rifat Önkol, wird vernommen, weil er aufgrund der Tatsache, dass am Tatort kein Explosionstrichter entstand, nicht Ceylans Beine, sondern ihr Bauch und ihre Brust zerfetzt wurden, äußerte, dass es keine Mine gewesen sei, die Ceylan getötet hat.

„Woher wollen Sie wissen, dass es sich nicht um eine Mine handelte? Hatten Sie eine spezielle Ausbildung bei den türkischen Streitkräften, dass Sie das wissen?"

Wer fragte dies? Der Oberstaatsanwalt von Lice, Mustafa Kamil Çolak, der sich nicht zum Tatort begeben hatte, weil der „nicht sicher" gewesen sei, und stattdessen einen Imam zur Inspektion schickte.

Also der Staatsanwalt, der normalerweise, nachdem er von der Tat erfuhr, augenblicklich den Befehl geben sollte, dass niemand den zerfetzten Körper auch nur berührt und irgendetwas am Tatort verändert, und sich anschließend sofort selbst zum Tatort begeben sollte. Aber nein! Er ließ die Leiche zur Polizeistation bringen. Dieser Befehl ging an den Gemeindevorsteher des Dorfes Şenlik. Erst nachdem drei Tage seit dem Mord an Ceylan vergangen sind,

bemüht der Herr Oberstaatsanwalt sich zum Tatort.

Selahattin Demirtaş, stellvertretender Vorsitzender der DTP-Fraktion im Parlament, stellte Strafanzeige gegen Oberstaatsanwalt Çolak wegen Vernichtung von Beweisen. In der Presseerklärung zu dieser Strafanzeige sagt Demirtaş: „Alle diejenigen, die zum Mord an Ceylan Önkol schweigen, diejenigen, die ihrer Mission zur Aufklärung dieses Mordes nicht nachgekommen sind, diejenigen, die den Vorfall und dessen Einzelheiten verheimlichen wollen, und diejenigen, die die Beweise vernichten, sind alle zusammen die Täter dieses Mordes.“ Demirtaş hat Recht: Die Regierung hätte sich schon längst damit beschäftigen sollen.

Wir haben auch schon früher über diesen Fall berichtet. Allen voran schrieb Ahmet Altan sehr oft in der Taraf und versuchte die Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass sie zumindest den Tod dieses kleinen Mädchens aufklären sollte. Leider erfolglos ... Was geschah? Staatspräsdent Gül, Ministerpräsident Erdoğan, Staatsminister Arınç, Innenminister Atalay ... Wo seid Ihr?

Kurtuluş Tayiz schrieb darüber, dass der Fall der Ceylan Önkol in der Region als zweiter Uğur-Kaymaz-Fall gesehen wird. Sagen wir mal, Ihr habt das nicht mitbekommen; kriegt Ihr denn im Moment nicht mit, was in der Region passiert? Ist es so schwer zu verstehen, dass der Fall Ceylan Önkol kein „Mord ohne Täter“ ist, sondern immer mehr als ein „Mord mit vielen Tätern“ aufgefasst wird? ♦

(Der Artikel erschien in der Taraf am 10.10.2009)



„Ceylan ist sehr klein, aber ihr Tod hat in der Region einen sehr großen Einfluss gehabt. Noch mehr als ihr Tod stößt die Zurückhaltung von staatlicher Seite dabei in der Bevölkerung auf sehr viel Unverständnis, Zorn und Wut.“
Demonstration der Ceylan-Önkol-Initiative in Istanbul. Die Fragen, die zu den Umständen ihres Todes entstanden sind, sollen von staatlicher Seite beantwortet werden. Foto: DIHA

Über die Unantastbarkeit der Immunität von Abgeordneten

Ist die Justiz nicht unabhängig?

Rechtsanwalt Ercan Kanar

Seit Langem schon werden – zuerst vor den Staatssicherheitsgerichten und heutzutage vor deren Nachfolgeinstitutionen, den „Hohen Strafgerichten (Schwurgerichten) mit besonderen Befugnissen" – Verfahren gegen kurdische Abgeordnete eingeleitet. Das geschieht zum Teil ohne Aufhebung ihrer Immunität, d. h. ohne einen dafür eigentlich rechtlich notwendigen Parlamentsbeschluss. Geführt werden die Verfahren meist aufgrund freier Meinungsäußerungen. In mehreren dieser Prozesse verhängten die RichterInnen in letzter Zeit nicht unerhebliche Strafen.

Das Vorgehen der Schwurgerichte ist dabei grundrechtlich noch bedenklicher als das der Staatssicherheitsgerichte im Fall des Vorsitzenden der „Partei der Nation", Osman Bölükbaşı, im Jahr 1957 und in den Fällen der HEP-Abgeordneten Anfang der 90er Jahre. In all diesen Verfahren wurde die Immunität der Betroffenen per Parlamentsbeschluss aufgehoben. Erst darauf folgten Verhaftung und Prozessführung, während die Gerichte heutzutage auf die Aufhebung der Immunität verzichten. Auch in den vorherigen Fällen gab es, wie in den jetzigen Verfahren, keinerlei konkret nachgewiesene Straftaten. Es handelte sich um Ermittlungen, Strafverfolgung und Prozesse aufgrund von Meinungsäußerungen und politischer Kritik. In den aktuellen Prozessen gegen kurdische Abgeordnete werden erschreckende Rechtsverletzungen sowie die chauvinistische Haltung der Justiz und deren Doppelmoral jedoch besonders offenbar. Sehr fragwürdig sind in diesem Zusammenhang das Schweigen und der fehlende Protest der zivilgesellschaftlichen Organisationen, allen voran der Anwaltskammern, der UniversitätsdozentInnen sowie der Mehrheit der ParlamentarierInnen.

Wenn man sich mit der türkischen Geschichte beschäftigt, ist unübersehbar, dass die Justiz zu keinem Zeitpunkt unabhängig agierte. Gründe dafür sind sicherlich die Vormundschaft der Exekutive gegenüber den Gerichten wie auch die in den Organen der Justiz selbst vorherrschende Ideologie. Das Recht auf ein gerechtes Verfahren wurde, besonders in politischen Verfahren, immer wieder unmittelbar durch Gerichte verletzt, indem Urteile aufgrund unrechtmäßig (z. B. durch Folter) erhobener oder konstruierter Beweise – oder ausschließlich aufgrund von Vorurteilen gegenüber den Beschuldigten – gefällt wurden. Dazu kommt, dass bisher selbst sämtliche Putschversuche seitens der Justiz begrüßt wurden. In diesem Rahmen ignorierten Gerichte immer wieder Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Von einer Unabhängigkeit – vom Staat, vom Zeitgeist der Gesellschaft sowie von Vorurteilen und subjektiven Überzeugungen – als Voraussetzung für eine unabhängige Justiz kann dementsprechend keine Rede sein. Die türkische Justiz akzeptiert darüber hinaus in vielen Fällen selbst die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht und missachtet auf diese Weise sowie in eigenen Urteilen die europäische Menschenrechtscharta.

Zu ungleicher Behandlung kommt es auch bei Entscheidungen über Festnahmen und Vorbeugehaft seitens der Justiz, vor allem durch das Verfassungsgericht. Die Beschuldigten werden entsprechend ihrer Aufgabe, Funktion und Stellung ungleich behandelt. Vor allem wenn KurdInnen von Verfahren betroffen sind, fassen Gerichte nicht selten Beschlüsse, die diese Bevölkerungsgruppe separieren. Auch Soldaten und staatliche Bedienstete, die aufgrund „regionaler Besonderheiten" Straftaten gegen KurdInnen begehen, blieben immer wieder straflos. Die Rechtsprechung bezüglich des, die Immunität von PolitikerInnen betreffenden, Artikels 14 der türkischen Verfassung (TCA) bedeutet in der Praxis sogar eine weitgehende Aufhebung der Meinungsfreiheit.

Die Privilegien, die für die Abgeordneten zum Schutz vor juristischer Verfolgung durch die Regierung oder Privatpersonen geschaffen wurden, beinhalten deren Immunität gegenüber der Gerichtsbarkeit. Die auch als absolute Immunität bezeichnete Unverantwortbarkeit von ParlamentarierInnen der Justiz gegenüber bedeutet, dass ihnen keine juristische Verfolgung oder Strafen wegen Meinungsäußerungen und von ihnen getroffenen Entscheidungen drohen. Ziel ist dabei der absolute Schutz der Freiheit der Gedanken, der Meinung und des Stimmrechts. So sollen die Probleme und Forderungen der von dem/der Abgeordneten repräsentierten Klasse, Schicht, Gesellschaft oder Bevölkerungsgruppe frei von jeglichem Druck oder jeglicher Angst im Parlament thematisiert werden können. Auch Beleidigungen und Beschimpfungen während der Parlamentsarbeit fallen unter diese Immunität. Sie schützt die Abgeordneten vor strafrechtlicher und juristischer Verfolgung, sie kann nicht aufgehoben werden. Sie gilt kontinuierlich und wird selbst nach dem Ende einer Legislaturperiode nicht aufgehoben. Somit betrifft die Immunität die öffentliche Ordnung und ist unabdingbar. Handlungen, die nicht als Stimmabgabe oder Meinungsäußerung gewertet werden, sind nicht Teil dieser Regelungen.

Die Immunität der Abgeordneten gegenüber der Gerichtsbarkeit beinhaltet noch eine weitere Komponente. Sie bedeutet, dass gegen Abgeordnete ohne

Zustimmung des Parlaments aufgrund einer vermuteten Straftat kein juristischer Schritt eingeleitet und keine Verhaftung vorgenommen werden kann. Die Rechtsimmunität ermöglicht den Abgeordneten zu jeder Zeit, an den Arbeiten des Parlaments teilzunehmen. Ziel einer derartigen Regelung ist es, die Abgeordneten davor zu schützen, durch wahllose, unpassende und grundlose Strafverfolgung durch die Regierung von der Parlamentsarbeit abgehalten zu werden.

International wurde die Immunität nach der Französischen Revolution vom französischen Parlament gesetzlich verankert und auf diese Weise in Politik und Justiz eingeführt. Die gerichtliche Immunität ist je nach Bezugsgesellschaft unterschiedlich geregelt. Zum Beispiel schützen die europäischen Rechtssysteme teilweise nicht in dem oben beschriebenen Ausmaß vor juristischen Verfahren. Es gibt verschiedene Ausnahmen. Wenn ein Politiker auf frischer Tat ertappt wird, entfällt die Immunität. Die Immunität kann ebenfalls durch einen Beschluss des Parlaments aufgehoben werden. Sie ist teilweise nicht kontinuierlich, sondern zeitlich begrenzt. Mit dem Ende des Abgeordnetenmandats endet auch sie. In verschiedenen Verfassungen gibt es unterschiedliche Regelungen. Im Angelsächsischen schützt sie mehr vor juristischer Verfolgung. Durch Regelungen zur Immunität soll im weitesten Sinne garantiert werden, dass unterschiedliche Meinungen und Forderungen auch von Kreisen außerhalb der Regierung vertreten werden und PolitikerInnen ihre Gedanken frei und ohne Angst zum Ausdruck bringen können.

Die erstmalige Verletzung der Immunität von Abgeordneten betraf in der Türkei die sozialistischen Abgeordneten, als die „Arbeiterpartei der Türkei“ im Parlament vertreten war [*bis 1971*]. Seit den 1990er Jahren wird die Immunität kurdischer Abgeordneter verletzt. Art. 83, Abs. 2 und Art. 14 der Verfassung von 1982 wurden seither beliebig in ausgeweiteter Auslegung gegen kurdische Abgeordnete angewendet. In Absatz 2 von Art. 83 TCA heißt es: „Ein Abgeordneter, der eines Vergehens vor oder nach den Wahlen beschuldigt wird, kann ohne Parlamentsbeschluss nicht verhaftet, verhört, festgenommen oder vor Gericht gestellt werden. Ausnahmen sind bewiesene Taten, die eine hohe Strafe nach sich ziehen, oder der Beginn von Ermittlungen auf Grundlage von Art. 14 der Verfassung vor den Wahlen.“ Bezüglich der kurdischen Abgeordneten werden auf zweifache Art Rechtsnormen verletzt. Art. 14 TCA wird bei kurdischen Abgeordneten ausgeweitet ausgelegt und angewendet. Zudem wird auch die Voraussetzung, dass die Ermittlungen vor den Wahlen begonnen haben müssen, nicht beachtet. Art. 14 TCA wurde vor dem Hintergrund eingeführt, dass der Missbrauch grundlegender Rechte und Freiheiten verhindert werden sollte. Wenn wir Art. 14 TCA, auf den in Art. 83 TCA verwiesen wird, jedoch genauer betrachten, wird deutlich, dass er ungenau definiert und beliebig auslegbar ist. Der gesamte Artikel ist zudem ideologisch geprägt, denn in ihm heißt es: „Die in der Verfassung verankerten Rechte und Freiheiten dürfen nicht genutzt werden, um Aktivitäten durchzuführen, welche die unteilbare Einheit des Staates und des Staatsterritoriums sowie der Nation oder die Existenz der demokratischen und laizistischen Republik gefährden, die sich an den Menschenrechten orientiert.“ Insbesondere der Abschnitt mit der „unteilbaren Einheit“ wurde von der Justiz in der Türkei oft weit gedehnt. Ich erinnere nur daran, dass jüngst in unzähligen Prozessen noch die Verwendung der Begriffe „kurdisches Volk“, „kurdische Nation“, „Kurdistan“ als separatistische Tätigkeit oder Propaganda verurteilt wurde und zu nicht unerheblichen, also hohen Strafen führte.

In diesen konkreten Fällen wird die ohnehin undemokratische Regelung in der Verfassung durch beliebige Anwendung noch weitgehender missbraucht. Vergehen, die im Strafgesetz als Propaganda bezeichnet werden, verknüpfen Gerichte ebenfalls mit Art. 14 TCA. So wird dieser genutzt, um gegen Personen, die unliebsame, nicht dem politischen Status quo entsprechende Ansichten vertreten, Ermittlungen zu führen. Man kann demzufolge von einem Gesinnungsartikel sprechen, durch den nicht begangene Straftaten, sondern missliebige politische Einstellungen sanktioniert werden. Der kritisierte Art. 14 TCA kann rechtlich im Grunde genommen nur mit dem § 302 des Türkischen Strafgesetzbuches (TCK), der den Straftatbestand „Gefährdung der Einheit des Staates“ regelt, kombiniert werden. Die Justizbehörden erweitern jedoch den Bezugsrahmen und bringen ihn ebenfalls mit § 314 TCK in Zusammenhang, der vermeintliche Propaganda für oder eine vermeintliche Mitgliedschaft in einer Organisation regelt. Dieser steht jedoch in keinem Zusammenhang mit Art. 14 TCA und wird in der Praxis, wie oben beschrieben, sehr beliebig – ebenfalls im Sinne eines Gesinnungsparagraphen – ausgelegt und ist zusätzlich ungenau definiert. Die Auslegung der rechtlichen Regelungen zum Vorwurf der Propaganda oder Mitgliedschaft in einer Organisation im § 314 TCK bedeutet deshalb in vielen Fällen eine Vorverlagerung von Ermittlungen und rechtlichen Regelungen in einen Bereich, in dem keine konkrete Tathandlung vorliegt. Man kann hier von einer Maßnahme der Gefahrenabwehr sprechen. Demzufolge werden hier auch keine Straftatbestände definiert, die als Verletzung von Art. 14 TCA ausgelegt werden könnten. Das ist entsprechend in § 302 TCK geregelt. Es ist daher eine erschreckende Rechtsverletzung, die Immunität von Abgeordneten durch die Erweiterung von Art. 14 TCA um den Bezug auf vermeintliche Propaganda für oder Mitgliedschaft in einer Organisation aufzuheben. Derartige Rechtsauffassungen finden wir ausschließlich in totalitären Regimen.

Auf diese Art werden allein gegen kurdische Abgeordnete aufgrund ihrer Meinungsäußerungen trotz fehlender Immunitätsaufhebung durch das Parlament Prozesse geführt. Dieses Vorgehen verdeutlicht den militaristischen, separierenden und chauvinistischen Charakter des Staates und offenbart, dass die Justiz nicht unabhängig ist. Ein derartiger Charakter ist Anzeichen eines Systems, das versucht, kulturelle und ideologische Unterschiede zu unterdrücken, um eine Einheit zu sichern, und die Freiheit der Sicherheit opfert. Es zeigt sich, dass die Republik noch nicht wirklich zivilisiert und demokratisiert ist. Die derzeitige juristische Praxis schadet dem Recht der Völker auf Frieden, der demokratischen Lösung der kurdischen Frage und steht der gesellschaftlichen Notwendigkeit, eine friedliche Perspektive zu entwickeln, im Weg. ♦

Für den Erfolg des Nabucco-Projektes ist eine Lösung der Kurdenfrage erforderlich

Die Türkei als Knotenpunkt internationaler Energieprojekte

Dr. Nebi Kesen

Die Türkei hat sich in den letzten Jahren zu einem international bedeutsamen Knotenpunkt der internationalen Energieprojekte entwickelt. Ihre bisherige geostrategische Rolle als „Energiebrücke" beschränkte sich auf die Baku-Ceyhan-Pipeline und die Blue-Stream-Pipeline, welche die Türkei als Transitland für Erdgas- und Erdöllieferungen aus Aserbaidschan und Russland nach Europa unentbehrlich machten. Mit zwei weiteren, konkurrierenden Projekten, nämlich dem Nabucco-Projekt und dem South-Stream-Pipeline-Projekt erlangte die Türkei in geostrategischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine in der Region einmalige Stellung.

Die internationale Dimension der Energieversorgung verschafft diesem Transitland neben Vorteilen auch Risiken, die sich insbesondere aus der Konkurrenz zwischen Russland und der EU ergeben (könnten) und in Zukunft die türkische Außenpolitik und den EU-Beitrittsprozess erheblich beeinflussen werden. Der für die EU-Annäherung erforderliche Ausgleich europäischer und türkischer Interessen im Energiebereich kann dieses Land jedoch in seinen Beziehungen zu den Lieferstaaten wie Russland und Iran in eine Schieflage bringen. Inwieweit die Türkei auf solche Konflikte und deren erfolgreiches Management vorbereitet ist, lässt sich jetzt nicht beantworten und bleibt zunächst eine Frage der Zukunft.

Die Bedeutung der Türkei für die Energieversorgung tangiert auch die Sicherheit und die innenpolitische Lage des Landes sowie die regionale Stabilität. Insofern sind die „Energieaufgaben" an die künftige Innen- und Außenpolitik der Türkei geknüpft und stellen das Land vor eine große Herausforderung. Dies betrifft insbesondere die innerstaatliche Kurdenfrage, die zugleich eine transnationale Dimension in der Region hat und in der türkischen Außenpolitik eine Sonderstellung besitzt. In diesem Kontext kann sich die ungelöste Kurdenfrage zu einem besonderen Problem bezüglich der Sicherheit der europäischen Energieinteressen entwickeln.

Nabucco-Projekt

Mit dem im Juli 2009 zwischen den Regierungen der Transitstaaten unterzeichneten Nabucco-Projekt soll der europäische Erdgasbedarf mit einer Pipeline durch die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich zu 5–10 % gesichert werden. Lieferstaaten sollen Kasachstan, Aserbaidschan, Turkmenistan, Russland, Irak/Südkurdistan, Syrien, Ägypten und sogar Iran werden. Der Bau der Pipeline wird von 2011 bis 2015 dauern und umfasst ein Investitionsvolumen von 7,9 Mrd. Euro, davon 4,5 Mrd. Euro allein in der Türkei. Die 3 300 km lange Gasleitung erfordert einen Energiesicherheitskorridor vom Kaspischen Meer und vom Nahen und Mittleren Osten bis nach Europa.

Als Ziele der EU beim Nabucco-Projekt gelten einerseits die Minderung der Abhängigkeit Europas von der russisch-ukrainischen Erdgasroute und andererseits die Eröffnung neuer Erdgaslieferungen, welche die Energiesicherheit der EU auf Dauer gewährleisten sollen. Der Türkei als EU-Beitrittskandidatin kommt beim Nabucco-Projekt eine zentrale Bedeutung zu.

Die Türkei erlangt als Energiedrehscheibe bzw. -knotenpunkt eine geopolitische Bedeutung, die sich auch positiv auf den im Oktober 2004 in Gang gesetzten Prozess der EU-Beitrittsverhandlungen auswirken soll. Für die Energieversorgung und -sicherheit ist die EU daran interessiert, dass die Beitrittskandidatin innen- und außenpolitisch stabil bleibt und eng an die EU gebunden wird. Die wirtschaftlichen Vorteile für die Türkei erstrecken sich von insbesondere Bauinvestitionen von 4,5 Mrd. Euro und der Schaffung von 5 000 bzw. 15 000 Arbeitsplätzen bis hin zur teilweise verbilligten Deckung des eigenen Energiebedarfs. Insofern wird die Türkei vom Nabucco-Projekt in erheblichem Maße profitieren.

Türkisch-russische Energiegeschäfte

Parallel zum Nabucco-Projekt entfaltet die Türkei auch ihre Zusammenarbeit bei Erdgasgeschäften mit Russland. Zurzeit deckt die Türkei 60 % ihres Gasbedarfs durch Importe aus Russland. Der erfolgreiche Abschluss der durch das Schwarze Meer führenden Blue-Stream-Pipeline im Jahr 2005 war ein wichtiger Meilenstein in den bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen. Die türkische Wirtschaft ist und bleibt noch lange angewiesen auf russische Erdgaslieferungen, was einer Energieabhängigkeit der Türkei von Russland gleichkommt.

Im August 2009 erreichte die russisch-türkische Kooperation im Bereich der Erdgaslieferungen einen Höhepunkt. Beide Staaten einigten sich vertraglich über den Bau der South-Stream-Pipeline, die von Russland nach Bulga-



Die Routen der North-Stream-, South-Stream- und der Nabucco-Gaspipelines Grafik: ÖP

rien unter Nutzung türkischer Hoheitsgewässer durch das Schwarze Meer verlaufen wird (mit je einem Arm nach Österreich und Italien). Damit macht sich Russland bei Erdgaslieferungen von der Ukraine unabhängig. Der russische Konzern GAZPROM und der italienische Partnerkonzern ENI sollen mit einem Investitionsvolumen von 10 Mrd. Euro bereits 2010 mit dem Bau der Pipeline beginnen. Die Lieferkapazität der Pipeline wird langfristig bei 63 Mrd. Kubikmetern liegen. Die finanziellen und wirtschaftlichen Vorteile, die die Türkei aus diesem Projekt ziehen wird, veranlassten sie, von ihrer früheren und mit der EU im Einklang stehenden Position hinsichtlich der Unabhängigkeit von Russland Abstand zu nehmen.

Trotz der europäischen Bedenken und Vorbehalte ließ sich die Türkei auf das Konkurrenzprojekt zu Nabucco ein und steht dabei nicht allein. Denn schließlich ist Italien als EU-Mitglied ebenfalls am South-Stream-Projekt beteiligt. Dennoch wirft die türkische Vorgehensweise im Erdgas- und Erdöl-Pipeline-Geschäft auf EU-Seite viele Fragen auf. Insbesondere werden die Zuverlässigkeit der Türkei und die Sicherung der Energieinteressen Europas durch dieses Transitland in Frage gestellt. Doch davon lässt sich die türkische Regierung nicht beeindrucken und zeigt, dass sie ihren im Jahr 2006 eingeschlagenen Kurs in der Außenpolitik auch im internationalen Energiegeschäft konsequent durchführen wird. Diese Haltung wird sie auch künftig beibehalten, selbst wenn dadurch die Energieinteressen der EU und die Eigeninteressen der Türkei nicht im Einklang stehen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Türkei sogar das Nabucco-Projekt als Druckmittel nutzen wird, um eigene Interessen oder Sonderwünsche gegenüber der EU durchzusetzen.

Außenpolitik der Türkei ohne Anbindung an die EU

Die türkische Außenpolitik ist weniger an der Bindung des Landes an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU orientiert, als viele EU-Politiker dies bisher gedacht haben. Die Stoßrichtung der türkischen Außenpolitik zeichnet sich durch Vielfalt und Multidimensionalität aus und steht immer weniger unter dem Einfluss des EU-Beitrittsprozesses. Der neue Außenminister Ahmet Davutoğlu, der zuvor als engster außenpolitische Berater von Ministerpräsident R. Tayyip Erdoğan galt, bestimmt im Wesentlichen die Richtlinien der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, ohne dabei der EU als Partnerin eine besondere Rolle beizumessen. Die GASP ist für den Außenminister keine Richtgröße, an der er sich orientiert.

Stattdessen verfolgt die Regierung der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (Adalet ve Kalkinma Partisi, AKP) unter Erdoğan das Ziel, mit möglichst vielen Staaten, insbesondere mit den Nachbarstaaten, gute diplomatische, wirtschaftliche und politische Beziehungen auszubauen. Daher konnten mit Iran, Syrien, Armenien und Irak Verträge von strategischer Bedeutung abgeschlossen werden, während der EU-Beitrittsprozess seit 2006 ins Stocken geraten ist. Die Einigung mit Russland über die South-Stream-Pipeline kann nur als neuer Beweis für die außenpolitische Orientierung der Türkei gelten. Die türkischen Ambitionen, durch die EU-Annäherung einerseits und den Ausbau der vielseitigen Beziehungen zu den Nachbarstaaten andererseits die Rolle einer regionalen Macht zu erlangen, dürften ein weiterer Grund für die vielseitige und multipolare Orientierung in der Außenpolitik sein.

Der aus der Sicht der Türkei enttäuschende Verlauf des Beitrittsprozesses dürfte bei der Neuorientierung in der Außenpolitik ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Europäische Diskussionen über die Tauglichkeit der Türkei als EU-Vollmitglied, insbesondere in Deutschland und Frankreich, haben auf der türkischen Seite Zweifel aufkommen

lassen, ob eine Vollmitgliedschaft seitens der EU erwünscht und dies überhaupt realisierbar sei. So kam es 2006 zu einer Kehrtwende in dem Reformprozess, der in den Jahren 2002–2004 nennenswerte positive Veränderungen im politischen, wirtschaftlichen und Rechtssystem der Türkei mit sich gebracht hatte. Die europäische Zurückhaltung und die Verzögerung im Annäherungsprozess wurden durch den anti-europäischen Kurs des Militärs und der politischen Opposition sowie die Verschärfung der militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Armee und den Guerillas der „Arbeiterpartei Kurdistan" (Partiya Karkeren Kurdistan, PKK) gestärkt mit der Folge, dass die AKP-Regierung eine grundlegende Umorientierung in ihrer Außenpolitik vornahm.

Kurdenfrage als Komponente bei der Sicherheit der Energieinteressen

Die Bedeutung der Kurdenfrage für den Frieden und die Stabilität in der Türkei und der gesamten Region, und damit auch für die Sicherheit der Energieinteressen Europas, wird bisher wenig beachtet. Die EU hat es versäumt, bei der Frage nach der geostrategischen und politischen Rolle der Türkei für Europa den Kurdenkonflikt in die Überlegung einzubeziehen. Spätestens nach der Unterzeichnung des Nabucco-Projektes sollten sich die Türkei und die EU mit der Kurdenfrage und deren Einfluss auf die Stabilität und Sicherheit in der Region befassen. Eine ungelöste Kurdenfrage kann sich zu einem ernsten Risikofaktor entwickeln, wenn die Lage im Irak und in der Autonomen Region Kurdistan betrachtet wird. Letztere gehört auch zu den Lieferanten im Nabucco-Projekt.

In der Türkei wird seit August dieses Jahres über eine „Öffnung in der Kurdenfrage" diskutiert, die von Regierungsseite auch als „Demokratie-Öffnung" oder „Projekt der nationalen Einheit" bezeichnet wird. Eckpfeiler des Regierungsvorhabens ist die Gewährung individueller kultureller Rechte in Bezug auf kurdische Sprache und Kultur. Diese neue Politik der AKP-Regierung wird vom Militär geduldet, während die kemalistische und nationalistische Opposition jegliche kulturellen Rechte für Kurden ablehnt. Die von der Regierung geplanten Maßnahmen stehen keinesfalls mit den Forderungen der kurdischen Akteure wie der PKK und der „Partei für eine Demokratische Gesellschaft" (Demokratik Toplum Partisi, DTP) im Einklang. Die kurdischen Forderungen bestehen insbesondere in der Schaffung einer neuen Verfassung, Anerkennung des rechtlichen Status der Kurden als eine eigenständige Volksgruppe, Einführung des Kurdischen als (zweite) Amts- und Unterrichtssprache, Generalamnestie für die PKK-Guerillas und Verbesserung der Haftbedingungen für den seit 1999 in Einzelhaft befindlichen PKK-Führer Abdullah Öcalan.

Die unterschiedlichen „Lösungsvorschläge" von PKK, DTP und anderen kurdischen Organisationen einerseits und der AKP-Regierung andererseits erschweren eine Einigung, was die Fortführung des bewaffneten Konfliktes in Kurdistan bedeutet. Es ist inzwischen auch seitens der türkischen Entscheidungsträger anerkannt, dass die ungelöste Kurdenfrage und der bewaffnete Kampf die politische Stabilität und den Demokratisierungsprozess in der Türkei negativ beeinflussen und daher zum Staatsproblem Nummer eins geworden sind. Auch für den Erfolg des Nabucco-Projektes ist es erforderlich, eine Lösung in der innerstaatlichen Kurdenfrage zu finden. Die Erdgas- und Erdöllieferungen aus Kirkuk in Südkurdistan sind ein weiterer Grund, warum die Kurdenfrage in der Türkei unter Einbeziehung der kurdischen Akteure, allen voran der PKK und der DTP, gelöst werden muss. ♦

Aktuelle Publikation Nebi Kesens:
Die Kurdenfrage im Kontext des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union, von StB Dr. Nebi Kesen, 2009, 343 S., brosch., 59,– €, ISBN 978-3-8329-4818-4 (Nomos Universitätsschriften – Politik, Bd. 169)



Pressekonferenz in Ankara nach Unterzeichnung des Regierungsabkommens, Juli 2009
Foto: nabucco-pipeline.com

Selbstmorde in den Kasernen!

„... sah ich immer, wie mein Kommandant mich tötete“

Halil Savda, Kriegsdienstverweigerer

Der Tod des Soldaten Sedat Horoz war den Tageszeitungen nur diesen einen Satz wert: „Der Soldat Sedat Horoz hat in der Kaserne Selbstmord begangen.“

Tausende von Menschen wie Sedat Horoz haben sich in den letzten 30 Jahren während ihres Dienstes in der türkischen Armee selbst getötet oder sind, als „Selbstmord“ getarnt, umgebracht worden. Nach offiziellen Angaben versuchten zwischen 1991 und 2001 1 248 Mitglieder der türkischen Streitkräfte TSK, sich selbst zu töten, 815 von ihnen starben.

Für die Zeit ab 2001 verfügen wir über keine offiziellen statistischen Daten. Man vermutet, dass es viel mehr Selbsttötungen gab. Wir finden keine allgemeinen Verluste wie die Unfälle in Ausbildungslagern, weil wir in der Sache keine statistischen Daten besitzen.

In der Presse werden die Nachrichten über Selbsttötungen und Morde nur mit ein paar Zeilen übergangen. Manche Oppositionspresse, die Untersuchungen anstellt, gibt entweder Kommentare ab oder betreibt Gegenpropaganda.

Die Ursachen der Todesfälle werden nicht untersucht. Von Bedeutung wären Antworten auf die Fragen: Was macht die Soldaten des Lebens überdrüssig und welche Optionen führen sie in den Tod? Selbsttötungen erleben wir nicht nur in Kasernen. Daneben gibt es auch Morde mit dem Anstrich einer Selbsttötung.

Wer ist Täter, und warum? Ein großer Teil der Soldaten, die sich anscheinend selbst getötet haben, sind Kurden. Stehen die Fälle in Verbindung mit dem laufenden Krieg oder Nationalismus in der Türkei? Das Wichtigste ist, welche Hintergründe haben diese Taten? Wir müssen die Opfer wie die Täter kennen.

Hintergründe von Selbsttötung und Mord in der Kaserne:

a) Alles beginnt mit dem Militarismus

In der Türkei liegt die Macht in den Händen des offiziellen Staates. Der offizielle Staat ist der „Nationale Sicherheitsrat“ (MGK). Der MGK ist die Leitung und unterliegt der Aufsicht durch die Armee. Der MGK ist das oberste Organ der Legislative, Exekutive und Judikative. Er hat mehr als diese drei Aufgabenbereiche. Der MGK organisiert die Spezialkriegsführung.

Die „geheime Verfassung“, mit anderen Worten das Dokument der nationalen Sicherheitspolitik, befasst sich mit den wichtigsten Funktionen des MGK. Niemand kann sich von dieser „Verfassung“ distanzieren. Will jemand raus, was passiert dann? Nach deren Artikel 35 ist es Aufgabe der Armee, die Republik Türkei zu schützen und zu verteidigen. Also, das Militär putscht.

Werfen wir hier einen Blick auf einige Funktionen des türkischen Militarismus. Dieser ist türkisch, männlich, sunnitisch und kemalistisch. Diese Eigenschaften sind die Merkmale der Republikgründer. Diese nationalistische Ideologie wurde von Mustafa Kemal hervorgebracht. Nicht-Türken, Nicht-Muslime, Nicht-Sunniten und Nicht-Kemalisten wurden ausgeschlossen, wurden von Rhetorik und Struktur des offiziellen Staates als Bedrohung wahrgenommen. Der Staat hat diese „Fremdkörper“ niemals angenommen. Er fürchtete sich davor. Diese Wahrnehmung von Angst, Ausgrenzung und Drohung führte zu Massakern gegen Kurden, Armenier, Aleviten und Kommunisten.

Die Struktur, in der das Militär organisiert ist, beruht auf den Mythen: Türkentum, Atatürk, Fahne, unteilbare Integrität des Vaterlandes, heiliger Staat, tapferer türkischer Soldat, Paradies, Märtyrertum. Diejenigen, die außerhalb dieser Mythen stehen, die ihre Unterschiedlichkeit pflegen, sind gefährlich und Verräter. Um sich vor den Verrätern und Feinden zu schützen, musst du töten. Du musst sie unterdrücken. Diese Wahrnehmung der Militärs wurde zu einer Quelle der wichtigsten Todesursachen und einer Serie von Morden.

b) Die Befreiung durch Selbsttötung

Diese Angst der Gründungskader und ihre Wahrnehmung der Bedrohung haben den Staat verhärtet und autoritär gemacht. Die Stärke des autoritären Systems ist die Armee. Deswegen muss die Armee von diesen „Fremdkörpern“ gesäubert und vor ihnen beschützt werden. Um Befehle zur Anwendung zu bringen, kommt die Disziplin zum Zuge. Es herrscht eine straffe Disziplin. Um seine eigene Macht zu zeigen, beginnt der Staat mit einer Ausbildungs- und Erziehungsphase. Die Kaserne enthebt ein Subjekt seines Rechts auf Initiative und Entscheidung, bringt es vollkommen in eine objektive, passive Situation. Dieser Prozess ist, milde ausgedrückt, eine Vergewaltigung der Persönlichkeit. Ich sage Vergewaltigung, weil der Staat sein eigenes Rechtssystem, sein eigenes Heiligtum den Individuen ohne deren Zustimmung mit Gewalt aufzwingt. Der Vollzug des zwangsläufigen Militärdienstes ist eine Vergewaltigung der Bürger durch ihren Staat. Das Individuum muss alles befolgen, was ihm befohlen wird.

Wer nicht genügend gewappnet ist, kann diesem strengen und autoritären Militarismus nicht standhalten. Was zu

einem Gefühl der Hilflosigkeit führt. Um dieser Hilflosigkeit des Individuums zu widerstehen, muss der Mensch sterben. In gewissem Sinne wird der beschlossene Selbst-„Mord“ zu einem Akt der Befreiung. Das Subjekt, das der Situation nicht widerstehen kann und keine Kraft zur Befreiung findet, begeht Selbstmord, es befreit sich damit. Im militärischen System stirbt man für große Zwecke und hehre Ziele wie Fahne, Vaterland, Atatürk, Paradies, Märtyrertum und Staat ... Wer Selbstmord begeht, stirbt, um sich zu befreien. Das heißt, weil die Situation unerträglich schmerzhaft ist. Ja, es gibt zahlreiche solche Fälle in den Kasernen. Die Ausführenden, die ihr eigenes Ich töten, sind Objekte einer Ideologie.

c) Wer sich selbst tötet

Beispiele aus den letzten Jahren für die oben abgegebene allgemeine Beurteilung:

Barış Köroğlu: Fünf Stunden nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst beging er Selbstmord. Sein Vater sagte, der psychische Zustand seines Sohnes habe sich während des Militärdienstes durch Unterdrückung und Folter verschlechtert.

Serdar Akça: Soll während des Wachdienstes in Midyat (Mardin) Selbstmord begangen haben.

Ersin Baş: Sagte über seine militärische Einheit in Kandıra: „Sie werden mich töten.“ Nach ein paar Stunden wurde er umgebracht.

Ersin Bal: Wurde in der Kaserne in Ağrı gefoltert, weil er Schimpfwörter gegen seinen Kommandanten benutzt haben soll. Später hieß es, er habe Selbstmord begangen.

Halim Bal: Soll in der Militärkaserne in Çanakkale Selbstmord begangen haben. Bevor er im Krankenhaus starb, sagte er seinem Bruder, der Staffelkommandant habe auf ihn geschossen.

Celal Derviş: Wurde während des Militärdienstes misshandelt. Er weigerte sich, gegen Kurden zu kämpfen. Daraufhin verbrannte er sich selbst.

Memduh Argöz: Wurde durch zwei Schüsse ermordet. Während der Übergabe der Leiche gab es keine Erklärung für die Familie.

Tayfun D.: Während der Flucht vom Militärdienst wurde er verhaftet. In derselben Nacht habe er dann Selbstmord begangen.

Vedat Turgay: War wegen „Fahnenflucht“ inhaftiert, wurde bei angeblichem Fluchtversuch getötet.

Maşallah Yılmaz: Auf dieselbe Weise wie Vedat Turgay ermordet.

Burhan Güzelaydın: Beging angeblich Selbstmord. Die Autopsie ergab, dass er an den Folgen von Folter starb.

Diese tragischen Fälle sind nur ein paar Beispiele. Sie zu deuten, bedarf es keiner Hellseherei. Sie bilden wohl nur einen Bruchteil der realen Vorkommnisse ab.

d) Auswirkung des Kriegstraumas

Gründe für Selbsttötungen und Morde in den Militärkasernen sind die Folgen des dreißigjährigen Krieges. Die Aussage eines Militärarztes ist in dieser Hinsicht bemerkenswert: In den kurdischen Gebieten, auf die sich der Krieg besonders konzentriert, würden sieben von zehn Soldaten unter Kriegstraumen leiden. Zwischen 1990 und 2000 wären über 35 000 Soldaten wegen Krisen in verschiedenen Krankenhäusern und Rehabilitationszentren erfasst werden. Die Zahl der nicht erfassten Soldaten werde auf fünf Mal höher geschätzt. Der Generalstab verweigert eine Erklärung dazu. Wie viele Soldaten, die unter Kriegstraumen litten, haben sich umgebracht? Wie viele Menschen haben sie um sich herum umgebracht, als sie wahnsinnig wurden? Dazu gibt es keine Statistik. Tausende US-Soldaten, die in Vietnam eingesetzt gewesen waren, litten später unter dem „Vietnam-Syndrom“. Tausende von ihnen töteten sich selbst oder wurden wahnsinnig. Man vermutet für die Türkei noch schwerere Syndrome. Die Einzelbeispiele für die Selbsttötungen und die aufgetretenen psychischen Defekte bestärken mich in meiner Argumentation.

e) Die ethnische Diskriminierung

Der kurdische Soldat F. B. erzählt über seinen Militärdienst in Tekirdağ (Lüleburgaz): „Ein Oberoffizier sagte zu mir: ‚Wenn ich will, kann ich dich hier töten.‘ Er hat mich mit dem Tod bedroht. In meiner Division ist ein Freund namens K. B. aus Erzurum geflüchtet, weil er jedes Mal vom Divisionskommandeur H. U. beschimpft und bedroht wurde. Ein anderer Freund aus Erzurum namens Y. Z. hat durch das Aufschneiden der Pulsadern versucht, Selbstmord zu begehen. Als ich es wie meine Freunde aus Erzurum auch nicht mehr ertragen konnte, habe ich versucht, während des Wachdienstes mit meiner Waffe zu flüchten. (…) Unser Kompaniekommandant beschuldigte während der Ausbildung die kurdischen Soldaten immer als Vaterlandsverräter, als sie keine Antworten auf bestimmte Fragen geben konnten. Auch mein Freund H. D. und ich wurden so beschimpft, als wir nicht antworten konnten. (…) Was ich alles erlebt habe, hat meinen psychischen Zustand beeinträchtigt. Nachts, in meinen Träumen, sah ich immer, wie mein Kommandant mich tötete.“

Es gibt viele Geschichten wie diese. Das ist wichtig, um besser verstehen zu können, wie in den Kasernen ethnische Diskriminierung erlebt wird, und dass man erfährt, welche Traumen sie bei Menschen bewirkt. Ich denke, dass es deswegen viele Selbstmorde und Morde gibt.

f) Statt Schluss

Gegenüber den Fällen der Selbsttötung sehen wir noch einmal die Banalität der Phrase: „Wenn man sterben muss, dann für das Vaterland.“ Auch die Floskel „Jeder Türke wird geboren und lebt als Soldat“ ist demgegenüber Konkurs gegangen. Diejenigen, die davon träumen, mit dem Märtyrertum gekrönt zu werden, können es nicht verstehen. Weil der unfolgsame Tod für alle heiligen Bücher Sünde, nach allen militärischen Maßgaben verboten ist. Genau hierin besteht der vollständige Sinn des Freitods. Sie haben das Recht, diese Sache unter die Lupe zu nehmen. Die Soldaten, die sich in den Kasernen selbst umbringen, sind an den Grenzen ihrer Belastbarkeit angekommen mit dem, was sie erlebt haben. Womit können wir es sonst erklären, dass auf eine so wertvolle Existenz wie das Leben verzichtet wird? ♦

Zahl der kurdischen Häftlinge in iranischen Todeszellen auf vierzehn erhöht

Todesstrafe: Ihsan Fetahiyan im Iran durch den Strang ermordet

Quelle: ANF

Das iranische Regime hat am 11. November einen weiteren kurdischen Häftling im Gefängnis von Sine, einer Stadt in Ost-Kurdistan, hingerichtet. Ihsan Fetahiyan war vor etwa acht Monaten in Kamyaran von iranischen Sicherheitskräften unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der „Partei des Freien Lebens" (PJAK) gefangen genommen worden. Zunächst wurde er zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, was später jedoch in die Todesstrafe umgewandelt worden ist. Aufgrund der Folter, der Ihsan Fetahiyan ausgesetzt gewesen war, hatte sich seine gesundheitliche Verfassung gravierend verschlechtert.



Kurz vor seiner Hinrichtung in den frühen Morgenstunden des 11. November hinterließ **Ihsan Fetahiyan** einen Brief, den wir nachfolgend wiedergeben:

„Am Abend, kurz bevor die Sonne unterging, forderten mich einige Sonnenstrahlen auf, diesen Brief zu schreiben. Die abgefallenen Blätter, die wir im Herbst auf dem Boden finden, geben ein sonderbares Geräusch von sich, wenn man über sie läuft. Diese Geräusche rufen mich zu sich. Sie sagen ´lass die Blätter fallen`.

Die aktuelle Situation trägt die ersten Zeichen des Weges zur Freiheit. Ich hatte niemals Angst vor dem Tod. Ich fühle die Wärme des Todes und kenne sie. Denn der Tod ist mein ältester Freund.

Ich bin in Kirmanshah als ein Kind dieser Menschheit zur Welt gekommen. Dort lernte ich zu leben. Dort lernte ich auch die Unterdrückung kennen und den Unterdrücker. Deswegen habe ich sehr lange Strecken zurückgelegt, um aus dieser Situation herauszukommen. Aber leider waren alle Wege für mich versperrt. Ich wurde sowohl meines Daseins als auch meiner Identität beraubt. Das zwang mich, ins Ausland zu flüchten. Ich wurde zu einem Guerilla Kurdistans.

Ich habe mich aber niemals dem Ort, an dem ich geboren wurde, entfremdet. Einmal nur wollte ich diesen Ort erneut besuchen und wurde verhaftet. Aufgrund der grausamen Folter und der unmenschlichen Behandlung, die mir angetan wurden, begriff ich, dass das Ende dieses Weges nun der Tod sein wird.

Nachdem ich lange Zeit unter der Folter gelitten hatte und unter strengen Isolationshaftbedingungen gefangen gehalten worden war, wurde ich zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Die Richter des Gefängnisses in Sine wandelten diese zehnjährige Gefängnisstrafe jedoch in die Todesstrafe um. Als ich diese Richter zum letzten Mal zu sehen bekam, sagten sie mir, sie würden diese Todesstrafe exekutieren, die keine juristische, sondern eine politische Strafe sei.

Wenn die Unterdrücker denken, dass sie durch meinen Tod sowohl Kurdistan als auch das kurdische Problem aus dem Weg schaffen werden, so möchte ich ihnen sagen, dass dies ein falscher Traum ist und sie sich irren. Niemals werden sie durch meinen Tod oder auch den Tod von tausenden anderen Jugendlichen wie mir ihr Ziel erreichen. Jeder Tod bringt ein neues Leben mit sich."

PJAK verwarnt den Iran wegen der Todesstrafe

Die PJAK gab aufgrund der Hinrichtung Ihsan Fetahiyans mit einer schriftlichen Erklärung eine scharfe Stellungnahme gegen das iranische Regime ab. Darin wird unterstrichen, dass auch aus den Entwicklungen während der Präsidentschaftswahlen keine Lehre gezogen worden sei. Die schon immer gegen die kurdische Bevölkerung angewandte klassische Politik werde fortgesetzt.

In der Erklärung heißt es weiter: „Die Hinrichtung Ihsan Fetahiyans ist in keiner Weise mit dem Recht, der Rechtsprechung oder den Menschenrechten zu vereinen. Dies ist eine große Ungerechtigkeit, die nicht einem Individuum, sondern einer ganzen Bevölkerungsgruppe angetan wird. Hinrichtungen werden weder für das iranische Regime noch die im Iran lebenden Völker eine Bereicherung sein. Zweifellos handelt es sich hier um eine politische Entscheidung. Es handelt sich nicht nur um die Hinrichtung einer Person, sondern um die Hinrichtung eines ganzen Volkes. Wir als KurdInnen sehen diese Hinrichtung außerhalb aller ethischen, menschlichen und islamischen Werte. Wem hat es nun gedient, einen jungen Menschen umzubringen? Wir rufen

unsere Bevölkerung dazu auf, gegen diese unmenschliche Vorgehensweise aufzustehen und nicht still zu bleiben. Wir rufen die Bevölkerung dazu auf, sich zu organisieren, um gemeinsam ´Jetzt reicht es!` zu rufen. Die Bevölkerung sollte ihre Haltung auf eine demokratische Weise im Rahmen demokratischer Aktionen ausdrücken. Alle sollen wissen, dass die Hinrichtung Ihsan Fetahiyans eine gewalttätige Phase nach sich ziehen kann.

Auch das iranische Regime soll wissen, dass es erneut ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat. Mit solchen Beschlüssen werdet Ihr es nicht schaffen, das kurdische Volk einzuschüchtern oder es seiner Stimme zu berauben. Wir als Partei des Freien Lebens möchten den Iran ein letztes Mal verwarnen. Wir rufen den Iran dazu auf, von solchen Angriffen auf die kurdische Bevölkerung abzusehen. Anderenfalls wird die Freiheitsbewegung des kurdischen Volkes demgegenüber nicht ruhig bleiben. Solche Hinrichtungen werden das kurdische Volk nicht davon abhalten, seine legitimen Rechte zu fordern. Wegen des herrschenden Regimes, das seine Macht über Kurdistan ausüben, die Bevölkerung und das Land in seine Gewalt bekommen und herumkommandieren will, befinden sich gegenwärtig zehntausende Kurdinnen und Kurden in den Bergen Kurdistans. Sie verfolgen das Ziel, ihre legitimen Rechte zu erlangen. Und bis sie dies geschafft haben, wird auch ihr Kampf weiter andauern. Die Zahl dieser Jugendlichen auf den Bergen wächst und wird sich auch in Zukunft mit jedem weiteren Tag erhöhen. Deswegen rufen wir alle im Iran lebenden Völker dazu auf, mit demokratischen Mitteln gegen diese antidemokratische Praxis des iranischen Regimes vorzugehen."

Zeynep Celaliyan, eine weitere kurdische Gefangene, die auf die Vollstreckung der Todesstrafe wartet

Zeynep Celaliyan aus Mako war Mitte 2008 in Kirmanshah unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PJAK verhaftet worden. Von dem Revolutionsgericht, vor das sie am 14. Januar 2009



treten musste, wurde sie zum Tode verurteilt. Celaliyan wurde in einer siebenminütigen Gerichtsverhandlung ohne rechtlichen Beistand verurteilt. Diese Todesstrafe wurde anschließend vom „Hohen Iranischen Gericht" bestätigt. Celaliyan bat am 26. November 2009 in einem Brief an Frauen- und Menschenrechtsorganisationen um Hilfe. Der Brief wurde mit Hilfe der Familie an die Öffentlichkeit gebracht:

„Ich bin eine 27-jährige Kurdin. Als politische Gefangene werde ich im iranischen Gefängnis festgehalten. Die Todesstrafe, zu der ich verurteilt worden war, wurde anschließend vom ´Hohen Iranischen Gericht` bestätigt. Gegenwärtig werde ich unter sehr schlimmen Bedingungen festgehalten. Ich bin permanent der Folter und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt. Es wurde eine Verhandlung durchgeführt, die nur dazu diente, der Verurteilung einen juristischen Anstrich zu geben. Im Anschluss an die Gerichtsverhandlung, die nur einige Minuten dauerte, wurde ich zum Tode verurteilt. Ich hatte noch nicht einmal einen Rechtsanwalt zur Verteidigung. Das Gericht sagte mir: ´Du bist eine Feindin Allahs und bald wirst du wie alle Feinde Allahs hingerichtet werden.´ Alle Richter, die an der ´Verhandlung` teilnahmen, sprachen sich für die Todesstrafe aus. Ich bat den Richter um Erlaubnis, Abschied von meiner Mutter und meiner Familie zu nehmen. Er antwortete mir mit ´Halt die Schnauze!´ und wies mich zurück. Ich bitte alle Menschen- und Frauenrechtsorganisationen darum, sich für mich einzusetzen. Ich bitte um Hilfe."

Kampagnen in Europa und der Türkei

Vor etwa einem Jahr begann das „Kurdische Frauenbüro für Frieden – Ceni e.V." mit einer Kampagne für die Freilassung Zeynep Celaliyans. Im Rahmen einer europaweiten Unterschriftenaktion sowie mit vielen regionalen und überregionalen Informationsständen, Aktionen und Kundgebungen soll auf die antidemokratische Haltung des iranischen Regimes hingewiesen und um mehr Unterstützung für die Freilassung Celaliyans geworben werden. Unterstützt wird diese Kampagne von zahlreichen kurdischen Frauenvereinen in Europa.

Nach dem Hilferuf Celaliyans ließ auch die „Fraueninitiative für den Frieden" gemeinsam mit einer Reihe von Menschen- und Frauenrechtsorganisationen verschiedene Aktionen anlaufen. Geplant ist zunächst, Gespräche mit Menschenrechtsorganisationen – darunter auch amnesty international – zu führen, um über die Situation zu informieren und in einem breiteren Spektrum zu mobilisieren. Das erste Ziel soll die Aussetzung der Todesstrafe Celaliyans sein. Des Weiteren wird in den nächsten Tagen auch in der Türkei eine speziell für Celaliyan geführte Kampagne beginnen.

Im Zusammenhang mit der Vollstreckung der Todesstrafe im Iran wurde nun auch der kurdische Lehrer **Eli Heyderiyan** vom Evin-Gefängnis in Teheran, in dem er gefangen gehalten wurde, an einen bisher unbekannten Ort verlegt. Es wurde in Erfahrung gebracht, dass Heyderiyan zur Kollaboration aufgefordert worden war, verbunden mit der Drohung, ansonsten wie Fetahiyan zu enden.

Eli Heyderiyan war zusammen mit den kurdischen Lehrern **Ferzad Kemanger** und **Ferhad Wekili** im Juli 2006 verhaftet und im Februar 2008 zum Tode verurteilt worden. Damit erhöhte sich die Zahl der kurdischen Häftlinge in iranischen Todeszellen auf zurzeit vierzehn. Nach der Exekution Ihsan Fetahiyans wurden die Hinrichtungen **Hebibulla Letifvis** im selben Gefängnis und **Serko Maarfis** im Gefängnis von Seqiz ausgesetzt. ♦

Der Genozid von Dersim 1937–38 und die Aleviten-Konferenz

Aufklärung über das Massaker von Dersim gefordert

Erdal Er

Am 19. November 2009 fand im Europäischen Parlament eine Konferenz unter dem Motto „Dersim 1937–38, die Aleviten, die Rolle des Staates" statt, die sich mit dem Genozid an den Aleviten und den Menschen aus Dersim 1937–38 beschäftigte. Organisiert von der Fraktion DIE LINKE im Europa-Parlament, „Dersim Yeniden İnşa Derneği"(Verein zum Wiederaufbau von Dersim) und die Föderation der demokratischen Aleviten. Nach 71 Jahren ist das Trauma noch immer in der Gesellschaft präsent: mehr als 90 000 Tote, Zehntausende Invaliden und Kinder, die als „Kriegstrophäen" entführt und in Kasernen gebracht wurden. Und es wird immer noch weiter gemordet ...

Wir wissen weder die genaue Zahl der Toten noch wo ihre Gräber sind. Das im Jahre 1938 von der Welt im Stich gelassene Dersim will nun kein Mitleid, sondern Gerechtigkeit.

Zwischen 1914 und 1945 erlebte die Menschheit einen dunklen Abschnitt ihrer Geschichte. Ereignisse, welche sich in dieser Zeitspanne abgespielt haben, sind noch immer in unserem Gedächtnis, und das Trauma ist noch immer nicht überwunden. Das Nazi-Regime, Verursacher des Zweiten Weltkriegs, versetzte die gesamte Welt in Schrecken. Dieser Krieg hat vieles zerstört. Millionen Menschen verloren ihr Leben, und die Nazis haben Wunden, die nur schwer zu heilen sind, hinterlassen.

Um diese Wunden heilen zu können, wurden die Opfer nicht vergessen, und die Täter wurden mit ihrer Geschichte konfrontiert. Neben dem Zweiten Weltkrieg hat es auch in vielen anderen Gebieten Völkermorde gegeben, jedoch haben sich fast alle betroffenen Gesellschaften und Staaten mit ihrer Geschichte konfrontiert. Es wird an diese Völkermorde erinnert, es wird an die Opfer erinnert, Staaten haben sich gegenseitig entschuldigt, es wurden Entschädigungen geleistet und Denkmäler für die Opfer errichtet. Es wurden Filme gedreht und Bücher geschrieben.

Auch wenn es eine Ausnahme ist, man wollte den Genozid von Dersim 1938 in Vergessenheit geraten lassen. Dieser Völkermord sollte im Schatten des Zweiten Weltkrieges vergessen werden. Auch nach 71 Jahren will man sich daran nicht erinnern. Nicht nur die Welt hat den Völkermord in Dersim vergessen, auch manche Menschen aus Dersim selbst haben ihn vergessen, und das schmerzt am meisten.

Noch immer reden die Kurden aus Dersim nur untereinander über diesen Völkermord. Sie trauern noch immer um die Toten. Jedoch wollten sie dieses Verbrechen eigentlich vergessen. Auch wenn die Täter es vergessen lassen wollen und die Opfer es hingenommen haben, nun tragen die Enkelkinder der Opfer diesen Genozid auf die internationale Bühne.

Deswegen wurde, wie auch vergangenes Jahr, der Dersim-Genozid im Europäischen Parlament im Rahmen einer Konferenz unter dem Motto „Dersim 1937–38, die Aleviten, die Rolle des Staates" behandelt. Sie fand zu einer Zeit statt, in welcher der Dersim-Genozid in den Medien präsent ist. Onur Öymen, Abgeordneter und wichtiger Funktionär der CHP, schlug am 10. November im türkischen Parlament „Dersim 38" als Lösungsmodell für die kurdische Frage vor und musste daraufhin Kritik aus der Bevölkerung hinnehmen.

Verschiedene RednerInnen aus der Türkei und aus Europa waren geladen, die über fundierte Kenntnisse zum Thema verfügten. Es ist sehr wichtig, dass Kurdinnen und Kurden ihre leidvolle Geschichte auf internationaler Ebene diskutieren können. Natürlich kann man diese Geschichte nicht mit einer Konferenz völlig durchleuchten und alles aufklären. Noch immer wird die bloße Existenz der Kurden in der Türkei als „Problem" angesehen und sie werden mit allen Mitteln bekämpft.

Es ist aber nicht möglich, eine friedvolle Zukunft zu schaffen, ohne sich mit der Vergangenheit auseinandergesetzt zu haben und ihr ins Gesicht zu sehen. Die Frage, die beantwortet werden muss, ist also: Was geschah wirklich in Dersim im Jahre 1938?

Dabei handelt es sich um einen Völkermord, der vom türkischen Staat geplant und auch durchgeführt wurde. Viele Opfer und Zeitzeugen, das im Jahre 1935 erlassene „Tunceli Kanunu" (Dersim-Gesetz), die Militärakten und der Parlamentsbeschluss vom 4. Mai 1937 sind Beweis genug, um dies zu belegen. Wenn all dies zutrifft, sollten wir uns mit der Definition des „Genozids" näher beschäftigen. Die Vereinten Nationen erkannten diesen im Jahre 1948 in ihrer „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" als ein Verbrechen gemäß internationalem Recht an.

Auf der Grundlage dieser Konvention wurde definiert, dass eine Handlung mit der Absicht, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche

ganz oder teilweise zu zerstören“, als Völkermord bezeichnet wird:

1. Mitglieder der Gruppe werden getötet;
2. Mitgliedern der Gruppe werden schwere körperliche oder seelische Schäden zugefügt;
3. der Gruppe werden Lebensbedingungen auferlegt, die geeignet sind, deren körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
4. Maßnahmen zur Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe werden ergriffen;
5. Kinder der Gruppe werden gewaltsam in eine andere Gruppe überführt.



Auf einer Kundgebung in Istanbul fordern KESK, TMMOB, DTP, ODP, SDP, EMEP, TKP, PS und viele mehr Aufklärung über das Massaker von 1938 in Dersim, Dezember 2009
Foto: DIHA

Noch viel mehr als diese in den fünf Punkten der UN-Konvention genannten Verbrechen wurden in Dersim verübt. Der kulturelle Genozid ist ein weiterer Aspekt dieser Sache. Da ein Genozid nicht nur die physische Ausschaltung aller Individuen einer Gesellschaft bedeutet, ist also auch das, was in Dersim gemacht wurde, als Genozid einzustufen. Gab es in Dersim politische und soziale Verbote? Gab es nationale, kulturelle und religiöse Zerstörungen? Wurden die Dörfer zerstört und abgebrannt, die Namen aller Ortschaften verändert und die Menschen in den Sammellagern in Massen getötet? Wurden die Menschen zum Exil gezwungen? Geschah das alles oder nicht?

Wurden alle möglichen Arten der Assimilation dort angewandt? Da all dies nachweisbar ist, ist es die Aufgabe der Türkei, sich mit Dersim 1938 zu konfrontieren und dem ins Gesicht zu sehen. Sie muss sich ihrer eigenen Geschichte stellen und die Opfer entschädigen. Denn das Gedächtnis der Opfer lebt und sie verlangen nach Rechenschaft. Schließlich wurde der Genozid vom Staat aus geplant und durchgeführt. Da dies ein Verbrechen war, muss die Türkei dafür Rechenschaft ablegen.

All dieses und sehr viel mehr wurde auf der Konferenz besprochen. Ihre Schlussresolution formulierte konkret wichtige Forderungen. In der Zusammenfassung:

1.) Der türkische Staat muss sich mit der eigenen Geschichte konfrontieren und dem ins Gesicht sehen. Deswegen ist es nötig, alle bisher geheim gehaltenen Archive der Öffentlichkeit freizugeben. Alle Opfer dieses Genozids sind auf der Grundlage ihrer internationalen Rechte zu entschädigen.
2.) Am 17. November 1937 wurden in Elazığ Seyid Riza, sein Sohn und viele andere Menschen aus Dersim erhängt, ihre Gräber sind unbekannt. Es muss geklärt werden, was mit ihren Leichnamen passiert ist. Den Angehörigen muss Auskunft über ihren Verbleib gegeben werden.
3.) Während des Genozids wurden kleine Kinder von Soldaten mitgenommen. Von diesen Kindern fehlt seitdem jede Spur. Es muss aufgeklärt werden, was mit ihnen geschah und wo sie sich heute befinden.
4.) Alle Unterlagen zum Genozid von Dersim, die sich in der Hand des türkischen Staates, der EU-Staaten, der USA und der Russländischen Föderation befinden, müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die EU sollte zu einer Lösung beitragen.
5.) Die Sozialistische Internationale muss die Mitgliedschaft der CHP sofort beenden, weil diese der Türkei offiziell den Vorschlag unterbreitete, die Kurden einem Genozid wie in Dersim auszusetzen.
6.) Sofortiger Stopp und Rücknahme aller Pläne und Bauarbeiten für die in der Region Dersim geplanten Staudämme, welche die Zwangsumsiedlung für die Menschen dort bedeuten. Der Name „Dersim“ muss anerkannt werden.
7.) Die „cemevleri“, in denen die Aleviten ihre Gottesdienste und Andachten abhalten, müssen staatlicherseits unter rechtlichen Schutz genommen und den Moscheen und Kirchen gleichgestellt werden. Religion muss als Zwangsunterrichtsfach abgeschafft werden.
8.) Das „Präsidium für Religionsangelegenheiten“ in der Türkei muss abgeschafft werden. Außerdem muss vom Moschee-Bau in alevitischen Dörfern abgesehen werden. Die Assimilationspolitik, der Aleviten ausgesetzt sind, muss ebenfalls beendet werden.
9.) Das 1993 in Sivas in Brand gesetzte Hotel Madimak, in dem 33 Intellektuelle und Künstler verbrannten, muss zu einem Museum gemacht werden.
10.) Das Projekt der „demokratischen Öffnung“ darf nicht zu einem Spiel des türkischen Staates verkommen. Die Lösung der kurdischen Frage darf nicht hinausgezögert werden. Die wichtigste Veränderung in diesem Sinne wäre eine Änderung der Verfassung von 1982. Darin sollte eine multiethnische, multikulturelle und multireligiöse Türkei gesetzlich verankert werden. Eine dauerhafte und demokratische Lösung der kurdischen Frage ist nur auf diese Weise möglich. ♦

Der KJB nach seinem 4. Kongress

Die kurdische Frau steht für die Freiheit der Gesellschaft ein

Ronahi Serhat, Koordinationsmitglied des *Hohen Frauenrats* KJB, im Interview mit Arya Andok, ANF

Nach dem 4. KJB-Kongress fand eine Versammlung Ihres Exekutivrats statt. Wie bewerten Sie die Positionen vor allem der Türkei sowie der internationalen Kräfte? Und wie stufen Sie deren neue Politik in der kurdischen Frage ein?

Gegen alle Strategien der Verleugnung, Vernichtung und Gewalt hat die kurdische Frage eine wichtige Wandlung erfahren. Mit dem entschiedenen Widerstand unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan für den freien Willen und gegen das Unterdrückungs- und Isolationssystem auf Imralı, dem Kampf unserer für die Freiheit Gefallenen und nicht zuletzt der Aneignung des Kampfes durch das kurdische Volk, vor allem der Frauen, begann in der Türkei ein Diskussionsprozess. Dieser Kampf spiegelte sich in den Resultaten der Kommunalwahlen vom 29. März 2009 wider. Anschließend eröffneten wir eine einseitige Waffenruhe, die wir seit dem 13. April 2009 einhalten. Damit ist dieses Problem natürlich nicht zu lösen.

Die kurdische Frage wurde aus historischen Gründen zu einer regionalen wie auch einer internationalen Angelegenheit. Ohnehin beruht die Gründung der PKK-Bewegung unter Abdullah Öcalan auf diesem historischen und gesellschaftlichen Hintergrund. Im Falle eines fortdauernden Krieges müssten für einen würdigen Frieden und eine demokratische Konfliktlösung eigentlich mit den tatsächlich Beteiligten, d. h. mit der PKK und unserer Leitung, Verhandlungen aufgenommen werden. Daneben können demokratische Organisationen, NGOs, politische Parteien eingebunden werden. Ziemlich eindeutig werden der türkische Staat und die AKP-Regierung mit ihrer Verleugnungs- und Vernichtungspolitik unter Ausschluss unserer Führung und unserer Bewegung definitiv keinen kleinen Schritt weiter vorankommen.

Seit dem Beginn dieser Phase hat der Staat bis dato nicht einen gut gemeinten praktischen Schritt unternommen. Die Militäroperationen dauern an, die Bevölkerung unterliegt politischem Druck, zahlreiche Menschen werden verhaftet, Dorfschützer und Kontraguerillas (JITEM) sind wieder aktiv im Mordgeschäft. Am auffälligsten ist, dass es bisher keine verfassungsmäßigen Änderungen gab. Die enthusiastische demokratische und kurdische Menschenmenge, die unseren Friedensbotschaftern entgegenkam, hat absurderweise die Türkei gekränkt. Und so haben sie daraus, statt es primär als Öffnung der festgefahrenen Politik zu betrachten, die politische Eskalation abgeleitet. Sie diktieren uns, leise und lautlos zu kommen. Als ob die Frauen und Männer, die in die Berge gegangen waren, deren Jahre dort verstrichen, die ihr Leben widmeten, als ob diese Menschen keinerlei politische Absichten hätten. Als ob unsere einzige politische Bestimmung die wäre, einfach nach Hause zurückzukehren! Wer die Situation so darstellt, ist nichts weiter als frivol, unverantwortlich und fern jeder Moral.

Wir als KJB denken, dass sich eine historische Gelegenheit zur Lösung der kurdischen Frage ergeben hat. Dieser Frage historisch und sozial angemessen müsste die Türkei ihre bisherige Staatspolitik aufgeben und eine demokratische innovative Politik verfolgen. Demnach muss die Roadmap des Ansprechpartners in dieser Angelegenheit, unseres Vorsitzenden, umgehend der Öffentlichkeit übermittelt und damit in den Prozess einbezogen werden.

Wie denken Sie darüber, inwieweit Sie als Frauenbewegung zum Friedensprozess beitragen werden?

Von den ausgesandten Friedensbotschaftern stammen vier Frauen aus unseren Reihen. Sollte jedoch nicht von einer Liquidation abgesehen und unser Vorsitzender nicht als Gesprächspartner beteiligt werden, lautet der Kongressbeschluss unserer Frauenbewegung: „Nicht eine einzige Guerillera wird aus den Bergen hinabsteigen.“ Gestützt darauf sind für uns die Teilnahme der Frauen in den Reihen der Guerilla und die Ausweitung der legitimen Verteidigung, neben weiteren Freiheitsarbeiten, von äußerster Relevanz.

In den letzten Monaten ist die Türkei um eine diplomatische Offensive bemüht, indem sie die Beziehungen zu ihren Nachbarn, der Russländischen Föderation und internationalen Kräften auf ein maximales Niveau hochfährt. Der Sinn ist, unsere Bewegung nach innen und außen zu marginalisieren. Da nicht eine einzige kurdische Frau sich von der Freiheit lossagen wird, wird ihr zu mobilisierendes soziales Handlungspotential, ihre ‚Serhildan-Haltung‘, d. h. ihr Widerstand, die optimale Antwort auf diesen diplomatischen Vorstoß darstellen. Wir erklären uns dazu bereit, mit Leib und Seele für die Freiheit der Gesellschaft und diesen Prozess einzustehen. Auf unserer diesjährigen ersten KJB-Exekutivratsversammlung, kurz nach dem 4. Frauenkongress im Juni, haben wir die politische Situation umfassend bewertet und unsere künftige Politik geplant.

Welche Aufgaben haben Sie sich als KJB vorgenommen, um in der Bevölkerung die Basis für den Demokratischen Konföderalismus schaffen zu können? Ist Ihr Organisierungsgrad ausreichend?

In der gegenwärtigen Situation ist das kapitalistische System intensiv darum bemüht, alle dynamischen Bereiche der Gesellschaft zu neutralisieren. Während die Beziehung von Kapital und Macht das System nährt und ausbaut und dies geradezu kultiviert, wird die Frau hierbei als wirksamste Waffe benutzt. Die Frau ist nicht nur Meta-Objekt, sondern in Verbindung mit der Institution Familie gleichzeitig Grundbaustein für die Verbreitung und Kontinuität der kapitalistischen Kultur. Das System, das zuallererst die Frau schlägt, verbreitet sich daraufhin in sämtliche gesellschaftlichen Bereiche. Krieg, Dressur mit Hunger, Armut, Gewalt, Repressalien gegen organisierte Teile der Gesellschaft, Verhaftungen usw. sind im System inbegriffen und obligat. Um als Frau dagegen einen starken Willen zu präsentieren, bedarf es einer effektiven radikalen Haltung gegen das System.

Dieser Kampf bedeutet, die Gesellschaft zu gewinnen und ihr die wieder erstehenden Werte als humane Werte anzubieten – Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. So wie in der Phase der Nationalstaatsbildung mit der Französischen Revolution Losungen wie Gleichheit und Freiheit bestimmend waren, wird in unserer Zeit die dynamische, beharrliche, wiederauflebende und nichts anderes als ihre Knechtschaft zu verlieren habende Frau die demokratische Nation erschaffen und die Frau befreien. Wie die individuelle Realisierung von Demokratie und Freiheit und diese neue gesellschaftliche Kultur nicht von Zauberhand entstehen, können die Einzelnen auch nicht plötzlich repressionsfrei leben. Infolgedessen ist die Frage der Freiheit der Frau gesellschaftlicher Natur. Es ist darum keine in der Frau selbst verwurzelte Angelegenheit. In der 5 000-jährigen Geschichte des vom Manne aus Betrug, Lüge und Zwang geformten Systems war die Zeugung die einzige Berufung der Frau gewesen. Der Kapitalismus hat für sie die Funktion einer kostengünstigen Ware.

Die Freiheit der Frau ist mit der Lösung der sozialen Fragen möglich

In der Frage der Freiheit der Frau ist es ihr Anliegen, gegen die auf Macht und Herrschen konzentrierte Mentalität des Mannes die Demokratie zu errichten und die Gesellschaft aufs Neue moralisch zu festigen. Von nun an ist das Haus der Frau nicht mehr von vier Wänden eingegrenzt. Die Familie der Frau setzt sich aus der Gesellschaft zusammen, in der sie lebt. Wenn die sozialen Fragen gelöst werden, wird auch die Frau in Hinsicht auf Demokratie und Freiheiten in Sicherheit sein. Es geht hier nicht darum, ausschließlich die Frau zu befreien. Mit der Frau wird auch die Gesellschaft befreit. Die sexistische Gesellschaft wurde errichtet, indem die Frau gestürzt und versklavt wurde. Und gerade hier einen Umkehreffekt zu erzielen, sollte die Frau in den Besitz von Identität, Kraft und Willen gebracht werden. Wenn wir von der Errichtung eines konföderalen Systems sprechen, erörtern wir, wie die Frau sich organisiert, ihre politischen Instrumente konstruiert und wie sie ihre Bildungsstätten anlegt. Wir halten es für wichtig, dass Frauenräte, Kommunen, je nach Notwendigkeit NGOs sowie Vereine gegründet werden. Das KJB-System ist ein Gefüge, das unsere Frauenehre verteidigt, angefangen von den kleinsten Siedlungen bis zur gesamten Gesellschaft. In diesem System ist vorgesehen, dass sich Diskussions- und Entscheidungsrahmen vom Fuße der Gesellschaft her entwickeln. Es ist wichtig, dass die Frau sich zu einer direkt Politik praktizierenden sozialen Kraft herausbildet. Unser Vorsitzender hat zur Bewältigung der ideologischen, systemischen und sozialen Krisen der Gesellschaften wie der Staaten – dies macht er insbesondere am Beispiel des Nahen Ostens verständlich – eine neue Wertereihe geschaffen. Die Entwicklung der kurdischen Frauen, des Niveaus ihrer Organisierung und Bewusstwerdung, bedeutet zugleich, den schmutzigen Staatsführungen des beherrschenden Systems den Kampf zu erklären und ein Projekt des freien Lebens zu errichten. Die kurdischen Frauen sind, insbesondere durch ihre Rolle bei den ‚Serhildans' [*Volksaufständen*] und andererseits ihre führenden Positionen im Freiheitskampf des kurdischen Volkes, zu einer ernsthaften politischen Kraft geworden.

Gegen die Organisierung der Frau antwortet das System mit Repressalien

Gewiss haben gegen die politische Kraft der kurdischen Frau die Repressalien der herrschenden Kräfte, Gewalttätigkeiten und Taktiken zur Assimilation des Systems zugenommen. So wie das System die Kurden nach seiner Vorstellung gestalten will, will es auf dieselbe Art und Weise, durch die Bildung diverser Organisierungen, diesen radikalen Abschnitt der Frauen neutralisieren. Daher wird bei jeder entstehenden Konfrontation gegen das System auf Gewalt nicht verzichtet. Die vor kurzer Zeit einsetzenden Belästigungen kurdischer Politikerinnen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, mehrjährigen Haftstrafen für schlichte Parolen, Bußen gegen Steine werfende Kinder, alle diese Praktiken zielen darauf ab, uns dazu zu bringen, uns von der Freiheit loszusagen. Unser Vorsitzender hat die Denkart des Systems, dessen ideologische Absichten, militärische und politische Linie entziffert. Zur Demokratisierung der Gesellschaft und der Politik, der gerechten Verteilung in der Wirtschaft, der Lösung von Umweltfragen knüpfen wir als Freiheitsbewegung der Frau an die „demokratisch-ökologische geschlechterbefreiende Lebensphilosophie" an. Um diese Philosophie zur gesellschaftlichen Lebenshaltung zu machen, beabsichtigen wir, die Gesellschaft neu zu gründen. Da dies mit einzelnen, nichtorganisierten Individuen schwer zu realisieren ist, kann lediglich ein organisiertes Vorgehen gegen das brutalisierte herrschende System erfolgreich sein. Daher haben wir in unserer Versammlung die Frauenräte, die politischen Akademien und Kooperativen, d. h. Genossenschaften zur Lösung ökonomischer Fragen, behandelt. Durch die Kritik ungeeigneter Faktoren haben wir die Gründe für

Entwicklungshindernisse genauestens untersucht und unter der Rubrik „Organisierungsprobleme“ bewertet.

Was können Sie zu Ihren Beschlüssen und Ihren Planungen sagen?

Bei den Arbeiten im sozialen Bereich wird auf der Grundlage freier Frauenallianzen versucht, ein breites Organisierungsnetzwerk einzurichten. Deshalb wurden in allen vier Teilen Kurdistans und außer Landes Tagungen abgehalten. Überall wird die Organisierung auf Basis der „Befreiungsideologie der Frau“ verwirklicht. Im Rahmen der Arbeit an unserer eigenen Geschichte wurde im Winter von einer bedeutenden Menge Frauen aus unserem Kreis unter dem Thema „Wer ist die freie Frau und wie lebt sie?“ diskutiert. Die Debatten wurden aufgenommen und eine Kommission wurde mit der Niederschrift beauftragt. Mit Bezug auf die letzten Verteidigungsschriften unseres Vorsitzenden wird der „Gesellschaftsvertrag der Frauen“ nochmals überarbeitet und der Gesellschaft von Neuem zur Debatte eröffnet. Ferner wird anlässlich des 8. März eine Gesellschaftsdeklaration vorbereitet und im Nachhinein der Öffentlichkeit sowie internationalen Institutionen überreicht. Der „Weltmarsch der Frauen“ wird 2010 dank der Aktivitäten der kurdischen Frauen in der Türkei auch stattfinden. Wir messen den Vorbereitungen dafür eine große Bedeutung zu. Daneben werden wir das auf unserem 4. Kongress vorbereitete Konzept zur Frauenverfassung wegen einiger Unzulänglichkeiten überarbeiten. Eine vom KJB getrennt organisierte Kommission wird einen Entwurf für eine Frauenverfassung anfertigen.

Vorbereitungen zur kurdischen Frauenkonferenz

In Zusammenhang mit dem politischen Prozess gab es im letzten Jahr Vorbereitungen zur kurdischen Frauenkonferenz auf der Grundlage der Stärkung der nationalen Einheit unter den kurdischen Frauen. Dabei gibt es politische Hindernisse von außen, die wir jedoch zu bewältigen versuchen. Zudem werden wir zwischen dem 25. Oktober und dem 25. November Aktivitäten zum Finale der einjährigen Kampagne „Wir sind niemandes Ehre, unsere Ehre ist unsere Freiheit“ durchführen. Zweifellos beabsichtigen wir mit dieser Kampagne nicht, die kolossalen Probleme auf die Schnelle zu lösen. Wir wollen bloß, dass die Kritik an der sexistischen Gesellschaft, auf praktische Weise, als ein Ziel in die politische Agenda aufgenommen und das soziale Einfühlungsvermögen gestärkt wird. Andererseits haben wir für 2010 ein Kampagnenziel. Deshalb sammeln wir aus sämtlichen Frauenorganisationen Meinungen und Anregungen und werten sie entsprechend aus. ♦



Unermüdlich setzen sich die „Friedensmütter“ für einen gerechten Frieden ein. In Amed/Diyarbakır protestierten sie gegen die verschärften Haftbedingungen von Abdullah Öcalan und gegen die Ermordung des 23-jährigen Aydın Erdem, der bei Protesten durch Polizeikugeln getötet wurde.
Foto: DIHA

Portrait einer Frauenakademie in den Bergen Kurdistans | zweiter Teil

Lehren und lernen für ein freies, bedeutungsvolles Leben

Şervîn Nûdem, August 2009

Den ersten Teil des Artikels „Portrait einer Frauenakademie in den Bergen Kurdistans“ mit dem Titel „Kenne dich selbst und verteidige dich!“ hatten wir im letzten Kurdistan Report veröffentlicht. Hier jetzt der zweite und letzte Teil des Berichts, der uns das Leben und Arbeiten in der Frauenakademie nahebringt.

Zu Beginn eines jeden Bildungssemesters wird eine Eröffnungszeremonie veranstaltet. Bei der Abschlussfeier bekommen die erfolgreichen Absolventinnen ihre Diplome überreicht.

Das Bildungsprogramm umfasst die Prinzipien und Grundlagen der Strategie der legitimen Selbstverteidigung. Hierbei werden taktische Fragen genauso diskutiert wie philosophische und ethische. Der Inhalt des Unterrichtsplans, die Diskussionen und Dialoge innerhalb des Unterrichts zielen darauf ab, allen Beteiligten auf der Grundlage der Frauenbefreiungsideologie eine Plattform zur individuellen und kollektiven Entwicklung zu bieten. Die Herausforderung hierbei ist es – entgegen der entmündigenden Sozialisation als Frau in einer patriarchalen Gesellschaft –, eine frei denkende, entscheidungsstarke, die Ethik der Freiheit als eigene Lebensphilosophie begreifende Frauenhaltung und Geschlechteridentität aufzubauen. Es wird nach Antworten auf Fragen gesucht wie beispielsweise: Wie wollen wir leben? Wie kämpfen? Wie können Machtstrukturen und Herrschaftsdenken überwunden werden? Wie kann eine demokratisch-ökologische, geschlechterbefreite Gesellschaftsperspektive erfolgreich realisiert werden? Um sich an die Beantwortung dieser Fragen herantasten zu können, sind sowohl Ausdauer als auch die Überwindung von anerzogenen Selbstzweifeln, Untergebenheit und Minderwertigkeitsgefühlen bei Frauen notwendig. Indem jede Frau sich selbst und ihre Stärken kennenlernt, entwickelt sie Mut und Kraft zum Ausdruck und zur Selbstverteidigung. Die Persönlichkeitsentwicklung ist die Grundlage für ihren Erfolg und ein Modell für die Gesellschaft. Deshalb spielen neben den Referaten, die durch Kommissionen zu den Themen des Unterrichtsprogramms vorbereitet werden, die anschließenden Diskussionen und die Methode des Dialogs eine wichtige Rolle. Die Schülerinnen stellen hierbei einander Fragen. Sie versuchen, Widersprüche zwischen dem theoretischen Anspruch und der Umsetzung im Alltag, aber auch Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Durch den Dialog bekommen alle Anwesenden die Möglichkeit, sich selbst mitzuteilen, sich zu reflektieren und an der eigenen Persönlichkeitsveränderung zu arbeiten. Dieser Prozess wirkt sich zugleich auf die Beziehungen untereinander aus und ist ein Grundstein für die kollektive, gesellschaftliche Entwicklung.

Das Unterrichtsprogramm wird nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und den Anforderungen der politisch-militärischen Entwicklungen gestaltet. Es umfasst ideologische, politische, philosophische, soziale und militärische Aspekte. So werden innerhalb eines Semesters beispielsweise Themen behandelt wie Entwicklung der Zivilisationsgeschichte, philosophische Strömungen und Methoden, Geschichte und Gegenwart der Freiheitsbewegung und des Frauenbefreiungskampfes, Sexismus, Ökologie, Frauenpsychologie und Gesundheit, Formen des Guerillakampfes, Strategie und Taktiken der legitimen Verteidigung, Kämpferinnen- und Kommandantinnenschulung. Neben den theoretischen Unterrichtseinheiten, die jeweils von einer Kommission von Akademieschülerinnen vorbereitet, referiert und zur Diskussion gestellt werden, sind auch Sport, technische und praktische militärische Ausbildung Bestandteile des Bildungsprogrammes. Zudem gibt es besondere Kurse, in denen die Schülerinnen Lesen und Schreiben in kurdischer Sprache oder Mathematik lernen können. Denn viele von ihnen hatten entweder gar nicht oder nur kurze Zeit zur Schule gehen können, vom Unterricht in der Muttersprache Kurdisch ganz zu schweigen.

Das Hauptanliegen des Unterrichts an der Akademie *Şehit Bêrîtan* ist das bessere Verständnis der Bedeutung des individuellen und kollektiven Lebens durch gemeinsames Lernen. Denn die Wertschätzung des Lebens und der Natur, das Hinterfragen und die Überwindung von Machtstrukturen und Schicksalsergebenheit, die Analyse der Errungenschaften und der Fehler im Befreiungskampf sowie das Erkennen der eigenen Stärken und Schwächen sind ein Fundament dafür, bewusst leben und handeln zu können. Die Hauptquellen für die Unterrichtsvorbereitung stellen die Analysen und Verteidigungsschriften Abdullah Öcalans dar. Diese werden durch in der Akademiebücherei verfügbare Sachbücher zu den

jeweiligen Themen oder durch Dokumentarfilme ergänzt.

Kapitalismus und Patriarchat im Denken und Leben besiegen – ein Einblick in die Diskussionen

Momentan lesen und diskutieren die Schülerinnen der zehnten Bildungsperiode, die am 14. Mai 2009 begann, die Verteidigungsschriften Abdullah Öcalans mit dem Titel „Probleme der Überwindung der kapitalistischen Modernität und die Demokratisierung". Während das kapitalistische System sich als „notwendige, historische Entwicklungsstufe" begreift, zu der es angeblich keine Alternative gäbe, sind die Schülerinnen an der Akademie *Şehit Bêrîtan* da anderer Meinung. Die harten Lebenserfahrungen der Schülerinnen, von denen der überwiegende Teil im Alter zwischen 18 und 25 Jahren ist und sich vor 3 bis 5 Jahren dem Kampf in den Bergen angeschlossen hat, zeigen die tiefen Gräben auf, die das kapitalistische System sowohl im internationalen Kontext als auch in der Gesellschaft aufgerissen hat. Die Spaltung in Gesellschaften des „Westens" und des „Ostens", in Herrschende und Unterdrückte, reich und arm, Kapitalist und ArbeiterInnen, Mann und Frau, Regierende und Masse, Lebenswerte und Marginalisierte ist Ausdruck einer Logik, nach der „Subjekte" sich anmaßen, über die Mehrheit der Menschheit als „Objekte" zu verfügen. Durch die systemimmanente Methode der „wissenschaftlichen Objektivität" verfestigt das kapitalistische System seine Herrschaft, durchdringt das Denken und Fühlen, die Werte und das Verhalten der Menschheit. Die analytische Rationalität des eurozentristischen Denkens, die allein die Profitmaximierung anstrebt, hat die Empathie und die Solidarität des emotionalen Verstandes ausgeschaltet. Wenn wir uns vor Augen halten, dass die Ökonomie (abgeleitet vom griechischen *oíkos + nomos* = Hausregel) in der Geschichte der Gesellschaftsentwicklung durch kollektive Arbeit, materielle und immaterielle Schaffenskraft von Frauen geprägt wurde, sich an den realen Bedürfnissen der Menschen orientierte und mit dem gemeinsamen Gebrauch und Verzehr der Produkte einherging, kommen wir zu dem Ergebnis, wie Abdullah Öcalan es in einigen seiner Thesen formulierte: „Kapitalismus hat nichts mit Ökonomie gemeinsam, Kapitalismus ist die am weitesten entwickelte Form von Herrschaft. Es gibt keine menschlichen Werte und Normen, die der Kapitalismus zur Durchsetzung und Wahrung seines Profits nicht mit Füßen getreten hätte. Kein System konnte bislang das Individuum so sehr in seine Gefangenschaft nehmen, wie die ideologische Hegemonie des Kapitalismus."

In der Diskussion während des Unterrichts berichten Freundinnen aus allen vier Teilen Kurdistans davon, auf welche Weise das kapitalistische Herrschaftssystem ihr Leben und ihre Wahrnehmung der Welt vor ihrem Anschluss an die Guerilla beeinflusst hat.

Leyla aus der ostkurdischen Stadt Urmiye, die wie viele Mädchen im Iran im Kindesalter anfing, in einer Teppichknüpferei zu arbeiten, erzählt: „Wir arbeiteten in zwei Schichten, tags und nachts. Wurden wir krank, bekamen wir keinen Lohn. Wenn uns bei den Mustern auch nur der kleinste Fehler unterlief, wurden wir von den Aufsehern geschlagen. Als aufgrund dieser Arbeitsbedingungen eine Arbeiterin aus der Werkstatt floh, sperrte uns unser Boss zur Strafe ein. Ein paar Mal wurde uns kein Lohn ausgezahlt. Trotz dieser Ungerechtigkeit wagte niemand, dem Boss zu widersprechen, denn unter den ArbeiterInnen herrschte Konkurrenz um seine Gunst. Damit wir schneller arbeiteten, wurden in der Werkstatt Musik-CDs abgespielt. Es war hauptsächlich persische oder türkische Musik mit schnellem Rhythmus. Als wir einmal kurdische Musik hören wollten, bekamen wir Ärger. Meinen gesamten Lohn übergab ich immer meinem älteren Bruder. Denn ich wollte nicht, dass er aus Geldmangel mit der Grenzschmuggelei begann und dann vielleicht von den Grenzposten oder der Geheimpolizei erschossen würde. Wenn ich von der Arbeit nach Hause kam, war ich so müde, dass ich nichts denken konnte. Ich machte nur noch meine Hausarbeit und ging schlafen, um am nächsten Tag wieder aufstehen und zur Arbeit gehen zu können." Die anderen Freundinnen kritisieren Leyla, dass sie ihre Arbeit in der Teppichknüpferei, trotz der schweren ausbeuterischen Bedingungen, die sie am eigenen Leib erleben musste, als „schöne, saubere Arbeit" bezeichnet, bei der sie sich „wohlgefühlt" habe. Sie meinen, dass dieses System die Menschen so sehr an sich gebunden habe, dass Leyla nicht einmal mehr die ungerechten Bedingungen, den Zwang, unter diesen unmenschlichen Bedingungen im Kindesalter arbeiten zu müssen, infrage stellen könne. Sie stellen fest, dass der Kapitalismus den Menschen auf das technische Funktionieren in den Grenzen seines Verwertungssystems reduziere, ihn von seinem Wesen und seiner Kultur entfernt habe. Jedoch begrenze sich das kapitalistische System nicht auf die Bereiche der Produktion und des Staates, auch die Familienbeziehungen seien ein wichtiges Rad in seinem Getriebe.

Familien, die vorrangig aufgrund des Krieges und der Dorfzerstörungen durch die türkische Armee aus ihren Dörfern in Nordkurdistan in die Metropolen der Türkei fliehen mussten, sind mit dem krassen Unterschied zwischen der Kultur ihres Dorflebens und der Härte des Großstadtalltags konfrontiert. Während viele Familien sich in den Dörfern durch Ackerbau und Viehzucht auf ihrer eigenen Erde selbst versorgen konnten, wurden sie durch die Migration sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Städten auseinandergerissen. Um sich ernähren zu können, müssen häufig alle Familienmitglieder, einschließlich der Kinder, arbeiten. Sie versuchen den Lebensunterhalt der Familie zu sichern, indem sie als GelegenheitsarbeiterInnen auf der Straße oder TagelöhnerInnen in Nähwerkstätten und Fabriken oder aber als SaisonarbeiterInnen beim Nüssesammeln, bei der Baumwoll-, Tabak- und Gemüseernte ihre Arbeitskraft verkaufen.

Zozan, in Istanbul aufgewachsen, berichtet: „Wegen unserer schlechten finanziellen Situation mussten wir alle arbeiten. In der Stadt konnten wir ohne Geld nicht leben. Ich habe Tag und



„Großbäckerei" in den Kandil-Bergen Foto: Archiv

Nacht in einer Textilfabrik gearbeitet. Im Alter von 9 Jahren musste ich die Schule verlassen. Die darauf folgenden zehn Jahre bin ich über die Nähmaschine gebeugt arbeitend aufgewachsen. Deshalb habe ich einen krummen Rücken, der mir immer noch große Probleme bereitet. Alle ArbeiterInnen waren KurdInnen, unser Chef hingegen Türke. Wir arbeiteten unter seiner Kontrolle. Damit wir akzeptiert wurden, kleideten und benahmen wir uns so, als seien wir TürkInnen. Ohne es zu wollen, gerieten wir unter den Einfluss dieses Systems. Wenn ich das früher verstanden hätte, hätte ich mich vielleicht vor der Selbstentfremdung schützen können. Jedoch konnte ich damals nur das tun, was mir gesagt wurde. Als junge, neue ArbeiterInnen wurden wir gegenüber den älteren, erfahrenen diskriminiert. Während unser Chef das erfahrene Personal nicht verlieren wollte, schrie er uns Neue an und beleidigte uns. Insbesondere wenn wir für den Export nach Europa produzierten, wurden wir sehr unter Druck gesetzt. Der kleinste Fehler wurde streng bestraft. Zudem gab es Razzien der Polizei. Doch wusste unser Chef meistens vorher Bescheid und versteckte uns, um keine Strafe zahlen zu müssen. Aber bis heute habe ich nicht verstanden, warum Kindern das Arbeiten verboten wird." Auch hier tritt die Verwertungslogik des Kapitalismus offen zutage: Familien werden in Hunger und Armut versetzt, so dass Kinder gezwungen sind, unter den härtesten Bedingungen zu arbeiten, während zugleich Kinderarbeit scheinheilig gesetzlich verboten wird. Die Schülerinnen der Akademie *Şehit Bêrîtan* resümieren, dass das staatliche Rechtssystem nichts mit Gerechtigkeit und Moral zu tun habe, sondern vielmehr ein Schminkinstrument darstelle, um das Recht der Starken und Reichen zu verteidigen und die kapitalistische Ausbeutung zu maximieren.

Die Team-Kommandantin Rewşen, deren Dorf in der Provinz Mardin durch türkische Soldaten entvölkert wurde, als sie 5 Jahre alt war, teilt ihre Erfahrungen auf den Nussplantagen mit den anwesenden Freundinnen: „In Adana leben die geflohenen KurdInnen in großem Elend. Tausende sind arbeitslos. Die Plantagenbesitzer suchen sich unter den Arbeitssuchenden die Kräftigsten aus und lassen sie wie SklavInnen arbeiten. Auch ich ging mit meiner Mutter zum Nüssesammeln. In Adana pferchten sie uns mit 75 Personen wie Tiere in einen LKW. Ohne auch nur einmal anzuhalten, fuhren wir die ganze Nacht hindurch bis zu unserer Arbeitsstätte an der Schwarzmeerküste. Die Fahrt war unerträglich. Wir mussten unsere Notdurft im geschlossenen LKW verrichten. Einige mussten sich auf der Fahrt übergeben. Es war ein schrecklicher Gestank. Insbesondere für die Frauen und Kinder war das alles sehr erniedrigend. Frauen und Mädchen waren in vielerlei Hinsicht der Gewalt der Männer ausgesetzt. Ein Mädchen wurde von einer Gruppe von Vorarbeitern vergewaltigt. Aber aufgrund unserer Armut waren wir gezwungen, weiterhin dort zu arbeiten." Eine andere Freundin ergänzt: „Sexuelle Gewalt ist das grundlegende Herrschaftsinstrument dieses patriarchalen Systems. Sexuelle Gewalt wird sowohl eingesetzt, um in den Körper und die Seele einer Frau einzudringen und sie zu besetzen, als auch um durch die ständige potentielle Drohung dieser Gewalt den Bewegungskreis von Frauen und Mädchen einzuschränken. Gemäß der feudal-patriarchalen Einstellung soll eine Frau, die die `Ehre des Mannes` darstellt, nicht außerhalb des Hauses arbeiten, geschweige denn spazieren gehen. Zugleich treibt dasselbe System die Familien in die Armut. Dadurch sind Frauen dazu gezwungen, unter unsiche-

ren Bedingungen zu arbeiten. Wie am Arbeitsplatz so wird auch in der Familie sowohl die Arbeit von Frauen abgewertet als auch die Frau als Mittel zur sexuellen Befriedigung der Männer benutzt. Frauen werden sowohl ausgebeutet als auch zu Schuldigen erklärt.“

Darauf ergreift Ronahî aus Afrin, das in Südwest-Kurdistan auf dem Territorium Syriens liegt, das Wort: „Als ich mich vor 12 Jahren der Befreiungsbewegung anschloss, wusste ich nicht viel von den Auswirkungen des Kapitalismus auf die Gesellschaft und das Individuum. Jetzt, wo wir gemeinsam über die Analysen und Verteidigungsschriften der Parteiführung diskutieren, werden mir viele Dimensionen bewusst, die ich vorher nicht wahrgenommen habe. Die Natur meiner Heimatstadt Afrin ist sehr reich und fruchtbar. Aber von diesem Reichtum profitieren nicht alle im gleichen Maße. Ein Arbeiter verdient an dem, was er produziert hat, nur ein Drittel oder ein Viertel dessen, was sich der Bodenbesitzer in die Tasche steckt. Viele Kurden können selbst keinen Grundbesitz erwerben, weil sie von den syrischen Behörden als `Ausländer` registriert werden. Die Kurden, die in den Städten leben, arbeiten tagtäglich vom frühen Morgen bis zum späten Abend im Dienst des Staates. Die Frauen hingegen sind für die Hausarbeit und die Versorgung der Kinder zuständig. Aber heute können die meisten kurdischen Kinder, die in den Städten aufwachsen, kein Kurdisch mehr. Der Staat wendet eine sehr hinterlistige Politik an. Er beraubt uns unserer Kultur und Sprache, ohne dass uns das so richtig bewusst wird. Neue Kleidung, neue Moden sind zum Interessensmittelpunkt der Menschen geworden. Menschliche und soziale Werte haben an Bedeutung verloren. Auch unsere Gesellschaft scheint in die Falle des Liberalismus, seines Lebensstils und seiner Gleichgültigkeit geraten zu sein.“ Die profitorientierten Werbefeldzüge des Kapitalismus, die nichts mit den wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnissen zu tun haben, haben schon lange die Grenzen Westeuropas überschritten. So wie die Werbestrategen ihr globales Netz gespannt haben, haben sie auch die Produktions- und Konsummärkte des Mittleren Ostens zum großen Teil unter ihre Kontrolle gebracht. Mittels der Apparate von Nationalstaaten, multinationalen Konzernen und Medienmonopolen werden westliche Markenzeichen, Modetrends und Lebensweisen propagiert und vermarktet. Die kulturelle Hegemonie des Westens breitet sich von Tag zu Tag weiter aus.



Alltag bei der Frauenarmee, die eigenständige Überwachung und Verteidigung ihrer Umgebung Foto: Archiv

Die Landschaft Südkurdistans hat unter den Bergen von Müll, den die kapitalistische Zivilisation seit der US-amerikanischen Okkupation mit sich brachte, ihr Gesicht verwandelt. Plastikmüll, Verpackungen und weggeworfene Cola-Dosen singen an den Wegrändern, in den Städten, Ebenen und Bergen ein Lied von der modernen Konsumkultur, auch wenn diese nur für eine Minderheit erschwinglich ist. In der Werbung und in den Fernsehserien zeigen sich erfolgreiche Sportler, Geschäftsmänner und glückliche Familien, die Cola-trinkend glücklich in die Zukunft blicken. Doch selbst wenn die Designer dieser vermeintlich „glücklichen Welt“ uns in ihrer virtuellen, durch Farb- und Geschmacksstoffe aufgepeppten Welt einen Platz einräumen würden, so würden wir unser Leben und den Geschmack des sauberen Wassers in den Bergen Kurdistans nie dafür aufopfern. Nicht nur die Natur Kurdistans, sondern auch die Gesellschaft wurde mit der neo-liberalistischen Eroberung des Iraks aus dem Gleichgewicht geworfen. Auch in den Dörfern, die weit von den Städten entfernt liegen und die noch vor 5 Jahren keine Stromversorgung hatten, hat die kapitalistische Kultur über Satellitenfernsehen, Werbeshows und Hollywoodfilme Einzug erhalten. Die Nachahmung des westlichen Lebensstils drückt sich bei Männern beispielsweise in dem Wunsch aus, das neueste Auto- und Fernsehermodell zu besitzen, US-Haarschnitte zu kopieren und bestimmte Markenkleidung zu tragen. Dies hat häufig zur Folge, dass sie sich verschulden und ihre Familie in eine schwierige wirtschaftliche Lage und Abhängigkeit bringen, nur um bestimmte Statussymbole besitzen zu können. Für Frauen hingegen kann der Traum vom „Western way of life“ noch sehr viel gefährlichere Konsequenzen haben: Einerseits propa-

gieren die Medien ein Schönheitsideal für Frauen, das durch tief ausgeschnittene, enge Kleider, dick aufgetragene Schminke und eine sexualisierte Popkultur geprägt ist, andererseits werden sie zu Opfern von Gewalt und Morden, wenn sie gegen die Spielregeln religiöser und feudal-patriarchaler Traditionen verstoßen.

Die Guerillakämpferin Zilan kommt aus der südkurdischen Stadt Hewler. Sie war 11 Jahre alt, als sie gegen ihren Willen zwangsverheiratet wurde. Sie erzählt mit manchmal stockender Stimme: „Mein Vater verbot mir, draußen zu spielen und zur Schule zu gehen, weil er befürchtete, seine Tochter könne auf einen `falschen Weg` geraten oder entführt werden. Weil ich zur Schule gehen wollte, schlug er mich und verheiratete mich, noch bevor ich das erste Mal meine Periode bekam. Ich hatte schreckliche Angst vor der ersten Nacht. Es schnürt mir immer noch den Hals zu, wenn ich daran denke. Ich war noch ein Kind und wollte spielen, doch sie sagten mir, ich sollte mit meinem Mann ein Baby machen, mit dem könnte ich dann spielen. Im Haus meiner Schwiegereltern musste ich wie eine Dienerin arbeiten. Ich weinte die ganze Zeit. Hunderte von Mädchen, die Ähnliches erleben und die Erniedrigung nicht ertragen, begehen jedes Jahr Selbstmord, indem sie sich selbst verbrennen. Der tiefe Widerspruch zwischen dem glücklichen Leben, das wir im Fernsehen zu sehen bekommen, und der bitteren, schmerzhaften Lebensrealität ist wie eine Sackgasse, aus der es keinen Ausweg gibt. Mit der Verbreitung der kapitalistischen Konsumkultur haben Sexismus und Massaker an Frauen noch mehr zugenommen. Ich hingegen hatte Glück. Mein Onkel hatte Kontakt zur Befreiungsbewegung und half mir, dass ich nach drei Monaten Ehe aus dem Gefängnis im Haus meiner Schwiegereltern fliehen konnte. Nachdem ich die Kämpferinnen in den Bergen und das Leben hier kennengelernt hatte, entschloss ich mich, mich dem Freiheitskampf der PKK anzuschließen. Denn hier kann ich als Frau mit meinem eigenen Willen, meinen eigenen Gedanken und Gefühlen leben."

Individuelle und kollektive Fortschritte

Ein wichtiger Fortschritt, der durch die Arbeit der Akademie *Şehit Bêrîtan* erreicht werden konnte, ist die Entwicklung von Geschlechterbewusstsein und Selbstbewusstsein als Frau. Mit der Analyse der eigenen Realität und dem Kennenlernen der eigenen Kraft werden sowohl das Selbstvertrauen als auch das Vertrauen zu anderen Frauen gestärkt. Das ist die Voraussetzung dafür, als Frauen eine alternative, organisierte Kraft aufbauen zu können, die nicht auf Macht- und Herrschaftsstrukturen basiert oder sich an diese anlehnt. Hierdurch können Frauen in jedem Bereich des Befreiungskampfes als Subjekte agieren und zu einer kollektiven Führungskraft werden. Sich aus den herrschenden Normen zu befreien, bedeutet auch, sich nicht mehr durch andere oder die Bedingungen bestimmen zu lassen. In diesem kollektiven Prozess lernen Frauen, dass sie sich weder ihrem „Schicksal" noch patriarchaler, kapitalistischer, staatlicher Herrschaft ergeben müssen. Vielmehr entdecken und entwickeln sie die Kraft, gemeinsam, selbstbestimmt und bewusst Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungskraft zu zeigen, die Bedingungen zu verändern und zu gestalten.

Mit der individuellen Entwicklung und der gegenseitigen Weiterbildung der Guerillakämpferinnen und -kommandantinnen wächst zugleich auch die organisierte Kraft der YJA Star als eigenständige Verteidigungskraft der Frauen innerhalb der HPG. Zugleich stellt die YJA Star als autonome Frauenverteidigungseinheiten eine wichtige Basis für den Kampf der kurdischen Frauenbewegung dar. Über das Verteidigungskomitee des *Hohen Frauenrates* KJB findet ein intensiver Austausch mit den ideologischen, politischen und gesellschaftlichen Frauenorganisationen statt, die unter dem Dach des KJB organisiert sind. Auf diese Weise können sich die verschiedenen Bereiche aufeinander beziehen, einander ergänzen und können gemeinsame Strategien, Initiativen und Perspektiven im Kampf für eine demokratisch-ökologische, geschlechterbefreite Gesellschaft vorangetrieben werden. Dies hat für den Aufbau eines demokratischen, kommunalen und freien Lebens sowohl in der Guerilla als auch in der Gesellschaft eine wichtige Bedeutung.

Die YJA Star negiert klassische Armeen und Kriege, denn ihrem Selbstverständnis zufolge darf Gewalt weder Selbstzweck sein noch als Mittel zur Durchsetzung von Macht und Herrschaft angewendet werden. Allein der Zweck der Selbstverteidigung kann die Anwendung von Gewalt legitimieren, wenn sie am richtigen Ort, zur richtigen Zeit und in der richtigen Form eingesetzt wird. In diesem Sinne ist die YJA Star zu einer Kraft geworden, die mit ihrer Taktik, ihren Äußerungen und Aktionen den freien Willen von Frauen artikulieren kann. Sie greift aktiv in das Geschehen ein und beharrt an jeder Front des aktiven Selbstverteidigungskampfes auf dem Erfolg der Strategie einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage. Bislang haben Hunderte von Frauen ihr Leben auf diesem Weg zu einem Leben in Würde und Freiheit gegeben. Unter denen, die in den letzten Jahren und Monaten im Widerstand gegen die Angriffe der türkischen und iranischen Armee fielen, sind auch Dutzende ehemaliger Schülerinnen der Akademie *Şehit Bêrîtan*. Namentlich möchte ich stellvertretend für alle anderen freiheitsliebenden Frauen unsere Freundinnen Nucan, Dicle, Roza, Delila, Gülbahar, Avesta, Arjin, Hebun, Zekiye, Dersim und Rojinda erwähnen. Andere Freundinnen, die an den vergangenen Bildungseinheiten teilgenommen haben, sind heute in den zentralen Kommandanturen von YJA Star und HPG, bzw. als Vertreterinnen der YJA Star in den verschiedenen Gebietsleitungen aktiv oder kämpfen als Kommandantinnen und Guerillakämpferinnen in Nord-, Ost- oder Südkurdistan. Auch wenn der Abschied nach einer jeden Ausbildungsperiode schwerfällt, so bleibt die Hoffnung, dass er nicht für immer sein wird. Jede Frau, die eine Zeit an der Akademie *Şehit Bêrîtan* verbracht und ihr Wissen und Können dort geteilt hat, hinterlässt zugleich unvergessliche Spuren in den Gedanken und Herzen ihrer Genossinnen. ♦

Wird sich China am Bau des Ilisu-Staudamms beteiligen?

Ilisu–Bauarbeiten haben wieder begonnen

Von Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Keine drei Monate sind nach dem Rückzug der Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz im Juli 2009 vergangen und die Türkei hat den Bau des seit Jahren umstrittenen Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekts im Oktober 2009 wieder aufgenommen. Ende 2008 hatte das Ilisu-Konsortium mit dem Bau des Ilisu-Projektes begonnen, musste es aber abbrechen, als die drei europäischen Regierungen ihre Kreditbürgschaft Ende Dezember 2008 auf Eis legten und der Türkei eine Frist von etwa sechs Monaten gaben, um die an die Kreditbürgschaft geknüpften Auflagen zu erfüllen. Diese sind gestellt worden, weil das Ilisu-Projekt wegen seinen zu erwartenden negativen sozialen, kulturellen, ökologischen und internationalen Folgen seit zehn Jahren höchst umstritten ist und verschiedenste Initiativen und Kampagnen dagegen gelaufen sind und weiter laufen.

Nach dem Rückzug der Regierungen zogen sich auch die europäischen Banken zurück, jedoch nicht die involvierten europäischen Unternehmen Andritz (Österreich), Alstom (Schweiz) und Züblin (BRD). Während Andritz auf jeden Fall im Projekt verbleiben will, ziehen nach verschiedenen Hinweisen Züblin und Alstom einen Ausstieg ernsthaft in Betracht. Eine offizielle Stellungnahme ist bis jetzt jedoch nicht erfolgt.

Nach dem Ausstieg der europäischen Regierungen verkündete die türkische Regierung, dass sie unter allen Umständen das Ilisu-Projekt durchführen will, eine Finanzierung würde sich finden. Als die Mittel der Türkei und andere Faktoren es nicht erlaubten, für den europäischen Part des Projekts – etwa 500 Mio. Euro – eine Kreditbürgschaft zu übernehmen, begab sich der türkische Finanzminister im September 2009 nach China, wo er mit dem chinesischen Amtskollegen nach eigenen Aussagen auch über Ilisu geredet haben will. In den vergangenen Jahren wurde immer wieder diskutiert, dass bei einem europäischen Ausstieg chinesische Unternehmen einsteigen könnten. Wenn es jetzt Verhandlungen mit chinesischen Firmen und Exportkreditagenturen gibt, dann wird es wahrscheinlich darum gehen, dass chinesische Unternehmen den Platz von Alstom und Züblin übernehmen sollen. In einem solchen Fall würde „Sinosure“ – eine der beiden chinesischen Exportkreditagenturen – sicherlich eine Kreditbürgschaft geben.

In Ilisu selbst sieht es so aus, dass die Dorfbewohner sehr bald – eventuell noch bis Januar 2010 – ihre Häuser verlassen müssen. Wenn sie eine hohe Summe aufbringen, können sie sich im neugebauten Dorf ein Haus kaufen. Die Bewohner ziehen es vor, in der Umgebung zu bleiben, doch müssten sie viel mehr zahlen, als ihre jetzigen Häuser wert sind, und sich somit verschulden. Die grundsätzliche Frage, was für ein Einkommen sie nach der Umsiedlung haben werden, ist dabei gar nicht geklärt. Beim jetzigen „Umsiedlungsprozess“ ist zu erkennen, dass von den Auflagen, die von den europäischen Regierungen 2007 gestellten worden sind, nicht mehr die Rede ist. Die türkische Regierung behauptete jedoch in der Vergangenheit, dass Weltbankkriterien erfüllt würden. Doch wird nach altbewährtem Muster vorgegangen. Das Ergebnis wird die Verarmung der Dorfbewohner sein, die bisher ein relativ zufriedenstellendes Auskommen hatten.

Ein Grund für den wieder aufgenommenen Bau könnten die Verhandlungen mit chinesischen Unternehmen und Financiers sein. Ein anderer könnte sein, dass die für 2009 bereitgestellten Finanzmittel noch ausgeschöpft werden sollen. Doch angesichts des Ausmaßes der Bauarbeiten und der Suche nach 150 weiteren Arbeitern mit Baumaschinenerfahrung in Mardin, Batman und Şırnak ist eine Zusage Chinas der wahrscheinlichere Fall.

Ist dies der Fall, würde genau das eintreten, was schon früher befürchtet wurde. Chinesische Unternehmen und Finanzeinrichtungen erwecken bei den meisten Menschen keine große Hoffnung auf Durchsetzung ihrer Forderungen wie bei den europäischen Regierungen. Denn – so die gängige Ansicht – chinesische Unternehmen würden auf soziale und ökologische Fragen überhaupt nicht eingehen, die Betroffenen klar übergehen und nur nach dem reinen Profit suchen. Es wäre faktisch unwahrscheinlich, die chinesische Regierung irgendwie beeinflussen zu können.

Wenn das auch nicht ganz von der Hand zu weisen ist, kann die ganze Angelegenheit auch aus einer anderen Sicht betrachtet werden. China würde mit Ilisu zum ersten Mal ein Großprojekt in der Türkei und somit in einem „europäischen“ Land finanzieren. Bisher lag der Fokus chinesischer Investitionen in Afrika. In der Türkei gibt es ein Potential, das gegen den Ilisu-Staudamm eine effektive Kampagne führt und international viele Menschen und Orga-

nisationen zu mobilisieren weiß. Mit den bisher geführten Kampagnen gibt es dazu eine sehr gute Ausgangsbasis. Mit dem antiken Ort Hasankeyf und seiner 12 000-jährigen Vergangenheit kann in der Öffentlichkeit großer Druck aufgebaut werden. Seit Jahren setzen sich internationale Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen mit der internationalen Verwicklung Chinas in Infrastrukturprojekten kritisch auseinander. Diese könnten sich nun aktiv einbringen. In China selbst gibt es große ökologische und soziale Probleme bei der Umsetzung von Talsperren- und anderen Infrastrukturprojekten, weshalb es selbst in China ein leichtes Umdenken gibt und die Standards langsam höher gesetzt werden. Es ergibt sich also zum ersten Mal eine gute Gelegenheit, die internationale Investitionspolitik Chinas zu kritisieren und ein Projekt zu Fall zu bringen. Und bei Ilisu handelt es sich um ein Projekt, was schon zweimal durch internationale Vernetzung gestoppt wurde.

Damit die internationalen Bemühungen Erfolg haben können, ist eine breite Kampagne in der Türkei und vor Ort am Tigris die erste Bedingung. Das heißt, dass vor allem die *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* aktiver arbeiten muss. Aber auch die Proteste in Europa und international müssen weitergehen. Im Vordergrund der Kritik müssen die türkische und die chinesische Regierung stehen. Ein Erfolg würde dazu führen, dass ein Schwellenland wie China höhere Standards bei internationalen Investitionen akzeptiert und sich somit den westlichen Staaten anpasst. Dies könnte für eine Reihe von weiteren kritischen Projekten in aller Welt von großem Nutzen sein und das Erpressungsargument „China“ könnte in Fällen wie Ilisu nicht weiter so wirksam wie in den letzten Jahren eingesetzt werden.

Die Türkei ist an einem kritischen Punkt angelangt und es ist zeitlich nicht mehr fern, dass soziale und ökologische Bewegungen bei effektiven Kampagnen gewisse Projekte zu Fall bringen können. In den letzten Wochen gab es bei Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekten zwei Entwicklungen, die zeigen, dass lang anhaltender Protest zur Aufgabe von Projekten führen könnte.



Protest gegen das geplante Wasserkraftwerk im Senoz-Tal Foto: E. Ayboğa

Seit Ende der 90er Jahre ist das Yusufeli-Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekt auf dem Coruh-Fluss in der östlichen Schwarzmeerregion heftig umstritten. Jahrelange Proteste haben dazu geführt, dass vor einem Jahr das Yusufeli-Projekt – eines der größten seiner Art in der Türkei – seitens der Regierung gestoppt wurde. Für das Projekt wäre auch eine Kreditbürgschaft aus Europa notwendig gewesen. Das jetzige Konsortium wurde jedoch aufgelöst. Es ist gut möglich, dass sich ein neues bildet. Doch jetzt wurde die vom Konsortium für Bauzwecke errichtete Brücke über dem Coruh-Fluss abgerissen, was ein schönes Erlebnis für die AktivistInnen war.

Im Senoz-Tal der Provinz Rize in der östlichen Schwarzmeerregion hat die Protestbewegung vor Gericht dieses Jahr erreicht, dass das geplante Wasserkraftwerk gestoppt wird. Das Projekt würde einen Großteil des Senoz-Tals zerstören und die Lebensgrundlagen hunderter Familien zunichte machen. Doch wurde nach einer kurzen Unterbrechung weiter gebaut – das allerdings illegal. Dagegen haben nun mehrere hundert Menschen aus dem Senoz-Tal und Sympathisanten in Istanbul im November 2009 protestiert. Die DemonstrantInnen forderten den Staat dazu auf, dass die Gesetze und Gerichtsbeschlüsse umgesetzt werden, sonst würden sie sich dazu verleitet fühlen, diese umzusetzen.

Eine interessante Nachricht kam zu den Talsperrenprojekten in Dersim am 30. November 2009 in den Medien. Auch in Dersim finden seit zehn Jahren Auseinandersetzungen gegen Staudammprojekte statt. Mehmet Şahin, ein AKP-Abgeordneter, der für den türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan einen Bericht über die Provinz Dersim im Rahmen der „demokratischen Initiative“ [*von der Regierung eingeleitet, um die kurdische Frage zu befrieden/lösen*] vorbereitet, ließ verlauten, dass angesichts der großen Proteste in Dersim gegen Talsperren einige Talsperrenprojekte annulliert werden könnten. Welche das sein könnten, wurde nicht gesagt, und ob die Regierung auch tatsächlich diesem Rat folgen wird, ist ungewiss. Doch erkennen wir, dass die Realisierung von einigen der sehr umstrittenen Talsperrenprojekte überdacht wird. Es kann natürlich auch sein, dass damit getäuscht und die Gemüter besänftigt werden sollen. Wie auch immer, der Widerstand hat zu dieser öffentlich geäußerten Position der Regierung geführt.

Widerstand kann im Falle der zerstörerischen Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekte in der türkischen Republik zu Erfolg führen, wenn er dauerhaft ist und gezielt umgesetzt wird. Die Kampagnen müssen sich besser organisieren, Kapazitäten aufbauen, langfristig planen, alle Wege des Widerstandes gehen, die Hintergründe der Wasserpolitik des Staates aufarbeiten und schließlich sich untereinander verbünden. Für ein landesweites Netzwerk gibt es Bemühungen, über die wir hoffentlich in der nächsten Ausgabe berichten können. Hier sei noch an die Aussage von Bertolt Brecht erinnert: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ ♦.

Hüseyin Çelebi

Ein Lied mit Zeilen aus Gold

Meral Çiçek



Ich beobachte das ungezügelte Spiel
zweier Schmetterlinge,
fühle die leichte Brise des Windes
auf meinem Körper, zwischen meinem Haar.
Ich horche den nahen, nicht nachlassenden Schüssen
In meiner Hand die Waffe, Wachdienstzeit
All dies verläuft vor meinen Augen
wie das Band eines Films.
Der schöne Geruch
der Erde steigt empor,
ich horche dem Schlaf des Genossen gleich neben mir,
seinem behaglichen Atem
und erwarte die Zukunft.
Ich höre die Vögel aus Eisen, beladen mit dem Tod,
über meinem Kopf
und sehe eine Schwalbe,
die sich auf dem Zweig des Baumes gleich neben
mir niedergelassen hat.
Ein Hügel weiter erbrechen schwere Waffen Blut
Was ist das, was ich sehe,
was höre ich?
Was wird geschehen?
Es ist die Natur…
Also Leben, also Krieg!

Wir schreiben das Jahr 1992. Die Berge von Haftanin. Ein junger Mann hat seinen Rücken an den Stamm eines alten Baums gelehnt. Seine Wangenknochen ragen heraus. Seine Brille umrandet seine dunklen Augen und lässt ihn viel älter erscheinen, als er ist. Es ist der erste Tag des „Südkriegs". In der einen Hand hält er ein kleines Notizbuch, das Unentbehrliche der Guerilla; in der anderen Hand einen Stift. Neben ihm seine Waffe. Fern von der städtischen Welt erkennt er, dass das Maßgebende, das Ursprüngliche, das Wesentliche im Spiel eines Schmetterlings, im Hauch des Windes, im Geruch der Erde, im Atem des Menschen verborgen liegt. Er schaut auf den Genossen, der neben ihm auf der Erde liegt und schläft. Dann versinkt er im Horizont, passiert die Grenzen des Geistes in der Grenzenlosigkeit des Horizonts. Er lässt seine Gefühle in die hauchdünnen, karierten Seiten des Notizbuches fließen. Es sind Zeilen aus Gold…

Hüseyin Çelebi ist während des Südkriegs, den die türkische Armee mit Hilfe der südkurdischen Parteien PUK und KDP geführt hat, am 11. Oktober 1992 gefallen. Sein Tod hat alle, die ihn in irgendeiner Weise kannten, zutiefst mitgenommen. Dies ist auch an der Welle von Todesanzeigen noch Wochen nach seinem Tod zu erkennen. Aber vor allem der kurdischen Studierendenschaft in Deutschland bedeutete sein Tod einerseits Schmerz, aber auf der anderen Seite Grund für einen noch stärker geführten Kampf. Denn bevor Hüseyin im Rahmen des größten politischen Prozesses in der Geschichte Deutschlands verhaftet wurde, war er als Student der Universität Wuppertal „einer von ihnen" gewesen. Und so stellte sich doch am meisten den Studierenden die Aufgabe, sein Andenken lebendig zu halten. Aus diesem Bewusstsein heraus wählten die Mitglieder des *Verbands der Studierenden aus Kurdistan* (YXK) Hüseyin auf ihrem zweiten Kongress zum Ehrenvorsitzenden und beschlossen, jedes Jahr im Gedenken an ihn die Hüseyin-Çelebi-Literaturpreise zu vergeben. Diese zur Tradition gewordene Veranstaltung fand jetzt zum 17. Mal statt.

In diesem Jahr wurden insgesamt 350 Gedichte und Erzählungen in den kurdischen Dialekten Kurmancî und Dimilkî sowie Türkisch an den YXK gesendet, welcher diese Werke an die jeweilige Jury weitergeleitet hat. Die Gewinner wurden am 7. November auf der Preisverleihung in Köln bekannt gegeben. Zuvor fanden jedoch zwei Podiumsdiskussionen statt. Der Pädagoge Metin Ayçiçek diskutierte mit den Studierenden über die Situation von kurdischen Jugendlichen in Deutsch-

land und über mögliche Identitätsprobleme. Die kurdische Dichterin Bêrî Bihar stellte anhand von Beispielen die Stellung der Frau in der kurdischen Literatur dar.

Im musikalischen Teil der Veranstaltung war auch diesmal für ein abwechslungsreiches Programm gesorgt. Vor allem der Auftritt der tunesischen Künstlerin Amel Mathlouthi sorgte für Begeisterung. Hatte der YXK in den letzten Jahren auf der Preisverleihung doch internationale Acts vernachlässigt.

Während der Preisverleihung selbst stellte vor allem die Bekanntgabe des ersten Preises in der Kategorie „türkisches Gedicht" einen bedeutenden Moment dar. Das Gedicht „gecem de gölgem" (Meine Nacht ist mein Schatten) von Şiyar Dersim war ohne sein Wissen eingesendet worden. Und er selbst hatte als Verfasser auch keine Ahnung davon, dass er ausgezeichnet worden ist. Denn Şiyar Dersim befindet sich hoch oben in den Bergen Kurdistans …

Hüseyin Çelebi, der auch auf der 17. Literaturveranstaltung von der weißen Leinwand aus den Teilnehmern zugewinkt hat, schloss sich dem Kampf an, weil er die Schmerzen eines Leugnung und Zerstörung ausgesetzten Volkes in seinem Herz gefühlt hat. Er hat sich selbst, seine Ideale im Kampf der Neuschöpfung eines Volks gefunden. Die Neugeburt eines Volks, dessen Identität geleugnet wird, bedarf eines neuen Zusammenkommens mit der eigenen Kultur. Wichtigstes Moment der Kultur wiederum ist Sprache. Die Hüseyin Çelebi Literaturpreise sind zu einer Zeit ins Leben gerufen worden, in der die Unterdrückung der kurdischen Sprache eine neue Dimension angenommen hatte. Die Existenz der kurdischen Sprache wurde geleugnet, das Kurdische wurde als veränderte Form der türkischen Sprache dargestellt. Es sollte sogar verhindert werden, dass Kurden in ihrer Muttersprache denken, träumen. Aus diesem Grund stellt diese vollständig durch Studierende organisierte Veranstaltung auch den Aufruf an die Kinder eines Volks, dessen Sprache verboten ist, auf Kurdisch zu schreiben, dar. In einer Zeit, in der es noch keine kurdischen Wörterbücher oder Sprachbücher gab, das kurdische Verlagswesen gerade erst in den Anfangsschritten stand, sollte durch diese Veranstaltung ein Beitrag zur Entwicklung der kurdischen Literatur geleistet werden.

Darüber hinaus gab es die Realität der Gefängnisse. Hüseyin hatte diese Wirklichkeit in Deutschland selbst erlebt. Er hatte nicht in Kurdistan oder in der Türkei im Gefängnis gesessen, die nackte Folter nicht erlebt. Aber er hatte die „weiße Folter" erlebt. „Weiße Folter" erzielt die Gefangennahme des Willens. Der Widerstand gegen diese Art der Folter bedarf der Verteidigung des Willens. Hüseyin hatte mit Erfolg gegen diese Folter angekämpft, indem er die Isolation aufbrach. Gegen die Isolation, die die Loslösung von der Gesellschaft und das In-Vergessenheit-geraten-lassen des Gefangenen erzielt, hat er seine Beziehungen zur Gesellschaft stets aufrechterhalten. Seine Freunde hierbei waren Stift und Papier. Mit Briefen hat er auf die Vereinsamungspolitik geantwortet.

Die politischen Gefangenen hinter den breiten Wänden der Gefängnisse außerhalb der Stadtzentren sind die wertvollsten Kinder dieses Volks. Sie sind auf dem Pfad ihrer Träume gelaufen. Sie haben an vorderster Front am Kampf für die Schaffung eines neuen und freien Lebens teilgenommen. Mit verschiedenen Formen der Folter haben die Folterer versucht, sie ihrer Träume in den dunklen Zellen zu berauben. Aber sie haben ihre Freiheitsutopien nicht losgelassen. Hinter den dicken Wänden sollten sie vereinsamen, sollte die Gesellschaft ihre Existenz vergessen. Dabei hatte jede/r von ihnen eine Geschichte zu erzählen. Jede/r hatte ein Gedicht, eine Erzählung zu schreiben. Jede/r von ihnen hatte das Bedürfnis, diese Wände zu überschreiten. Und diejenigen außerhalb der Wände hatten das Bedürfnis, diese Stimme zu hören. Aus diesem Grund stellen die Hüseyin-Çelebi-Literaturpreise zugleich auch eine Brücke zwischen denen hinter und denen vor diesen Wänden dar. Durch diese Veranstaltung wurde dafür gesorgt, dass deren Stimme gehört wird. Denn die 17 Jahre lang, in denen diese Preise nunmehr vergeben werden, haben die politischen Gefangenen immer die Gruppe mit der größten Teilnahmezahl gestellt und tun es noch immer. Und es sind auch deren Werke, die am meisten ausgezeichnet wurden. Hoffen wir, dass die politischen Gefangenen im nächsten Jahr ihre Gefühle, ihre Schmerzen, ihre Freuden, ihre Sehnsüchte und Hoffnungen außerhalb der dicken Wände zu Papier bringen und mit der Gesellschaft teilen können … ♦

Preisträger:

Kategorie Kurmancî/Gedicht:
Ramazan Ceper (Yanzdeh rondikên tenînî)
Bahri Salgın (Roza)
Kadri Alkoç (Tu Çi yî)

Kategorie Kurmancî/Erzählung:
Abdullah Günay (Bêvankes)
Muhittin Pirincioğlu (Beqê Xayin)
Egît Yarancı (Teyrikên Yezdan)

Kategorie Dimilkî/Gedicht:
Dildar Gulêjiyana (Berf)

Kategorie Dimilkî/Erzählung:
Ali Aydın Çiçek (Xex)

Kategorie Türkisch/Gedicht:
Şiyar Dersim (Gecem ve gölgem)
Abdurrezzak Gülmez
Ali Murat Çelik (Yağmur)

Kategorie Türkisch/Erzählung:
Hayriye Özkan (Roza'nın gözlerindeki ışıltı)
İlhan Bakır (Kar tutulması)
Zeyni Arat (Kayıp bir Kürdün hikayesi)

Jurymitglieder:
Kurmancî/Gedichte: Bêrî Bahar, Berken Bereh, Ömer Dilsoz
Kurmancî/Erzählungen: Adil Zozanî, Çiya Mazî, Şener Özmen
Dimilkî: Kamer Söylemez, Çetin Satıcı
Türkisch/Gedichte: Sezai Sarıoğlu, Hüseyin Şahin, Namık Kuyumcu
Türkisch/Erzählungen: Şehmus Diken, Esra Çiftçi, Oya Baydar

Die zapatistische Autonomie in Chiapas/Südmexiko

Paso a paso – Schritt für Schritt

Zendero

Mit einem wahren Paukenschlag gelangte die zapatistische Bewegung ins Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit: Am 1. Januar 1994 erhob sich die „*Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung*", EZLN, unter Waffen gegen das System und besetzte im Handstreich 7 Städte im mexikanischen Bundesstaat Chiapas.

Die schlecht bewaffnete Armee aus Kleinbauern lieferte sich 12 Tage lang Scharmützel mit der Bundesarmee, die mit Panzern, Bombern und Helikoptern im südlichsten Bundesstaat einfiel. Schon nach wenigen Tagen zogen sich die Aufständischen in sichere Gebiete zurück, weite Teile der Landbevölkerung flohen vor der Armee in die Wälder. Auf Druck der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit stellte die Armee ihre Angriffe ein.

In dieser ungleichen Auseinandersetzung fielen Hunderte Zapatisten, in der Stadt Ocosingo massakrierte die Polizei allein 300 gefangen genommene Kämpfer_innen. Die Erinnerung an die Gefallenen wird heute mit Feiertagen lebendig gehalten, findet sich in Liedern und der Namensgebung von Dörfern.

In den folgenden Jahren bemühte sich die Bewegung um einen Dialog. Es gab Verhandlungen mit der Bundesregierung. Das sogenannte „Abkommen von San Andrés" über indigene Autonomie in Mexiko wurde von den Parteien im Parlament jedoch nie umgesetzt. Die Verhandlungen, die noch weitere Themen umfassen sollten, wurden enttäuscht von der EZLN abgebrochen.

Gleichzeitig führten Bundes- und Landesregierung einen „Krieg niederer Intensität" weiter, der bis heute anhält. Das Konzept kommt ohne Kampfeinsätze der offiziellen Armee aus und besteht aus Komponenten, die lateinamerikanischen Militärs an der *US-School Of The Americas* (SOA) beigebracht werden: das Erzeugen von Konflikten innerhalb der Bevölkerung, hier religiöse oder Landkonflikte, Organisieren und Bewaffnen eines Teils der Bevölkerung [*Paramilitärs*], um den „schmutzigen" Teil der Arbeit damit den Indigenen selbst zu überlassen. So kam es bereits zu vielen Morden, Vertreibungen und selbst Massakern. Häufig werden dann diese Auseinandersetzungen sogar noch als Vorwand für den Einmarsch von Militär oder Polizei in Gemeinden benutzt, Familien vertrieben oder Menschen willkürlich verhaftet und unter erfundenen Delikten Jahrzehnte in Gefängnissen weggesperrt.

Diese Politik scheint aufzugehen. Die indigene Bevölkerung ist heute gespalten wie nie zuvor: Neben der als für den Befreiungskampf initial wichtigen katholischen Kirche (Theologie der Befreiung) gibt es mittlerweile Dutzende evangelischer Kirchen (Sekten), die alle Aufgaben der Aufstandsbekämpfung übernehmen – vereinzeln und spalten. Auch eine islamische Gemeinschaft missioniert im Hochland von Chiapas.

Weiter existieren verschiedenste Parteien mit ihren Bauernorganisationen und Gelben Gewerkschaften – alle gekennzeichnet von Klientelismus und einer mehr oder weniger neoliberalen Politik: die Öffnung und Integration von Chiapas' Ökomomien in internationale Märkte, beispielsweise für Biotreibstoffe, Lebensmittel und Bodenschätze und nicht zuletzt den Tourismusmarkt.

Hier spielt der „Revolutionstourismus" eine nicht unerhebliche Rolle, ein Problem, mit dem sich die Bewegung immer wieder konfrontiert sieht. Bunte Püppchen mit Skimaske verkaufen sich besser als soziale Forderungen, eine revolutionäre Fassade wird konstruiert, die Gemeinschaften verkaufen sich, die Gewinne kommen ihnen jedoch nicht zugute, sondern werden von einigen wenigen Familien privatisiert.

Der staatlichen „Entwicklungshilfe" und den großen Infrastrukturprogrammen wie Straßen- und Staudammbau setzt die EZLN seit den gescheiterten Verhandlungen eine autonome Organisierung der Basis entgegen. „Wir nehmen keine Almosen.", ist eine Grundaussage der Bewegung.

Zapatistische Familien sind auf Gemeindeebene in der Versammlung organisiert, mehrere Gemeinden bilden Autonome Regionen, diese sind zu Landkreisen zusammengeschlossen und mehrere Landkreise wiederum formieren schließlich eine der 5 Zonen mit eigenem Verwaltungssitz, dem sogenannten Caracol [*Schneckenhaus*]. Auf allen Ebenen gibt es Delegierte und Kommissionen, z. B. für Bildung, Produktion oder Gesundheit. Die Delegierten der Regionen stellen rotierend auch die Junta de Buen Gobierno [*Rat der Guten Regierung*] in den Verwaltungszentren - die Bundesregierung ist eine „Schlechte Regierung", weil sie nicht auf die Bevölkerung hört. Das Motto ist „Gehorchend befehlen", wie viele Parolen der Bewegung den Widerspruch einschließend.

Das Land dem, der es bearbeitet!

Ein typisches zapatistisches Dorf ist „Veintitres de Octubre" (übersetzt: 23. Oktober, Name geändert). Es bekam seinen Namen zur Erinnerung an die

Ermordung von 3 Compañeros nach ihrer Festnahme durch das Militär. Dieser Tag wird als Fest gefeiert, mit Prozession, Fleischsuppe und Tanz.

Das Dorf gründeten die Jugendlichen 1996 auf dem Land, das die Bewegung nach dem Aufstand von Großgrundbesitzern übernommen hatte. Diese waren bereits vor dem Aufstand geflohen und hatten ihr Land und die Tiere sich selbst überlassen. „Das Land dem, der es bearbeitet!" ist ein Leitspruch schon aus der Mexikanischen Revolution von 1910. Dieser Maxime folgend wurden in Chiapas etwa 100 000 Hektar Land „wiedergewonnen" – „abgetrutzt" hätte der deutsche Bauernführer Thomas Müntzer im 16. Jahrhundert gesagt. Die Parallelen zu den deutschen Bauernkriegen dieser Zeit – in der die indigene Kultur Amerikas gerade unterworfen wurde – sind auffallend, bis hin zu den Forderungen.

Der Kampf um Land ist – wie für alle Kleinbauernbewegungen weltweit – der Kernpunkt auch der zapatistischen Bewegung. So sind Landstreitigkeiten der häufigste Konfliktstoff, den die Juntas während ihrer Sitzungen mit den Betroffenen verhandeln. Oft kommen die Menschen von weither, sind nicht einmal Teil der Bewegung, aber vertrauen der Art der Rechtsprechung, die nach traditionellem Muster beide Parteien anhört und dann den Kompromiss zwischen beiden sucht. Strafen werden nie mit Geld, sondern immer mit Arbeit für die Gemeinde abgegolten.

In dem Dorf „23. Oktober" wohnen etwa 40 Familien, meist jüngere Eltern mit ihren Kindern, die aus den Nachbarregionen hierher gezogen sind, um Land „zum Arbeiten" zu haben. Wenn hier von „arbeiten" gesprochen wird, ist meist die Arbeit auf der Milpa gemeint, dem Stück Acker, auf dem traditionell Mais, Bohnen und Kürbis in Mischkultur angebaut werden.

Die Landarbeit ist Basis der Subsistenz, im tropischen Klima ganzjährig betrieben.

Traditionell bestellt jede Familie ihre eigene Milpa, wenige haben eigenes Großvieh. Das Land jedoch ist in der Hand der Gemeinde, unverkäuflich, ein Prinzip, das seit der Mexikanischen Revolution mit Ejido bezeichnet wird.

Der von der EZLN vertretene Gedanke der kollektiven Ökonomie hält nur langsam Einzug in das Dorf. Dennoch, die vor einigen Jahren begonnenen Kollektive der Frauen für Rinderzucht, Kunsthandwerk und Kaufladen wurden um Flächen für Mais- und Bohnenanbau und eine Maismühle erweitert. Auch Strom wird autonom und kollektiv gelegt: Die mit Hilfe internationaler Solidarität gekauften Masten, Transformatoren und Kabel werden in gemeinsamer Anstrengung mit professioneller Hilfe einer Stromgewerkschaft aufgestellt.

... die Bevölkerung selbst, aus eigener Kraft

Die Wasserversorgung geschieht zur Zeit noch – wie in vielen südmexikanischen Dörfern – über den Rücken der Frauen, sprich, das Wasserholen aus einem entfernten Brunnen. Aber auch hier haben sich die Compañeras bereits bei der Junta in die Liste der Gemeinden eingetragen, die mit internationaler Solidarität und eigener Hand ein Wassersystem aufbauen können. So erstellen Zapatisten gemeinsam mit einem internationalen Kollektiv jedes Jahr zwei bis drei Wassersysteme in der Zone. Dies dient gleichzeitig der Ausbildung einiger Compas, um in Zukunft alles in Eigenregie durchführen zu können.

Das Erlernen neuer Fertigkeiten ist ein Fokus der Bewegung. Im Gegensatz zu Regierungstreuen, „die alles von der Regierung erbitten", wollen die Zapatisten alles Stück für Stück selbst aufbauen: „Mismo pueblo, misma fuerza" – die Bevölkerung selbst, aus eigener Kraft, heißt es in Castiya, der Sprache der spanischen Eroberer. Die direkte Übersetzung aus dem Tseltal, der indigenen Sprache dort, ist hörbar. Dem ähnlich hieß auch die erste große Bauernorganisation in der Zone, die Anfang der 70er Jahre gegründet wurde und dann als Deckmantel der bewaffneten Organisierung diente: Kiptik ta lekub tesel – Unsere Kraft für ein besseres Leben.

Ein Compañero steht hinter dem Tresen des Frauenkooperativen-Ladens, um die Buchhaltung zu erlernen. „Zuerst die Männer, dann die Frauen" ist leider immer noch ein Leitspruch in vielen Haushalten. Die Frauen haben noch keine eigene Organisation innerhalb der Bewegung, um ihre Interessen angemessen zu vertreten. Aber der Laden dient der Erwirtschaftung des Fahrgeldes für die Frauen, die zu ihren Diensten in der Region, dem Landkreis oder der Zone aufbrechen. Die Männer müssen das Geld selbst aufbringen – „die haben ja auch kein Kollektiv gegründet", sagt Marta, die Verantwortliche für den Laden. So werden die Frauen des Dorfes unterstützt in ihren Bestrebungen, die häusliche Isolation zu überwinden.



Protest der Bevölkerung in Chiapas — Foto: Zendero



Eine Schule des autonomen Schulsystems Foto: Zendero

Diese Dienste haben das Selbstbewusstsein vieler Frauen schon erheblich befördert, die nächste Generation kann so in einem anderen Selbstverständnis aufwachsen.

Die anderen Kollektivprodukte dienen zur Versorgung der Internatsschule des Landkreises oder anderen Ausgaben auf Gemeindeebene. Manchmal werden die Produkte auch unter den Familien aufgeteilt, wie die Schlachtreste der Kuh bei einer Dorffeier – aber penibel abgemessen und hart verhandelt.

Geld spielt immer noch eine wichtige Rolle, viele Dinge müssen mit harter Münze bezahlt werden: das Baumaterial fürs Haus, der Mann mit der Motorsäge, das Sammeltaxi und Produkte wie Machete, Kleidung, Schuhe, Seife, Öl und Zucker.

Meistens wird dies mit landwirtschaftlichen Produkten verdient, mit dem Verkauf von Kaffee, Honig für den Exportmarkt, Bananen, Mais, Bohnen und Hühnern für den regionalen Markt. Arbeitsmigration ist in den Dörfern unter den Männern üblich, allerdings muss dafür die Junta um Erlaubnis gefragt werden. 1–2 Monate sind übliche Zeiten, um auf Baustellen oder im Zuckerrohr Geld für größere Anschaffungen wie Baumaterial zu verdienen.

Länger können die Männer nicht fehlen, weil jede erwachsene Person, Frauen wie Männer, von der Versammlung im Dorf eine Aufgabe, ein sogenanntes Cargo, übertragen bekommen hat, von Gesundheitspromotorin über Hochspannungselektriker bis zu Maismühlenbeauftragte oder Kaufladenverantwortliche. Die Cargos sind vielfältig und dazu kommen jede Woche weitere kollektive Arbeiten wie Brunnen einfassen, Rinderzaun bauen oder schlicht Bäume fällen für die Weide- und Ackerflächen. Die Region war komplett bewaldet und brache Flächen wachsen immer noch schnell mit Buschwald zu.

Die Lehrenden der Schule im Dorf sind Compañeras und Compañeros, die dazu ernannt wurden, oft noch keine 18 Jahre alt, selbst gerade mit der Schule fertig.

Das Schulsystem ist autonom, d. h. es gibt keine Lehrerinnen oder Lehrer von außen. Das Lehrpersonal wird in regelmäßigen Abständen im Caracol auf Lehrgängen geschult – auch von Studierenden oder Staatslehrerinnen von außerhalb, natürlich unbezahlt und dem sozialen Kampf verpflichtet. Schulbücher werden teilweise im Caracol von der Bildungskommission in Eigenregie produziert.

Der Unterrichtsstoff wird mit den Eltern in jedem Dorf auf der Versammlung abgestimmt, er ist zweisprachig, auf Castellano und den eigenen Sprachen – Tseltal, Tsotsil, Tojolabal oder Chol. Ein Vorwurf an die Staatsschulen ist die Unterdrückung der indigenen Kultur, da die Sprachen und Trachten dort als minderwertig gelten. Diese Sprachen dominieren jedoch den Alltag in den Dörfern. Castiya wird nur gesprochen, wenn ein Kaxlan (Kaschlan-Spanier) dabei ist oder verschiedene Sprachgruppen versammelt sind.

Der Gesundheitssektor ist der am besten entwickelte in der Organisation, jedes Dorf hat eine spezielle Hütte, wo die Promotorinnen Medikamente lagern, Impfaktionen durchführen oder Beratungen geben. Sie werden in regelmäßigen Kursen von Heilkundigen ausgebildet, NGOs und örtliche Kliniken helfen mit Fachpersonal weiter.

Jeder Landkreis betreibt eine Klinik, mit festem oder rotierendem Personal, manche besitzen sogar einen Krankenwagen, um Patienten zu besuchen oder ins Krankenhaus in der Stadt zu fahren.

Fahrdienste sind immer noch ein Mangel, weil es einmal am Geld für Autos, Ersatzteile und Benzin fehlt, aber auch an Fahrerinnen und Fahrern. Im Dorf „23. Oktober“ können zwei Männer Auto fahren, in der gesamten Zone ein bis zwei Frauen. Der Transport von Holz, Wasser und Ernte geschieht mit dem Maultier, häufiger zu Fuß auf dem eigenen Rücken.

Paso a paso, Schritt für Schritt, das gilt auch für die, die die Bewegung hier begleiten wollen. Und dabei braucht es viel Geduld und Ausdauer.

Wie für jede größere Veränderung, oder sagen wir: Revolution? ♦

weitere Infos:
(spanisch):
http://www.ezln.org.mx
http://www.cedoz.org

(deutsch):
http://www.ya-basta-netz.de.vu/
http://www.gruppe-basta.de
http://www.chiapas98.de
http://www.buko.info/carea

Zwischen gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Isolation

Lob der Einsamkeit

Susanne Roden

Welch ein Titel, so dachte ich mir. Es wird häufig benutzt, sowohl in literarischen als auch in wissenschaftlichen Texten, aber was bedeutet es eigentlich? Der Zustand der Einsamkeit wird meist als Passion beschrieben, aber mehr noch als Leiden, verbunden mit einem tragischen Schicksal.

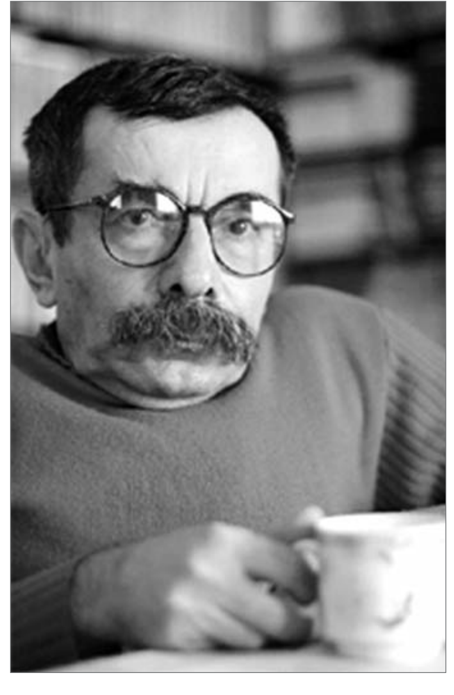
Ja, ich liebe die Einsamkeit, die Ruhe, die innere Einkehr, halte Rückzug, freiwillig und gern. Wer sehnt sich nicht danach, in diesen hektischen Zeiten.

Necati Tosuner wurde am 17. Juni 1944 in Ankara geboren. Ein gesundes Kind. Dann der Schicksalsschlag. Im Alter von vier Jahren erleidet er einen schweren Unfall, in dessen Folge sein normales Wachstum beeinträchtigt wurde und die Wirbelsäule sich verkrümmte.

In einer seiner Kurzgeschichten beschreibt er einen Tag in seiner Kindheit:

„Es waren die Tage meines angehenden Spezialistentums für Blumen und Kräuter. Wer weiß, für wessen Schmerzen mich meine Mutter zum Kräutersammeln geschickt hatte. Viel Ahnung hatte ich nicht. Wenn ich an so einem Tag keine Kreuzschmerzen hatte, wenn es keinen Sturm gab und ich im Schilf nicht eingeschlossen blieb, schätzte ich mich glücklich. Also es war mir nicht bewusst, dass ich nicht unter Menschen kam und weshalb ich nicht unter Menschen kommen konnte. Und alles schien schön."

In seinen Erzählungen schwankt Tosuner zwischen gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Isolation. Seine Lebenssituation, die Reflektion auf die eigene Situation, zieht sich wie ein roter Faden durch die Kurzgeschichten.



Necati Tosuner Foto: Radikal

Das Leben mit einer Behinderung erlebt er täglich immer aufs Neue. Es gibt kein Entrinnen, auch wenn er sich Lösungen erträumt, herbeischreibt.

Die Umwelt, die Menschen lassen ihn spüren, dass er nicht dazugehört. Wozu sollte er auch das schönste Zimmer des Hotels mit Blick aufs Meer, welches ihm der Wirt anbietet, nehmen? Nichts, aber auch nichts kann ihn daran erfreuen. Kommt doch nur die Erinnerung an den Ausschluss, das Verbot der Teilhabe im Sommer, mit den Freunden am Strand gemeinsam das Meer zu genießen, als bitterer Wind zurückgeweht. Man hatte ihm mit dem hässlichen Körper in der Jugend den Zutritt verweigert.

Nein, er möchte die dunkle enge Kammer mit Blick zum Hinterhof. Dort fühlt er sich sicher, dahin zieht er sich zurück, um das krachende Zusammenbrechen in sich zum Sommerbeginn zu mildern. Der Strand wird ihm allein zum Einbruch der Nacht gehören.

Die Gesellschaft schließt aus, spottet, ignoriert, verachtet Menschen mit einem Makel, wie Tosuner ihn hat. Wie geht man mit dieser Situation um, wie die Gesellschaft, wie der Betroffene? Die Erzählungen lassen keinen Zweifel zu, dass die Gesellschaft brutal ausschließt, negiert. Der Autor setzt sich in seinen Texten in einer sehr eigenen Sprache und Gestaltungskraft damit auseinander. Und das hat ihn zu einem anerkannten Autor innerhalb der Türkei werden lassen.

Jeder Mensch hat seinen Platz im Leben, ein Jeder hat seinen Weg, sein Säckel zu tragen. Hilft der Glauben? Fliehen? Aber wohin? Die Hoffnung? Auf was? Wie kann man sich mit dem Ich versöhnen, wenn man so eine Kiepe Eier auf dem Rücken trägt, die Last nicht einfach ablegen kann, wie einen Rucksack?

Jede Gesellschaft hat ihre eigene Geschichte hinsichtlich des Umgangs mit Behinderten.

Es gibt Menschenrechtsorganisationen, die nicht nachlassen, unzulängliche Zustände in geschlossenen Anstalten,

besonders bei der Verwahrung von geistig behinderten Menschen, in vielen Ländern anzuprangern.

Es gibt viele Arten von körperlichen Behinderungen, viele Leben, die gelebt werden wollen, trotz der schwierigen Umstände.

Man hat Menschen mit Makeln in allen Jahrhunderten ausgeschlossen und weggesperrt, sie auf dem Jahrmarkt und im Zirkus zur Schau gestellt. Man hat sie verschwinden lassen, wenn sie das Bild gestört haben, und dies betrifft eben gerade unsere jüngere Geschichte und ist in vielen Ländern hochaktuell.

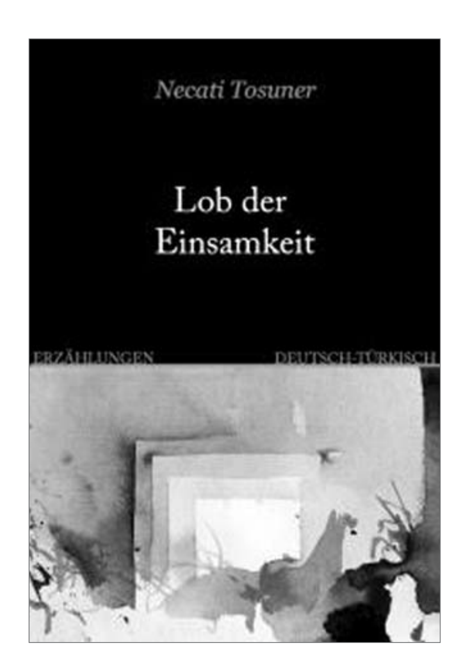
Es ist noch nicht so lange her, dass Kinder mit körperlicher Behinderung in den normalen Schulunterricht integriert und nicht in Sonderschulen gesteckt werden, dass das öffentliche Nahverkehrsnetz behindertengerechte Bahnen und Busse einführt, Fahrstühle nachrüstet, dass Behindertenfahrdienste existieren, um mehr Mobilität für die Menschen zu ermöglichen.

Wie sieht es in anderen europäischen Ländern aus, wie im Ausland, wie in der Türkei, z. B. in Istanbul? Genau zu dieser Frage wurde gerade ein Buch von einer behinderten Frau, die eine Metallschiene am rechten Bein trägt, veröffentlicht. Der Titel: Ich kaufte ein Auto und wurde zur Frau. Der Titel des Buches hat sehr viel Aufmerksamkeit erregt und man kann nur hoffen, dass es auch seinen Weg in übersetzter Form zu einem breiten internationalen Publikum außerhalb der Türkei finden wird.

Es ist somit ein besonderes Glück, dass der Erzählband von Necati Tosuner in deutscher Sprache vorliegt, und dies ist wohl in erster Linie dem Übersetzer Yüksel Pazarkaya zu verdanken, der auch im Nachwort betont, dass zu den bisher veröffentlichten zehn Bänden mit Geschichten und Kurzerzählungen noch drei viel beachtete Romane vorliegen, bei denen es sich in literarischer Hinsicht lohnen würde, sie ins Deutsche zu übertragen.

Zu den Hauptveröffentlichungen gehört der Erzählband „Das Märchen von der Freiheit“ aus dem Jahr 1965 mit zeitgenössischer Prosa (Özgörlük Masali), dann der Roman „Schmerz ... Schmerz ...“ (Sancı ... Sancı ...) aus dem Jahr 1977, in dem Tosuner seine Erlebnisse aus seiner Zeit in Deutschland von 1973/1974 verarbeitet. Im Jahr seiner Rückkehr nach Istanbul in 1977 gründet er auch den Verlag Derinlik (Tiefe), den er aber nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 aus wirtschaftlichen Gründen wieder aufgeben muss.

Mich haben die Geschichten sehr beeindruckt und auch sehr nachdenklich gemacht. Sie sind vielschichtig im Aufbau und oft in zeitversetzten Ebenen und oft aus unterschiedlichen Blickwinkeln erzählt. Metaphern, Bilder, die für sich sprechen, alles verdichtet sich, mal Sehnsucht, dann Zeit totschlagen, die Suche nach Geborgenheit, die Hölle loswerden, die Liebe, Leichtigkeit, Humor, Leiden, alles vermischt sich und tritt dem Leser oft unvermutet, auch ungebändigt entgegen. Ich habe beim Lesen des Buches oft um meine Fassung ringen müssen, denn es hat mich emotional sehr bewegt. Die Erzählungen haben bei mir sowohl tiefe Traurigkeit, als auch fröhliches Lachen ausgelöst und ich hoffe, dass diese feine Sammlung an Erzählungen noch viele Leser finden wird. ♦



Tosuner, Necati

Lob der Einsamkeit

Nachwort von Pazarkaya, Yüksel
Übersetzt von Pazarkaya, Yüksel
Sardes Verlag
978-3-941025-02-8
164 S. 12,80 Euro

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Collage: Protest gegen die Isolation Öcalans, Fotos: DIHA

Rückseite:
Die Partei für Frieden und Demokratie eröffnet ihre Büros
Foto: DIHA

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Partei für Frieden und Demokratie BDP eröffnet Büros

Das türkische Verfassungsgericht hat am 11. Dezember die im Parlament vertretene Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) verboten und ihre Auflösung angeordnet. Die Richter hoben die parlamentarische Immunität der Co-Vorsitzenden Ahmet Türk und Aysel Tuğluk auf. Gegen Türk und 36 weitere Mitglieder verhängte das Gericht zudem ein fünfjähriges Politik-Verbot. Dies ist ein wirklich schwarzer Tag für den Frieden und den Demokratisierungsprozess in der Türkei und in Kurdistan. Dies zeigt, was für eine Auffassung der türkische Staat von seiner propagierten „demokratischen Öffnung" hat.

Die kurdische Bevölkerung aber zeigt ihre Entschlossenheit, für einen gerechten Frieden zu kämpfen. Nur wenige Tage nach dem Verbot eröffneten sie die Büros der Partei für Frieden und Demokratie, die bereits vor einem Jahr gegründet worden war.